

457.655-1911

3

DER KAMPF

SOZIALDEMOKRATISCHE MONATSSCHRIFT

Jahrgang III

Wien, 1. Oktober 1909

Heft 1

	Seite
KARL RENNER:	
Unser Parteitag	1
FRANZ SOUKUP:	
Der Parteitag der tschechischen Sozialdemo- kratie	4
ADOLF BRAUN:	
Die Sozialdemokratie im Reiche	8
OTTO BAUER:	
Nationale Minderheitsschulen	13
FELIX SOMARY:	
Zwischen zwei Konjunkturen	24
RICHARD WOLDT:	
Ausbeutungsmethoden im modernen in- dustriellen Grossbetrieb	27
ADOLF HEPNER:	
Gompers im Unrecht	34
OTTO WITTNER:	
Die Wiener Revolution in der Literatur der Gegenwart	42
BÜCHERSCHAU:	
Arbeiterleben	47
Religion	47
Kunst	48

706

DER KAMPF Sozialdemokratische Monatsschrift

Redaktion: Otto Bauer, Adolf Braun, Karl Renner, Wien, VI. Bez.,
Mariahilferstrasse Nr. 89. Geschäftsführer Georg Emmerling, Wien,
VI. Bezirk, Mariahilferstrasse Nr. 89

Bezugspreis jährlich 6 K, halbjährlich 3 K, vierteljährlich K 1.50,
Einzelheft 50 h • Postsparkassenkonto Nr. 100.124 • Telephon
Nr. 880 • Sprechstunde Mittwoch von 1/4—1/5 Uhr nachmittags

Alle die Redaktion betreffenden Sendungen bitten wir nicht an
einen der Redakteure, sondern an die Redaktion des
„KAMPF“, VI. Mariahilferstrasse 89, alle Bestellungen, geschäft-
lichen Mitteilungen und Geldsendungen nur an die Verwaltung, Wien,
VI., Mariahilferstrasse 89 (Postsparkassenkonto 100.124) zu richten



Das Abonnement kann mit jedem Monat beginnen,
muss jedoch mit Schluss eines Kalenderviertels enden



Wichtig für alle Vertrauensleute und Referenten!

Sobald gelangt zur Ausgabe:

Das arbeitende Volk und die Steuern.

Zum Kampfe gegen die Steuervorlagen der Regierung Bienert-Bilinski.
Vom Reichsratsabgeordneten Dr. KARL RENNER.

II. Teil: Der österreichische Staatshaushalt und die Steuerreform.

Dieser Teil untersucht den österreichischen Staatshaushalt, seine Entwicklung und die Bedeutung
der neuen Steuervorlagen. — Preis nur 50 Heller.

Früher erschien der

I. Teil: Allgemeine Einführung in das Finanzwesen.

In diesem Teile behandelt der Verfasser das Steuer- und Staatsschuldenwesen überhaupt, die ver-
schiedenen Arten der Besteuerung und ihre Entwicklung. — Preis des I. Teiles 50 Heller.

Wir empfehlen diese Neuerscheinung, die als Versuch einer Einführung in die Finanzwissen-
schaft nach sozialistischer Auffassung gelten kann, auf das beste. — Speziell unsere Ge-
nossen Kolporteurs und Wiederverkäufer bitten wir um tätigste Verwendung.

Arbeiter-Notizkalender für 1910.

Das billigste und praktischste Taschenbuch für jedermann. 288 Seiten.
Mit einem Notizbuch für alle Tage des Jahres.

Solid in schwarze oder rote Leinwand gebunden. — Mit Leinwandtasche. Preis nur 80 Heller.

Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.

Wien, VI/1, Gumpendorferstrasse 18.

DER KAMPF

Jahrgang 3

1. Oktober 1909

1. Heft

Karl Renner: Unser Parteitag

Nicht höher und freudiger können die Herzen von Brüdern schlagen, die, im Kampf ums Leben lange Zeit getrennt und nach allen Weltwinkeln verschlagen, endlich wieder in trauter Eintracht im Vaterhause beisammen weilen, als die Herzen aller unserer Vertrauensmänner, die von Vorarlberg bis zur Bukowina, vom nördlichsten Böhmen bis nach Untersteiermark, die unter dem Banner der Partei wie unter dem Dache des Vaterhauses in Reichenberg sich wieder zusammenfanden. Wer diese Tagung mitzumachen nicht das Glück hatte, kann nicht ahnen, welch wundersam herzliche und brüderliche, freudige und kampflustige, begeisterte und entschlossene Stimmung über ihr waltete. Sie alle, die in ihren Bezirken, als abkommandierte Posten in kleinen Orten, zwei Jahre vereinsamt sich mit den zahlreichen Gegnern herumschlügen, sie rückten nun alle auf eine Woche in das grosse gemeinsame Heerlager ein, brennend vor Verlangen, den lieben Mitkämpfern aller anderen Orte die Hand zu schütteln, von eigenen Kämpfen zu erzählen und von fremden zu hören, brennend vor allem vor Begierde, sich aus dem gemeinsamen Rate aller die neue Kampfpparole und erneuten Kampfeser zu holen für lange, lange Monate neuer Schlachten. Diese Stimmung ist indessen allen unseren Parteitagern eigen, wenn auch nicht auf allen so lebendig und mächtig gewesen. Diese Tagung aber hob an und wuchs und klang aus wie eine rauschende Kampfsinfonie. Ihr Grundton klang aus jedem Berichte, aus jeder Rede und weckte immer wieder die stürmischen Akkorde der Zustimmung, er klang vielleicht am reinsten aus den Schlussworten Austerlitz': „Wir nehmen in Oesterreich eine Zusammenfassung und Zusammenballung aller bürgerlichen Elemente wahr, eine Verschmelzung der bürgerlichen Parteien, die sich vordem so grimmig innerhalb jeder Nation bekämpft haben, in eine bürgerlich-nationale Partei, in der unter der nationalen Maske der scharfmacherische Geist unschwer zu erkennen ist; wir müssen mit der Entwicklung rechnen, dass zur Sozialdemokratie allmählich nichts gehören wird als die Arbeiter; die Bürgerlichen sind keine Schutzzöllner und keine Freihändler, keine Industriellen und keine Kleingewerbler, keine Agrarier und keine Städter mehr, sie sind nichts anderes als ein bürgerlicher Kuddelmuddel, dessen ganzer Lebensinhalt nur noch der Hass gegen die Arbeiterklasse ist; deswegen gibt es für die Sozialdemokratie Oesterreichs kein anderes Problem als das, jeden Arbeiter zu einem Sozialdemokraten zu machen. Feinde im Rücken! Feinde auf allen Seiten! Dagegen gibt es nur eine Wehr: wenn wir überall zu den Quellen unserer Kraft zurückkehren, wenn wir die Organisationen ausbauen, unsere Waffen schärfen, unsere Presse mächtig machen, damit sie den vereinigten Feinden sich gewachsen zeige und sie bekämpfe.“ Und das ist der Grundton der Verhandlungen: In dem feindseligen Wirrwarr der bürgerlichen Politik die Arbeiterschaft aller Zungen als Klasse zusammenzufassen, die Arbeiterbataillone in ständiger Kampfbereitschaft zu formieren und in Marsch zu setzen.

Ein Irrbau mit tausend Gängen, eine Sphinx mit hundert Köpfen ist dieses Oesterreich, es muss den Weg und bald auch die Besinnung verlieren, wer ohne klare Einsicht in sein eigenes Wesen und Ziel hierzulande Politik machen soll. „Ich begreife nicht, wie ein Oesterreicher leben kann, wenn er dabei nicht den ungeheuren Vorzug hat, Sozialdemokrat zu sein. Es gibt in Oesterreich ein Element, das gesund ist im Kern und in jedem Blutstropfen, ein Element, das nicht umzubringen ist, weil es sich nicht umbringen lässt, die Arbeiterschaft.“ Dieses Wort Adlers leitet den Parteitag

ein, es schliessen ihn die treffenden Worte Pernerstorfers: „Der Staat, in dem wir arbeiten, ist für uns eine Realität, wir müssen uns mit ihm abfinden; aber weit über den Staat hinaus gehen unsere Ziele, und weit hinaus über den Staat und über die gegenwärtigen Formen des politischen Lebens geht unser Sinnen und Denken. Weil wir unendlich weit über die gegenwärtige Gestaltung hinaus fühlen und denken, deshalb lebt etwas in uns: die unzerstörbare Kraft, die nach vorwärts, nach aufwärts strebt! Mag aller Staat zum Teufel geh'n, das Volk wird doch besteh'n!“

Vom Ausgangs- bis zum Endpunkte hat der energische Lebenswille des geeinigten Proletariats, sein Kampfesmut und seine Zukunftsfreudigkeit diese Tagung beherrscht. Im innersten Kerne gesund, klar und sicher im Denken, stark im Wollen, gross in ihren Zielen — das ist die Arbeiterklasse Oesterreichs und dieses ihr Wesen hat sie in diesen Verhandlungen in die Blätter der Geschichte eingetragen.

Sie hat dieses ihr Wesen behauptet in allen Wirrsalen und Verderbnissen unserer bürgerlichen Politik. „Das Proletariat ist zum Bewusstsein seiner Aufgabe als Klasse in so hohem Grade und mit solcher Klarheit gelangt, dass weder Unterdrückung noch Verlockung, weder Brutalität noch Lüge uns von unserem Wege abbringen können.“ Treu und unerschütterlich steht es darum zur proletarischen Internationale der Welt. Der Hass und Neid der Staaten berührt es nicht. Brüderliche Grüsse haben wir durch Genossen Ebert und Genossin Zietz mit den Proletariern Deutschlands getauscht, und während die Bourgeoisien aller Länder, während selbst das verfassungs- und rechtliebende England mit dem Zaren Frieden gemacht, haben wir seinen heldenmütigen Opfern, dem aus Millionen Wunden blutenden russischen Proletariat unseren Gruss gesendet. Selbst von schweren wirtschaftlichen Kämpfen noch müde, haben wir die schwedischen Helden nicht nur unserer wärmsten Anteilnahme, sondern auch neuer werktätiger Hilfe versichert. Noch lebt die grosse Internationale der Welt, nicht minder jedoch die kleine Internationale des Proletariats von Oesterreich-Ungarn. Während der nationalistische Wahnwitz der Bourgeoisien den Staat und sie selbst zerfleischt, während er sich redlich bemüht, auch die Massen in sein Zerstörungswerk zu verstricken, hat die deutsche Arbeiterschaft Oesterreichs mit der tschechischen, polnischen, italienischen, südslawischen, ungarischen und zum erstenmal auch mit der bosnischen Sozialdemokratie das Gelöbnis unverbrüchlicher Solidarität getauscht. Damit sind alle Hoffnungen der Gegner auf eine Spaltung der Arbeiterklasse begraben.

Die gleiche Klarheit offenbaren Bericht und Debatte über die ausserparlamentarische Aktion der Partei. Die Sozialdemokratie ist nicht bloss ein Apparat zum Wählen, die parlamentarische Vertretung nicht ihr Inhalt und Ziel. Zum vollen allseitigen Verständnis kam es, dass die Sozialdemokratie die kämpfende, sich wirtschaftlich und geistig erhebende Arbeiterklasse selbst, dass sie die Masse in Aktion darstellt. Diese Masse kämpft den direkten Kampf gegen die Ausbeutung in Gewerkschaften und Genossenschaften, den direkten Kampf gegen geistige und sittliche Unfreiheit durch ihre Bildungseinrichtungen und ihre Presse, den Kampf um die gesunde Fortentwicklung der Klasse durch die Organisation der Frauen und der Jugend, um ein Stückchen Anteil an Natur und Kunst durch Touristen-, Theater- und Gesangsvereine. Für alle diese Teilaufgaben der aufstrebenden Klasse ist die politische Organisation nicht mehr, aber auch nicht weniger als die oberste Zusammenfassung und die Parlamentsvertretung nur ein Ausdruck, wengleich der höchste.

Von der lebendigen Wahrheit des Klassenkampfes zeugen auch der parlamentarische Bericht und die Debatte über denselben. Freilich führen unsere Abgeordneten diesen Kampf in zweifacher Richtung und das macht ihn schwerer verständlich, das hat die Kritik einiger Parteigenossen herausgefordert. Jeder Kampf bedarf eines Bodens, auf dem er geführt wird. Man muss erst ein gesichertes Parlament besitzen, bevor man in ihm Erfolge erringen kann. In diesem Punkte fühlt die Bourgeoisie anders; sie hat im Parlament die herrschende bürgerliche Welt nicht mehr, wie vor Jahrzehnten, erst zu begründen, sondern bloss zu verteidigen. Im allgemeinen ist sie der Regierungen so weit sicher, dass sie sich auf deren konservativen, arbeiterfeindlichen Geist verlassen kann. Darum verschlägt es ihr nicht viel, wenn Regierungen absolut oder mit dem § 14 schlecht und recht die bürgerlichen Geschäfte führen, solange nur die Gesetze

gegen die wirtschaftlichen Ansprüche, die Steuern gegen die Taschen, die staatlichen und kirchlichen Einrichtungen gegen die geistige und kulturelle Befreiung der Arbeiterschaft sich richten. Das Proletariat seinerseits lebt, wie ausgeführt, freilich auch sein ausserparlamentarisches Leben und gedeiht auch durch das, was man — ohne den üblichen Nebensinn — die direkte Aktion nennen kann. Aber es braucht die freie Tribüne, die ständige Kontrolle der Verwaltung, es braucht vor allem das Mittel, schädliche Gesetze abzuwehren und gute zu erkämpfen, es braucht das Parlament. Das Parlament ist ihm nicht etwa die Verheissung oder Erfüllung höchster Ziele; davon ist gar keine Rede, aber es gilt ihm als eines der Mittel des Klassenkampfes neben allen erwähnten Mitteln des direkten Kampfes und als ein vorzügliches Mittel dazu, weil es geradeaus auf den Mechanismus der bürgerlichen Ordnung, auf das alle bindende Gesetz gerichtet ist. So folgt notwendig, dass wir für das Parlament, für seinen Bestand und seine Ordnung, für seine Sicherung und Unausschaltbarkeit mit aller Kraft wirken. Zugleich aber sind wir in jedem Moment, sobald das Parlament funktioniert, als unversöhnliche Opposition den herrschenden Klassen auf diesem Boden entgegenzutreten genötigt und entschlossen. Dieser scheinbare Widerspruch ist noch immer nicht von allen Genossen begriffen worden. Und doch fliesst er aus keinerlei Revisionismus, Opportunismus oder gar Patriotismus, keinerlei Regierungs- oder Hofffreundlichkeit, sondern aus dem Klasseninteresse des Proletariats. Auch hierin hat der Parteitag Klarheit geschaffen, indem er unsere Losung sanktioniert hat: Für das Parlament gegen seine Mehrheit, für die Volksvertretung gegen die absolutistische Regierung, für das Haus des allgemeinen Wahlrechts gegen die Wahlrechtsfeinde, Opposition des Volkes gegen die Herrschenden, jedoch nicht Obstruktion zur Freude der Volks- und Parlamentsfeinde.

Aber ebenso klar ist ausgesprochen worden, dass wir unter Volkshaus nicht die Herren verstehen, die im griechischen Prachtbau am Franzensring heute gerade noch sitzen, weil sie sich aus der Kurienkammer diesmal noch herüber gerettet haben: Das Volkshaus ist das Haus aller grossjährigen Männer, die es in jedem Augenblick erneuern können, wenn die heute Gewählten versagen.

Sie haben versagt — das ist am Parteitage klar und deutlich ausgesprochen worden. Sie haben das klare Votum vom 14. Mai 1907 nicht erfüllt, obwohl sie durch die sozialdemokratischen Vertreter immer wieder gemahnt und gewarnt worden sind. Das einmütige Votum aller Völker hat sie verpflichtet, die Verzweiflung der Greise zu lindern, die nationale Verständigung zu suchen, die materielle Not der Teuerung zu lindern, eine gerechte Besteuerung anzubahnen. Darum haben wir das allgemeine Wahlrecht erkämpft, damit das Volk, so oft es nottut, wieder wähle. Und höchste Zeit ist es, dass das Volk sein Haus neu bestelle! Und insbesondere ist es Zeit, den zahllosen proletarischen Existenzen, die das letztmal den bürgerlichen Bewerbern noch vertraut und deren feindselige Herzlosigkeit gegenüber der Arbeiterklasse noch nicht durchschaut haben, die bürgerliche Politik zweier Jahre, die Politik des nationalen Chauvinismus, die Hunger- und Kriegspolitik der Patrioten zur Beurteilung zu unterbreiten!

Nicht zum Scheine und nicht leichtfertig hat der Parteitag sowohl die Behandlung der Lebensmittelteuerung und der Steuerreform wie jene des Militarismus und der Annexionspolitik mit dem Rufe nach Neuwahlen geschlossen: Das allgemeine Wahlrecht wird zur durchschlagenden und heilbringenden Kraft erst durch seine Uebung, durch den Wahlkampf. Der Streit im Parlament ist nur das verjüngte Widerspiel, der Wahlkampf aber die lebendige Wirklichkeit des Klassenkampfes. Wir sind bereit, das Volk selbst sprechen zu lassen; ist das Parlament stumm, so ist das Volk zu reden berufen, das Volk als die Gesamtheit aller Klassen. Vor dieser Gesamtheit wollen wir unsere Sache führen, und alle, die unterdrückt sind und nach Freiheit ringen, die da leiden und im Leiden hoffen, sollen unseren Ruf vernehmen: Brot und Arbeit, Friede und Freiheit!

Die Vorkämpferin der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie, zum Kampfe entschlossen und ihm mutig entgegenschauend, hat darum auf ihrem Parteitage als die allerwichtigste Aufgabe behandelt die einheitliche und schlagfertige politische Organisation der ganzen Arbeiterschaft. Der Parteitag hat nicht

nur dem Heere der Industrieproletarier eine einfachere und geschlossenere Verfassung gegeben, er hat an die erwachsenen Männer die Reihen der Frauen und Jugendlichen, an die industriellen die ländlichen Proletarier angegliedert, er hat durch die entschiedene, freudige Mitarbeit der Leiter unserer Gewerkschaften die politische und wirtschaftliche Organisation des Proletariats noch inniger zusammengeschweisst. Dieser Parteitag, unvergesslich durch Inhalt und Geist seiner Verhandlungen, wird unvergänglich sein in seinen Wirkungen: Er hat die deutsche Arbeiterklasse Oesterreichs physisch und geistig neu gerüstet zu allen Kämpfen, die bevorstehen.

Franz Soukup: Der Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie

In der Zeit vom 4. bis 7. September l. J. fand in Smichow-Prag der neunte Parteitag der tschechoslawischen Arbeiterpartei in Oesterreich statt. Dieser Parteitag, an dem 500 Delegierte teilgenommen haben, ist ein klassischer Zeuge von der steten und unaufhaltsamen Entwicklung der tschechischen Partei, ihrer organisatorischen Festigung und ideellen Vertiefung. Heute — das kann man ruhig konstatieren — ist die tschechische Sozialdemokratie die grösste politische Organisation des tschechischen Volkes, sie ist der zweitstärkste Stamm der Gesamtpartei in Oesterreich und gehört gleichzeitig zu den stärksten Kadern der sozialistischen Internationale.

Zuerst die quantitative Entwicklung der Partei: Von den primitivsten Anfängen ist die Partei unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen innerhalb zweier Jahrzehnte zu einer Riesenorganisation angewachsen. Die Partei besitzt heute nach statistischen Daten des Parteisekretärs Genossen Bruha im ganzen 2462 politische Lokalorganisationen in Oesterreich (1850 in Böhmen, 324 in Mähren, 69 in Schlesien, 123 in Niederösterreich und 6 in Oberösterreich). Gezählt sind nur diejenigen Lokalorganisationen, die ihre Beiträge an die Partei regelmässig leisten. An ordentlichen, die Parteibeiträge leistenden Mitgliedern zählt die Partei heute 130.000 Personen. Der Zuwachs beträgt innerhalb der letzten zwei Jahre 30.000 Personen. Die agitatorische Kraft der Partei bezeugt die Tatsache, dass in den letzten zwei Jahren von der Partei und ihren Organisationen, soweit sich konstatieren lässt, 57.108 öffentliche Versammlungen einberufen wurden.

Die Partei besitzt drei Tagblätter, („Právo Lidu“ in Prag, „Rovnost“ in Brünn und „Dělnické Listy“ in Wien), 1 dreimal wöchentlich erscheinendes Blatt in Pilsen, 2 zweimal wöchentlich erscheinende Blätter, 19 Wochenblätter, 1 vierzehntägig erscheinendes Blatt, 1 wissenschaftliche Revue (Akademie) und 8 satirische, antiklerikale und belletristische Blätter.

Ausserdem werden 22 Blätter autonomer tschechischer Gewerkschaften, 19 tschechische Blätter der zentralen Gewerkschaften und 4 andere Blätter (der Häusler, der Gewerbetreibenden, der Staats- und Gemeindeangestellten und des tschechischen Genossenschaftsverbandes) herausgegeben. Es verfügt also die gesamte tschechische sozialdemokratische Bewegung über 80 Blätter.

Sehr rührig ist auch der Parteiverlag. Die Gesamtauflage aller Bücher und Broschüren beträgt in den letzten zwei Jahren 580.000 Exemplare. Die Broschüre: „Na soud národa“ („Vor das Volksgericht“), die sich gegen die national-soziale Obstruktion gewendet, und sehr viel zum Kampf gegen die Obstruktion beigetragen hat, ist in der Auflage von 145.000 Exemplaren erschienen, die zweite Broschüre gegen die agrarische Obstruktion in einer Auflage von 50.000 Exemplaren, die Rede des Abgeordneten Soukup gegen die Kriegsgefahr in einer Auflage von 100.000 Exemplaren. Es sind auch schon Vorbereitungen getroffen, um endlich das Lebenswerk von Marx, „Das Kapital“, ins Tschechische zu übertragen.

Die Parteiorganisationen besitzen heute insgesamt 30 Arbeiterheime.

Unsere Bildungsorganisation, die Arbeiter-Akademie in Prag, zählt heute

40.000 Mitglieder, in ihrem Auftrage erscheint „Die Korrespondenz“ für die weitere Ausbildung unserer agitatorisch wirkenden Genossen, sie trägt die Kosten einer öffentlichen Lesehalle in Prag, veranstaltet jedes Jahr Unterrichtskurse und hat Vorbereitungen getroffen, um eine Parteischule in Prag zu gründen.

Der tschechoslawische Verband der Konsum- und Erwerbsvereine, der sich am 7. April 1908 konstituiert hat, besitzt heute 118 Genossenschaften mit 22.083 Mitgliedern. Er beschäftigt 609 Personen und verfügt über 132 Filialen und 23 eigene Häuser. Die tschechischen Arbeiter-Turnvereine, in der Zahl von 302, zählen 11.600 Mitglieder und besitzen ein Vermögen von 160.000 K. Der Radfahrerverband zählt 1000 Mitglieder, der Sängerverband 700 Mitglieder.

Alle diese Tatsachen bezeugen den früher ungeahnten Aufschwung der tschechischen sozialdemokratischen Bewegung, der wiederum nichts anderes ist, als eine naturnotwendige Konsequenz der fortschreitenden Industrialisierung des tschechischen Volkes.

Mit dieser quantitativen Entwicklung schreitet auch die ideelle Entwicklung des tschechischen Proletariats vorwärts. Die tschechische Partei hat hier ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden, aber auch eine historische Mission zu erfüllen. Ihr Verdienst ist es, dass man die bisherige staatsrechtliche Politik im tschechischen Volk als vollständig überwunden betrachten kann, sie hat die stärksten Feldzüge gegen die tschechischen obstruktionistischen Versuche, das neue Volkshaus zu demolieren, mit grossem Erfolg geführt und sie ist auch im Begriff, durch die Werbekraft ihres programmatischen Standpunktes auch die nationale Politik des tschechischen Volkes zu revidieren und auf neue Bahnen zu lenken. So werden die tschechischen Sozialdemokraten, die man als „Volksverräter“ aus dem tschechischen Volke ausgewiesen hat, zu Richtern und Berichtern der bisherigen offiziellen tschechischen Politik.

Unsere parlamentarische Taktik ist sehr oft auf den schärfsten Widerstand der national-radikalen Elemente gestossen. Sie waren auch bestrebt, den Glauben zu erwecken, man werde unsere Abgeordneten auf dem Parteitag hinrichten. Es ist das Gegenteil geschehen. Der ganze tschechische Parteitag hat die parlamentarische Taktik ebenso des tschechischen Klubs als auch des ganzen Verbandes in solenner Weise bekräftigt und ihm sein volles Vertrauen votiert. Der Referent unseres parlamentarischen Klubs, Genosse Dr. Soukup, hat vor dem Parteitag das Bild des parlamentarischen Terrains gezeichnet. Wir stehen im österreichischen Parlament in schwierigen Verhältnissen, von denen die Genossen in anderen Parlamenten der Welt keine Ahnung haben. Wir stehen hier im Mittelpunkt von Europa und haben hier nicht nur die westeuropäischen Klassenkämpfe durchzukämpfen, sondern auch an dem osteuropäischen Ringen der Nationen um den Staat teilzunehmen.

Unsere Aufgabe im neuen Parlament ist jetzt eine dreifache: 1. Unsere internationale Einheit bei Erhaltung der nationalen Autonomie zu dokumentieren; 2. die Macht der Demokratie sowie das Souveränitätsbestreben des Parlaments gegenüber der Bürokratie zu stärken; 3. die gesamte Verwaltung und Gesetzgebung des Staates auf die Bahnen der modernen Sozialpolitik zu lenken. Diese Arbeit wird aber gelähmt. Wir haben kein Parlament, wie zum Beispiel das englische, wo das gesetzte und das Gewohnheitsrecht des Parlaments die Resultate eines 600jährigen historischen Prozesses sind, wo das Parlament souverän und das britische Königtum nur ein Symbol der Macht ist. Unser Parlament ist bis jetzt nichts anderes als ein dekoratives Parlament, ein parlamentarischer Surrogat. Das allgemeine Wahlrecht bedeutet nur den ersten Schritt zur Demokratisierung Oesterreichs. Noch immer liegt die Macht in den Händen der Bürokratie. Noch immer ist der § 14 der verfassungsmässige Stützpunkt des Klassenstaates. Noch immer ist die ganze auswärtige Politik des Staates der parlamentarischen Kontrolle entzogen. Und die innere Organisation des parlamentarischen Körpers! Das Schicksal des Parlamentes ist jeden Augenblick in die Hände von 20 Abgeordneten gelegt. Wir stehen ausserdem vor einer geheimen Verschwörung gegen das neue Parlament. Nicht um Zufälligkeiten handelt es sich hier, sondern um ein System, um einen organisierten Plan und noch mehr, um eine Konterrevolution der österreichischen Reaktion gegen das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Und wenn unsere Abgeordneten bestrebt sind, alle diese Pläne zu durchkreuzen, so stehen

und arbeiten sie im Dienste derselben demokratischen Revolution, die in Oesterreich durch die Wahlrechtsdemonstrationen für die Aussenwelt eröffnet und die jetzt bei vulkanischen nationalen Eruptionen um die fundamentale Aenderung der ganzen Verfassung geführt wird.

In der Debatte, die sich über das Referat entwickelt hat, hat man gesehen, dass die tschechischen Genossen sachlich und verständnisvoll die parlamentarischen Geschehnisse beurteilen und dass das tschechische Proletariat weit entfernt ist, das Parlament zu überschätzen, aber ebenso nicht geneigt ist, es zu unterschätzen, dass es in der parlamentarischen Arbeit ein mächtiges Instrument seiner sozialen Emanzipation erblickt.

Dasselbe Vertrauen ist auch den tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten im mährischen Landtag, in deren Namen Genosse Vanek referierte, votiert worden.

Das Hauptinteresse des Parteitages hat sich jetzt auf die Debatte über die nationale Frage konzentriert. Es ist nur logisch und selbstverständlich. Die tschechische Parteileitung hat lange gezögert, bevor sie sich entschieden hat, diese äusserst brennende Frage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen. Sie wollte weder ohne gründliche Vorbereitung vor die breite Oeffentlichkeit treten, noch den übrigen Bruderparteien in Oesterreich irgendwie präjudizieren.

Sie war sich aber immer dessen bewusst, dass man diese Frage und ihre Lösung nicht mehr weiter vertagen kann und vertagen darf, und dass die Sozialdemokratie in Oesterreich speziell jetzt seit ihrer parlamentarischen Vertretung im neuen Volkshause gezwungen wird, ihr allgemeines nationales Programm zu konkretisieren.

Es ist kein Zufall, dass speziell in den Reihen der tschechischen Sozialdemokratie dieses Gefühl und diese Ueberzeugung stark geworden sind. Will man diese Erscheinung begreifen, so muss man ihre Ursachen untersuchen.

Die tschechische Nation ist nach der Schlacht am Weissen Berge vom römischen Jesuitismus und monarchischen Absolutismus als eine ketzerische Nation unter dem blutigsten Martyrium dezimiert und totgeschwiegen worden. Zwei Jahrhunderte lang war sie aus den Reihen der lebenden Völker gestrichen. Erst die josephinische Bauernbefreiung, die politischen Freiheiten und die wirtschaftliche ebenso wie die kulturelle Entwicklung des 19. Jahrhunderts haben die Nation erweckt und sie ist wie aus dem Grabe auferstanden. Wir finden in ganz Europa kein anderes Beispiel eines solchen Todes und einer solchen Auferstehung einer ganzen Nation. Heute steht das Volk auf der Höhe der modernen kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung und die letzten Reichsratswahlen haben auch den Beweis erbracht, was für enorme Fortschritte die Industrialisierung und Kommerzialisierung innerhalb der Nation gemacht hat.

Seit der Auferstehung der tschechischen Nation und ihrer natürlichen Expansion beginnen auch die Verfassungskämpfe in Oesterreich und der Kampf um die Macht im Staate. Es sind auch die nationalen Minoritäten zum nationalen Bewusstsein erwacht — diejenigen Minoritäten, die sich nicht nur als Ueberreste historischer Entwicklung darstellen, sondern und insbesondere auch als Produkt wirtschaftlicher Kräfte und Erwerbsverhältnisse entstanden sind. Das ganze öffentliche Leben wird ungemein kompliziert. Was als nationale tschechische Vorstösse ausgeschrien wird, ist seinem Wesen nach oft nichts anderes als die Ausgleichung nationaler und wirtschaftlicher Kräfte. Das ganze Problem liegt in der natürlichen Tatsache, dass die deutsche Nation durch die Logik der unaufhaltsamen Evolution gezwungen wird, ihre früheren privilegierten Stellungen als Staatsnation und ihre Funktion als Trägerin der Staatssprache innerhalb einer anderen, hier der tschechischen, Nation aufzugeben, um sich auf den eigenen nationalen Besitzstand zu konzentrieren, und dass die tschechische Nation wiederum bestrebt ist, Herrin in ihrem eigenen Heim zu werden, ihr Recht auf Amt und Schule durchzusetzen und den Schutz ihrer Minoritäten im Rahmen der Staatsgrundgesetze zu sichern.

In diesem historischen Prozess stehen die deutschen Genossen, in ihm steht ebenso auch die tschechische Partei, und beide haben schwere Kämpfe durchzukämpfen. Die tschechischen Genossen sind immer treu und hingebungsvoll zur Fahne der Internationalität gestanden, und wer die heisse Atmosphäre des tschechischen öffentlichen

Lebens kennt, wird auch begreifen können, was für Unmasse von Arbeit, Geduld, Energie und Kraft aufgeboden werden musste, bevor sich die tschechische Partei zu ihrer jetzigen Macht emporgehoben hat. Ihr Handeln ist auch stets von den Prinzipien des internationalen Sozialismus geleitet worden. Stellt sie sich heute ebenso wie vor Jahrzehnten in die ersten Reihen des Kampfes um die Errichtung tschechischer Schulen für die Kinder der tschechischen Minoritäten, das ist fast durchwegs tschechischer Arbeiter, so wird sie dazu nicht aus den Gründen irgend einer künstlichen nationalen Expansion, sondern aus Gründen der sozialen Notwendigkeit getrieben. Wir wollen in den tschechischen Schulen eine Garantie und ein Werkzeug der modernen kulturellen Entwicklung der tschechischen Arbeiterkinder besitzen. Wir wollen nicht, dass das tschechische Proletariat in anderssprachigen Volksschulen geistig verkümmert und dass es zum Streikbrecher und zum Hindernis des proletarischen Emanzipationskampfes wird, wir wünschen im Gegenteil, dass es gleichen Schritt mit den deutschen Arbeitsgenossen hält, denn in der kulturellen Ebenbürtigkeit kann auch die proletarische Kampfgenossenschaft die stärkste Bürgerschaft finden.

Nachdem nun die tschechische Parteileitung sich entschlossen hat, auf dem Parteitag über die nationale Frage zu diskutieren, so war sie sich nicht nur der ungeheuren Grösse dieses ganzen Problems, sondern auch ihrer Verantwortlichkeit gegenüber der österreichischen Internationale ganz klar bewusst. Sie hat also nur dasjenige vollbracht, was in diesem Moment möglich war: die Generaldebatte über die Ursachen der nationalen Frage und ihre Lösung in Oesterreich innerhalb der Partei offiziell zu eröffnen. Nichts weniger, nichts mehr. Was der Referent der Parteiexecutive Genosse Dr. Šmeral auf dem Parteitag vorgebracht hat, speziell über die Konstituierung der Nationen auf Grund des Personalitätsprinzips und andere Arten möglicher Lösung, war seine private Meinung, aber dennoch belehrend und anregend genug, um uns zu fördern.

Die ganze Debatte, die sich dann über diese Frage entwickelt hat, hat bewiesen, wie stark der Wille der tschechischen Partei innewohnt, in absehbarer Zeit wenigstens zu einem möglichen und redlichen nationalen Waffenstillstand zu kommen, um dadurch auch den regulären Gang der Klassenkämpfe und der sozialistischen Emanzipation bei uns zu ermöglichen.

Der Parteitag hat dann den selbstverständlichen Beschluss gefasst, die Parteivertretung zu beauftragen, sofort mit den Parteivertretungen der anderen Nationen in Oesterreich in Verbindung zu treten, damit das vom Brünner Parteitag im Jahre 1899 beschlossene Nationalitätenprogramm erweitert und derart konkret ausgearbeitet werde, dass es für die Zukunft die Grundlage nicht nur einer einheitlichen Auffassung der nationalen Angelegenheiten, sondern auch einer einheitlichen politischen Praxis aller sozialdemokratischen Parteien in Oesterreich bilde.

Zu bemerken ist noch, dass der Parteitag die strittige Frage der Gewerkschaften nicht berührt hat und beschlossen hat, die Erledigung dieses Streites innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen über die Form der Organisation, ob autonome oder zentrale, den Gewerkschaften zu überlassen.

Es kamen sodann noch andere Fragen zur Verhandlung.

Die grosse und wachsende Häuslerorganisation und die zunehmende Zahl von Arbeitervertretern in den Gemeinden hat die Partei gezwungen, über die Stellung der Sozialdemokratie zur Agrarfrage und zum flachen Land zu diskutieren. Zu diesem Punkte der Tagesordnung haben die Genossen Abgeordneter Haberman und Dr. Meissner referiert. Die Redner haben diese Frage zu dieser Zeit nur vom praktischen Standpunkt aufgefasst.

Die Devise der Sozialdemokratie muss hier lauten: Schutz des Gemeindegutes zugunsten der Gemeinde gegen die privilegierten Nutzniesser, Aufhebung der Rechte der Rustikalisten ohne Entschädigung, da sie der Gemeinde hierfür nichts geleistet haben und keine Lasten trugen. Dabei müssen Nutzungsrechte der Kleinbauern und Häusler schonungsvoll berücksichtigt werden, da bei ihnen die Nutzungs- und Weidefrage allzu oft die Existenzfrage bedeutet. Die Sozialdemokraten in der Gemeindestube müssen in erster Linie darauf bedacht sein, dass das Gemeindegut der Gemeinde erhalten bleibe,

und sie müssen der Plünderung des Gemeindegutes Schranken setzen. Die Gemeinden mit eigenem Weideland sollen für geringe Gebühr oder ohne Entgelt armen Schichten der Bevölkerung Weidestätten anweisen, wobei Betriebe mit grösserem Viehbestand auszuschliessen sind. Gemeinden, welche Ackerland besitzen, sollen es an Kleinbauern und landwirtschaftliche, in der Gemeinde wohnende Arbeiter verpachten. So wie wir in den Städten die Forderung erheben nach Verbilligung der Wohnungen, nach Versorgung nahrhafter Milch, nahrhaften Mehls, guter Kohle durch die Gemeindevertretungen, so fordern wir, dass die Landgemeinden durch Verpachtung ihres Ackerlandes an die besitzlosen Klassen diese Schichten in den Stand setzen, sich die nötigen Lebensmittel in billiger Weise zu verschaffen. An Landwirte mit Grund und Boden von grösserem Ausmass dürfe nicht verpachtet werden. Die Gemeindevahlen müssen zur Aufklärung benützt werden und die Gemeindevertreter müssen auf Gemeindetagen zusammenkommen. Aber auch der Kleinbauer muss das Bewusstsein haben, dass alle diese Mittel nur eine verhältnismässige Besserung bringen können und dass die völlige Befreiung vom Kapital, die völlige Gleichheit auch für den Kleinbauern und den landwirtschaftlichen Arbeiter erst die sozialistische Gesellschaft bringen wird.

Der Parteitag hat dann seine meritorischen Verhandlungen mit dem Referat des Genossen Abgeordneten Němec über das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Land und Gemeinde geschlossen. Es ist beschlossen worden, eine neue entschiedene Agitation für die Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechtes für den Landtag einzuleiten, was um so notwendiger und dringlicher ist, wenn man in Erwägung zieht, dass vom böhmischen Landtage nicht nur die moderne demokratische Gemeindevahlreform, die Reform des Gemeindestatuts in Prag und Reichenberg mit inbegriffen, sondern in hohem Masse auch die Arbeitsfähigkeit des Parlaments abhängig ist.

Der Parteitag bedeutet in der Entwicklung der tschechischen Sozialdemokratie eine neue Etappe. Mit neuen Kräften wird sie an die weiteren Aufgaben herantreten, um die grossen Massen des tschechischen Proletariats politisch zu erziehen und sie dem Klassenkampf zuzuführen, beseelt von dem Willen, in unzertrennbarer internationaler Solidarität der grossen gemeinsamen Sache zu dienen: als kräftiger Mitkämpfer im revolutionären Emanzipationskampf des Proletariats aller Nationen Oesterreichs und als mächtiges Armeekorps der ganzen Internationale.

Adolf Braun: Die Sozialdemokratie im Reiche

Betrachtungen aus Anlass des Leipziger Parteitages.

Nichts spielt sich in der Welt öffentlicher ab und nichts ist unseren Gegnern rätselhafter als der Parteitag der Sozialdemokratie im Deutschen Reiche. Bei offenen Türen wird verhandelt, mit einzig dastehendem Mangel an Rücksicht auf die Umwelt, und trotzdem haben in den langen Jahren seit 1890, wo der erste Parteitag der deutschen Sozialdemokratie sofort nach dem Falle des Sozialistengesetzes wiederum auf heimatlichem Boden abgehalten wurde, unsere Gegner kein Verhältnis zu diesen Verhandlungen gefunden, kein Verständnis für sie. Aber selbst die in herzlichster Freundschaft und unverbrüchlicher Waffenbrüderschaft der Sozialdemokratie des Deutschen Reiches verbündeten Bruderparteien haben sich oft nur schwer eines eigentümlichen Befremdens enthalten können über das Aufeinanderplatzen der Gegensätze bei den Verhandlungen auf den Parteitagen von Halle über Berlin, Köln, München, Dresden, Nürnberg nun bis zu Leipzig. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass mit wachsenden Entfernungen, sei es einer prinzipiellen, sei es einer rein räumlichen, das Verständnis für die Verhandlungsweise des Parteitages der reichsdeutschen Sozialdemokratie abnimmt und dass so mancher Genosse ausserhalb Deutschlands mit seinem abfälligen Urteil nicht zurückhält.

Es wäre jedoch verfehlt, anzunehmen, dass Differenzen wie die innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, die auf dem Parteitag vor dicht gefüllten Galerien, vor Hunderten

von gespitzten Bleistiften bürgerlicher Journalisten, vor den amtlichen Stenographen des deutschen Parteivorstandes wie der verbündeten Regierungen ohne jede Zurückhaltung aufeinanderstossen, der deutschen Sozialdemokratie allein eigentümlich sind. Eigentümlich ist ihr nur die vortreffliche Gesundheit, die sie diese Debatten ertragen lässt, ohne dass ihre körperliche Konstitution gestört wird. Andere proletarische Parteien würden infolge ähnlicher Auseinandersetzungen gespalten oder sonstwie in sich schwer gefährdet, in anderen sozialdemokratischen Parteien zielte die ganze Schulung darauf hin, nach aussen immer das Schauspiel vollkommener Zufriedenheit und allgemeiner Tadellosigkeit zu gewähren. In den bürgerlichen Parteien, die sich über die deutsche Sozialdemokratie so gründlich zu entrüsten verstehen, wagt man es in der Regel gar nicht, in voller Öffentlichkeit Parteitage abzuhalten oder auch nur genaue Protokolle zu veröffentlichen, ein parteioffiziöser, mehrfach kontrollierter, gründlich zugestutzter Bericht wird als das Ergebnis der Verhandlungen der Welt mitgeteilt. Niemand entrüstet sich mehr über die Uneinigkeit auf den sozialdemokratischen Parteitag im Deutschen Reiche als die liberale Presse. Keine Partei aber bietet ein kläglicheres Bild der Prinzipienlosigkeit, der Uneinigkeit, des inneren Haders, des persönlichen gehässigen Streites, der Verdächtigung als gerade der Liberalismus in Deutschland wie in Oesterreich. Dem festgekitteten Zusammenhalt der Sozialdemokratie kann der Liberalismus nur immer mehr sich zersplappende Trümmer, die man von Zeit zu Zeit immer von neuem mit wenig haltbarem Zement zusammenkitten muss, entgegenstellen.

Was die deutsche Sozialdemokratie im höchsten Masse kennzeichnet, ist die wahre Vollendung der Gleichgültigkeit gegenüber dem Urteil der bürgerlichen Welt. Einmal hat Bebel in seiner Schroffheit gesagt hat: „Wenn die Gegner mich tadeln, dann weiss ich mich auf dem richtigen Wege“; dieses Gefühl beherrscht den weitaus grössten Teil der deutschen Sozialdemokratie. Mag wohl der rechte Flügel der Partei auf das Urteil insbesondere der links stehenden bürgerlichen Gegner mehr Gewicht legen, so hat er doch niemals etwas getan oder unterlassen, um das Bild der Heerschlacht auf den sozialdemokratischen Parteitag irgendwie abzuschwächen oder auch nur nicht in voller Grösse erscheinen zu lassen. Es soll nicht geleugnet werden, dass vereinzelte Genossen in Deutschland eine grössere Zurückhaltung auf den Parteitag empfohlen haben. Auf dem ersten Parteitage nach dem Sozialistengesetz beschwor Auer die Parteigenossen, doch nicht gegeneinander so zu diskutieren, als ob man einen hohen Bundesrat und nicht Parteigenossen vor sich hätte. Wer aber die Debatten von Köln in Erinnerung hat und wer sonst die Parteitagsreden von Auer liest, der wird bei dem hohen Genuss, den sie bieten, doch auch empfinden, dass selbst der berühmte „Staatsmann“ der deutschen Sozialdemokratie eine ganz scharfe Klinge, meist freilich eine Damaszener Klinge, hie und da aber auch kompaktere Waffen, glänzend zu führen verstand. Nicht alle können Damaszener Klingen führen, auch der Morgenstern, die Keule, der Knüppel, ja selbst unsympathischere Waffen wurden in Parteitagsreden schon angewandt. Und nochmals müssen wir feststellen, dass diese Methode der Auseinandersetzung nicht bloss, was man gleichgültig tragen kann, von den Gegnern in mehr oder minder böswilliger Weise kritisiert wird, sie wird auch von den Parteigenossen der deutschen Sozialdemokratie im Auslande nur zu oft abfällig kritisiert. Von dem Kongresse einer Partei, die Muster und Führerin der Internationale war, erwartet man den Ausdruck der Würde und des Verantwortlichkeitsgefühls, das Fernhalten jeder Nervosität, nur die Leidenschaft, die einer grossen Sache gebührt, die uns erhebt. Dass dieses Bild die reichsdeutschen Parteitage nicht bieten, nicht schaffen können, ist zu erklären. Vielleicht ist es am Platze, aus Anlass der eben stattgefundenen Verhandlungen in Leipzig über dieses Problem einiges zu sagen.

Mit dieser Darstellung soll nicht gesagt sein, dass alles schön und gut ist und nicht anders sein könnte auf den Parteitag der Sozialdemokratie im Deutschen Reiche. Die Partei ist heute ungeheuer ins Breite gewachsen. Im einzelnen gibt es die mannigfachsten Auffassungen von den Aufgaben der sozialdemokratischen Partei, von den Methoden, die anzuwenden wären; es gibt Anschauungen, die vielfach gründlich überlegt, fest eingewurzelt sind, und die doch wieder von anderen in der Partei als verfehlt und unerfreulich angesehen werden müssen. Hierzu kommt, dass die persönliche Fühlung unter den Partei-

genossen im umgekehrten Verhältnis zur Ausdehnung der Partei und zur intensiven Betätigung der einzelnen Genossen innerhalb der Partei stehen muss. Mannigfache Temperamente, Stimmungen, Lebensgewohnheiten und Anschauungen stossen auf einem sozialdemokratischen Parteitag zusammen, leicht bilden sich Gruppen von Genossen, die durch ihre Tätigkeit, durch ihren Aufenthaltsort, durch die Zugehörigkeit zur gleichen gewerkschaftlichen Organisation, durch sonstige Gemeinsamkeit von Interessen oder Anschauungen zusammengeführt werden. Und so entwickelt sich seit langem aus der einen Familie, als die die Sozialdemokratie in Deutschland früher oft bezeichnet wurde, eine Anzahl von Familien, die aber miteinander, selbst auf dem Parteitage die persönliche Fühlung nicht so leicht gewinnen. Der erregte Ton der Debatten wird endlich auch noch durch den Umstand erklärt, dass in dem Wirken für die Partei häufig die oder jene Handlung oder Rede von Parteigenossen zum Teile wegen ihrer illoyalen Ausnützung in der bürgerlichen Presse als Hemmnis empfunden wurde. So gibt es recht zahlreiche Ursachen zur Erklärung der Uebertreibungen in den Debatten, die oft überaus peinlich empfunden werden. Sie aber für das Wesen anzusehen, in ihnen charakteristische Momente zur Beurteilung der deutschen Sozialdemokratie und zur Wertung ihrer Parteitage zu sehen, wäre durchaus verfehlt. Betont muss werden, dass man innerhalb der deutschen Arbeiterklasse zwar keineswegs jede Entgleisung der Rede und ihres Tones billigt, dass man aber auch durchaus kein Verständnis hat für die Aufgeregtheit, die sich hierüber in den Kreisen oft zeigt, die vom Arbeitsfelde der deutschen Sozialdemokratie weit entfernt sind, oder die, wehleidig veranlagt, innerhalb der Sozialdemokratie über die Verrohung des Tones klagen. Wie es unter den Menschen nun ist, fehlt es auch unter den Sozialdemokraten nicht an solchen, die strengste Splitterrichter über andere Verfehlungen und von rührendster Nachsicht für die eigenen Sünden sind.

Mehr als in irgend einer anderen Partei, mehr auch als in irgend einer anderen sozialdemokratischen Partei, wird in der des Deutschen Reiches ununterbrochen polemisiert. Es wird in Deutschland überhaupt mehr gestritten als anderwärts. Nicht bloss bei den Politikern, sondern auch bei den Gelehrten. Man könnte von Historikern und Philologen, von Nationalökonomern und Medizinern, von Juristen und vor allem von Theologen Polemiken anführen, die als lindes Gesäusel erscheinen lassen, was bei den Diskussionen auf den reichsdeutschen Parteitag als Ausschreitungen der parteigenössischen Diskussion des öftern gebrandmarkt wurde. Der polemische Ton gehört zum Wesen der reichsdeutschen Parteitage, er kann durchaus nicht entbehrt werden, leider wird er nur zu oft nicht abgetönt. Es gibt tatsächlich auch in der sozialdemokratischen Politik Fragen über die Parteigenossen verschieden urteilen müssen, an deren Ernst und gutem Willen, das beste für die Partei zu tun, niemand zweifeln kann. Dass derartige Streitfragen mit grösserer Ruhe, mit weniger Temperament behandelt werden könnten, so die überaus schwierige Frage der Stellung zur Erbschaftssteuer auf dem Leipziger Parteitage, wird jeder zugestehen dürfen. So rückhaltslos das gesagt werden kann, so entschieden ist es abzuweisen, in diesen Aeusserlichkeiten mehr als Aeusserlichkeiten zu sehen. Wer die deutsche Sozialdemokratie wirklich kennt, der wird sie schätzen und lieben trotz dieser Schönheitsfehler. Wer aber bei seinem Urteil von diesen Schönheitsfehlern ausgeht, dem wird es stets verschlossen sein, das Wesen der grössten und geschultesten sozialdemokratischen Partei der Welt zu erfassen.

Sicherlich ist es richtig, dass die deutschen Methoden in anderen Ländern die Partei auf das tiefste erschüttert hätten, dass es nur in Deutschland möglich ist, alljährlich vor der grössten Oeffentlichkeit die bekannten Debatten zu führen, ohne dass der Parteikörper Schaden leidet. Wir wissen, dass trotz der Internationalität, trotz der gemeinsamen Theorien und der gleichen wirtschaftlichen Hauptwurzeln der sozialdemokratischen Parteien aller Länder eine Schablonisierung der Agitation und Organisation, der politischen Aktion wie des inneren Parteilebens nicht möglich ist. Der Kapitalismus schafft bei aller seiner Ausgleichstendenz eine kaleidoskopische Mannigfaltigkeit in der Stellung des Proletariats. Sicherlich wird von einem weit erhöhten und stark entfernten Standpunkt aus der Unterschied der sozialdemokratischen Parteien nicht so gross sein, als es uns heute erscheint. Wir alle stehen glücklicherweise mitten im Kampfe, wir sehen die einzelnen Tatsachen in ihrer natürlichen Grösse, jedes

einzelne Wort klingt rauher an unser Ohr, als wenn wir es als kühle Historiker aufnehmen wollten. Wir wissen, dass dieser oder jener die Worte von Klassenkampf und Klassengegensatz als theoretische Formel betrachtet, die in Deutschland noch immer viel zu ernst genommen werde. Wer aber wirklich Deutschland kennt, wer die Parteien bis zu ihrem Untergrund durchschaut hat, wer die kapitalistische Entwicklung dort beobachtet hat, wer die Tendenz und die Kraft der Unternehmerorganisation wirken sah, wer endlich weiss, dass in Deutschland diesem Klassenkampf die ihr in Oesterreich äusserlich wenigstens abschwächenden nationalen Streitigkeiten entweder fehlen oder wie im Kampfe gegen die Polen vielfach nur wenig verhüllter Klassenkampf sind, der muss begreifen, dass in Deutschland diese alten Theorien, über die mancher in Oesterreich längst erhaben zu sein sich fühlt, lebendige Wirklichkeit sind. Das Vorherrschen der alten Grundsätze der Partei, die man höhnisch Orthodoxie nennt, sind die natürliche Frucht der wirtschaftlichen Entwicklung, einer wirtschaftlichen Entwicklung übrigens, die Deutschland nicht besonders eigen ist, sondern die in Deutschland nur früher und kräftiger hervorgetreten ist als in anderen Ländern, als auch in Oesterreich.

Diese schroffen Klassengegensätze sind auch ein unübersteigliches Hindernis einer zielbewussten revisionistischen oder ausschliesslich reformistischen Aktion. Losgeschält von allen Nebenerscheinungen, hat der deutsche Revisionismus zum Ziel das Zusammenwirken der Sozialdemokratie mit den linksstehenden bürgerlichen Parteien im Interesse einer wirksamen Bekämpfung der Reste des Feudalismus, der gesamten agrarischen Politik und der damit zusammenhängenden politischen Uebermacht des Junkertums, im Interesse einer Berücksichtigung der Konsumenten- und der Exportinteressen und zum Zwecke der Demokratisierung des Staatswesens, zur Gewinnung praktischer Vorteile für die Arbeiter auf dem Wege der Gesetzgebung. Was auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie als eine Stärkung und Kräftigung der revisionistischen Minderheit in der Sozialdemokratie gedeutet werden kann, wird von der bürgerlichen Presse, hauptsächlich von der liberalen mit Jubel und Lobsprüchen begrüsst. Aber der Jubel gilt nur der erhofften Schwächung der Sozialdemokratie, er gilt nicht dem Ziele der Revisionisten. Wohl hätte der niedergehende Liberalismus gar nichts dagegen einzuwenden, wenn die Sozialdemokratie sich ins Schlepptau des absterbenden Liberalismus begeben wollte, wenn die Sozialdemokratie für die „Parteien von Bildung und Besitz“ Kastanien aus dem Feuer holen und sich der Führung der geborenen Führer des Bürgertums unterwerfen wollte. So aber, wie die Revisionisten es verstehen, eine Allianz von Bebel bis zu dem nationalliberalen Allerweltpolitiker Bassermann, erscheint es den Liberalen selbst unmöglich. Nur ganz platonisch vermögen sie die geheimen Liebesbeteuerungen zu erwidern. In der Praxis ist gerade im Deutschen Reiche mit seinen hochentwickelten Klassengegensätzen, mit dem kraftvollen Einfluss der grossen Banken und der grossen Industrie auf die politische Vertretung der Bourgeoisie ein derartiges Zusammengehen undenkbar. Weit mehr als die klerikalen und konservativen Blätter sind die liberalen Zeitungen aller Schattierungen gefüllt mit den hämischsten, verächtlichsten, gehässigsten Anfeindungen gegen die Sozialdemokraten. Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist der Geburtshelfer vieler liberalen Wahlen gewesen. Diese von einem konservativen General a. D. geleitete Organisation hat ihre ungeheuren Geldmittel im wesentlichen aus den Bankkontis der liberalen Grössen überwiesen erhalten. An der Spitze der Unternehmerverbände stehen Liberale. Und auf der ganzen Linie sehen wir in Deutschland den Kampf der Sozialdemokratie gegen den Liberalismus. Selbst in Bayern, wo die Sozialdemokratie zu einer stark reformistischen Politik neigt, ist sie überall, im rechtsrheinischen wie im linksrheinischen Bayern, in Altbayern wie in Franken zum Kampfe gegen den Liberalismus gezwungen. Als Partei des städtischen Proletariats tritt die Sozialdemokratie überall zuerst auf. Im städtischen Proletariat muss die Sozialdemokratie auch auf dem Höhepunkt einer Entwicklung, wie sie im Deutschen Reiche errungen wurde, ihre Kerntruppen sehen. In Königsberg und Danzig, in Stettin, in Hamburg und in Bremen, in Berlin und in Frankfurt, in Leipzig und in Nürnberg und fast überall sonst hat die deutsche Sozialdemokratie ihre parlamentarischen Mandate errungen im Kampfe gegen den Liberalismus. Im Kampfe gegen den Liberalismus muss die Sozialdemokratie, müssen die meisten Revisionisten innerhalb der Sozialdemokratie

ihre Mandate verteidigen oder um neue kämpfen. Trotz aller Sehnsucht des Pastors Naumann und eines Bäckerdutzend anderer Liberaler und trotz ähnlicher Sehnsucht einer Handvoll Sozialdemokraten ist der Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Liberalen eine gegebene, mit aller politischen Konstruktion nicht aus der Welt zu schaffende Tatsache. Hieran kann die Ablehnung der Berliner Resolution, die das Zusammengehen mit den Freisinnigen untersagen wollte, nichts ändern. Die in ihrer Bedeutung ausserordentlich überschätzte Ablehnung entspricht durchaus der Taktik der sozialdemokratischen Partei zu allen Zeiten, selbst in der Periode des Sozialistengesetzes, also auch in den Zeiten, als das Wort Revisionist noch nicht geprägt war, als es eine ähnliche Gruppe, oder auch nur etwas ihr Verwandtes innerhalb der deutschen Sozialdemokratie noch gar nicht gab. Der Gedanke, sich nicht in seiner Wahltaktik festlegen zu lassen, ist ein Standpunkt, den die „berüchtigt unpraktische“ Sozialdemokratie des Deutschen Reiches stets festgehalten hat. Die neuerliche Bestätigung der so verhassten Dresdner Resolution bewies, dass die Sozialdemokratie von dem festgefügtten Boden ihrer Politik nicht abweichen wollte, noch konnte. Die den Fernstehenden unverständliche Tatsache, dass diese den Revisionisten über alle Massen verhasste Resolution einstimmig bestätigt wurde, erklärt sich aus der klugen Taktik des revisionistischen Flügels, sich nicht zählen zu lassen, damit nicht die Schwäche dieser Richtung auf dem Parteitag genau gewertet werden könne.

Wir scheinen von unserem Thema, der Erklärung des undiplomatischen, ja oft unparlamentarischen Tones auf den reichsdeutschen Parteitagen der Sozialdemokratie abgekommen zu sein, aber dieser aktuelle Exkurs war doch notwendig. Wir wollten an einigen auch den Fernstehenden bekannten oder doch leichtkontrollierbaren Tatsachen, die reichlich vermehrt werden könnten, klarstellen, dass die deutsche Sozialdemokratie im Reiche durch einen scharfen Klassengegensatz geschieden ist von dem ganzen Bürgertum, dass keine Phantasie unserer alten Utopisten mehr in nirgendwo war, als der Gedanke eines dauernden systematischen Zusammengehens der Sozialdemokraten und des sozusagen linksstehenden Bürgertums. Von der Schärfe dieses Klassengegensatzes, von der Schroffheit seiner Formen, von der Fremdheit der „beiden Nationen“ machen sich viele Genossen im Ausland keine richtige Vorstellung. Würden sie sich sie machen, so würden sie sofort die Ungenietherheit der Verhandlungen auf den Parteitagen des Deutschen Reiches begreifen. Steht man im unüberbrückbaren Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien, kann man von ihnen nichts erhoffen und gewinnen, sieht man sich vollständig isoliert von dem gesamten sonstigen politischen Leben, wird diese Isoliertheit täglich neu bewiesen, nicht nur durch die Reden im Parlament vom Bundesrathstisch und von den Sitzreihen der bürgerlichen Parteien, sondern durch die Härte der sozialen Kämpfe, durch polizeiliche Schikanen, durch die grösste Schärfe der gerichtlichen Urtheile, so begreift man, dass es der deutschen Sozialdemokratie in ihrer überwältigenden Mehrheit auf das höchste gleichgültig ist, wie das bürgerliche Zeitungsgeschwister, wie die Herren Professoren und wie gar die Herren Geheimräte und Minister über die Sozialdemokratie oder über ihren Ton urtheilen. Nichts ist dem reichsdeutschen Sozialdemokraten unverständlicher als der Gedanke, auch nur die mindeste Rücksicht auf das Urtheil der bürgerlichen Parteien zu nehmen. Und nichts hat mehr den Hohn der breiten Massen und der Parteigenossen herausgefordert, als die Versuche einiger bürgerlicher Blätter, besonders ausgesuchte sozialdemokratische Persönlichkeiten von der Partei wegzuloben.

Es ist über alle Massen merkwürdig, dass die bürgerliche Presse in Deutschland alljährlich vor und nach unseren Parteitagen in schärfster Weise über die Unbedeutendheit und Gleichgültigkeit dieser Veranstaltungen hochmütig aburtheilt, dass es aber keine politische Veranstaltung einer Partei im Deutschen Reiche gibt, über die von der bürgerlichen Presse so viel berichtet wird, über die von der bürgerlichen Presse so viel abgeurtheilt wird. Es gibt keine Veranstaltung einer Partei in Deutschland, es gibt keine Veranstaltung ähnlicher Art in der ganzen Welt, die eine so starke Anziehungskraft auf die bürgerliche Journalistik ausübt wie unsere Parteitage in Deutschland. Sieht man diese breiten und langen Tische, die auf der besten Stelle des Saales für die bürgerlichen Journalisten reserviert sind, dann muss man auch ein eigenartiges Gefühl der inneren

Kraft, der bewunderungswürdigen Rücksichtslosigkeit und der kühlen Gleichgültigkeit gegen das Urteil der Gegner haben, die sich abspiegelt in der oft mehr als kraftvollen, selbst die Schönheitsgrenzen nur zu häufig oft rücksichtslos überspringenden Diskussionsmethode auf den deutschen Parteitag. All das wäre nicht möglich, wenn die Sozialdemokratie im Deutschen Reiche nicht diejenige Partei wäre, in der trotz mancher Abwiegungsversuche bewusst und instinktiv der Charakter der Klassenpartei des Proletariats kräftiger zum Ausdruck gelangt als in irgend einer sozialdemokratischen Partei der Welt. Wenn unsere Genossen im Deutschen Reiche ihre Vertreter auf einem Parteitage verhandeln und streiten, abwägen und beschliessen sehen, dann reden sie mit Bewusstsein von einem Parlamente der Arbeit. Es ist ein selbständiger Körper, es ist eine eigene — wenn man es von einem so grossen Körper sagen darf — kleine in sich völlig abgeschlossene Welt, die sich ihre Gesetze gibt, die sich ihre Sitten bestimmt, in der es gleichbleibt, ob sie gelobt oder getadelt wird von denjenigen, die ihre verhüllten oder offenen, aber stets ihre klassenbewussten Feinde sind.

In der Sozialdemokratie des Deutschen Reiches herrscht neben dem kräftigen Klassengefühl des Proletariats auch ein überaus scharfer demokratischer Zug, ein Streben nach Selbstbestimmung und Selbstverwaltung vor. Niemand ist in der deutschen Sozialdemokratie so hoch gestanden, dass er nicht stets Rücksicht nahm auf die Kritik, die ihm werden konnte. Und niemals schreckte die Kritik zurück, wenn auch der beliebteste, der bedeutendste, der grösste Führer ihr Objekt sein sollte. Gerade Bebel war es, der bei all der Stärke der Individualität die Genossen immer und immer zur Kritik anieferte, und so scharf er auf diese Kritik auch zu antworten wusste, sie niemals missen mochte. Immer hat man auf den deutschen Parteitag das Gefühl, dass man lieber etwas zu viel der Kritik verbräuche, als irgend etwas an notwendiger Kritik unterlasse.

Wie oft hört man mit Staunen die Frage, wie kann die deutsche Sozialdemokratie diesen Streit ertragen, diesen inneren Zwist sich gefallen lassen, wie kräftig, wie hartnützig müssen die Genossen im Reiche sein, wenn sie so vor der ganzen Welt ihre Angelegenheiten ohne jede Zurückhaltung erörtern können. Sie vermag es ohne ernstlichen Schaden. Die deutsche Sozialdemokratie hat von Lassalle und Schweitzer, von Bebel und Liebknecht, von Fritzsche bis Hasselmann und Vahlteich an inneren Streit und Kampf gehabt. Er ruhte nicht in den schweren Zeiten des Sozialistengesetzes, da gab es die harten Kämpfe um die Dampfersubventionsvorlage, da entwickelte sich die Bewegung der Jungen, nachher gab es Kämpfe zwischen Partei und Gewerkschaft, dann kam der Ansturm der Revisionisten und dabei gedieh die Partei, sie wuchs gewaltig nicht nur in den Ziffern der Wähler, sie wuchs auch an innerer Kraft, an sozialistischer Erkenntnis, an Klassenbewusstsein, an Kampfesfreude, an Opfermut und an Tatkraft. Man jammert, dass die grosse Partei nichts leisten könne, man übersieht aber, dass diese Partei gerade wegen ihrer Kraft, gerade wegen der Erfüllung der Massen mit den Prinzipien des Klassenkampfes alles gegen sich haben muss. Keine Partei der Sozialdemokratie mag schwerer praktische Erfolge in der Gegenwart erringen, keine ist aber näher der entscheidenden Auseinandersetzung mit den Mächten des Kapitalismus als die Sozialdemokratie Deutschlands. Vieles mag in ihr nicht lieblich klingen, nicht angenehm wirken, und doch ist der Stamm gesund und kräftig, er wächst immer weiter in die Höhe, treibt immer weitere Aeste, er will bald überschatten das grosse weite Deutsche Reich.

Otto Bauer: Nationale Minderheitsschulen

Die Frage der Minderheitsschulen gewinnt von Jahr zu Jahr grössere Bedeutung. Die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich hat ihre Stellung zu dieser Frage niemals programmatisch festgelegt. Das Fehlen eines Programms, das alle Parteigenossen bindet, bringt uns in eine schwierige Stellung, so oft diese Frage aufgerollt wird. Ohne eine konkrete Entscheidung dieses Problems können wir zu vielen aktuellen Fragen der

nationalen Politik nicht deutlich und entschieden genug Stellung nehmen; ohne sie können wir nicht an den Ausbau unseres Nationalitätenprogramms schreiten; von der Lösung dieser Frage hängt die Gestaltung unserer Beziehungen zu den nichtdeutschen Genossen in Oesterreich ab. Die Entscheidung der Frage kann natürlich nur durch die Partei selbst, nicht durch ein einzelnes Parteiorgan oder einen einzelnen Genossen erfolgen; sie muss aber durch eine ernste Diskussion vorbereitet werden. Eine solche Diskussion einzuleiten, ist die Aufgabe dieses Artikels. Was er ausspricht, ist natürlich nur meine persönliche Ansicht, für die niemand verantwortlich ist als ich allein. Ich hoffe aber, dass die Diskussion auch den Genossen, die meine Ansicht nicht teilen, Gelegenheit geben wird, ihre Ansicht zu bekennen und zu begründen. Nur auf diese Weise können wir die schliessliche Entscheidung der Partei vorbereiten. Und entscheiden müssen wir: eine grosse Partei, wie die unsere, muss auf eine politische Frage, die immer wieder die Gemüter erregt, eine klare und unzweideutige Antwort zu geben wissen.

Da die Frage vielen deutschen Genossen fremd ist, wollen wir zunächst den heutigen Rechtszustand darstellen.

Der Artikel 19 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger bestimmt: „Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache. Die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben wird vom Staate anerkannt. In den Ländern, in welchen mehrere Volksstämme wohnen, sollen die öffentlichen Unterrichtsanstalten derart eingerichtet sein, dass ohne Anwendung eines Zwanges zur Erlernung einer zweiten Landessprache jeder dieser Volksstämme die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in seiner Sprache erhält.“ Auf diesem Gesetze beruht das Recht der Minderheitsschulen. Das Reichsgericht hat wiederholt zu Recht erkannt: „Durch die Verfassung ist den Einwohnern verschiedensprachiger Ortschaften das Recht, dass in den Volksschulen der Unterricht in jeder an diesem Orte landesüblichen Sprache erteilt werde, beziehentlich jedem österreichischen Volksstamm das unverletzliche Recht gewährleistet, dass in den Ländern und Orten, in welchen verschiedene Volksstämme wohnen, jeder dieser Volksstämme die erforderlichen Mittel zur Ausbildung der Schuljugend in seiner Sprache erhalte.“ Das Recht jedes Volksstammes auf Minoritätsschulen ist demnach überall gegeben, wo er wohnt und seine Sprache landesüblich ist. Diese Begriffe hat aber das Reichsgericht einschränkend ausgelegt. Es hat zwar auf Grund des Artikels 19 den Anspruch der Deutschen wie der Tschechen auf Minderheitsschulen in den Sudetendländern anerkannt, dagegen die Forderung der Tschechen nach Minoritätsschulen in Wien mit der Begründung abgewiesen, dass der tschechische Volksstamm in Wien nicht wohne, die tschechische Sprache in Wien nicht landesüblich sei. Das Reichsgericht hat dies in dem Erkenntnis vom 19. Oktober 1904, Z. 437, in folgender Weise begründet:

„Es ist zwar durch die letzten Volkszählungen nachgewiesen, dass sowohl in manchen Gemeinden des flachen Landes Angehörige der böhmischen Nationalität in bald geringerer, bald grösserer Zahl wohnen, als auch, dass in Wien eine nicht unbeträchtliche Zahl von Angehörigen dieser Nation ihren Wohnsitz hat; damit ist aber noch nicht der allein entscheidende Umstand gegeben, dass der böhmische Volksstamm in Oesterreich unter der Enns als nationale Individualität besteht. Die nationale Gemeintätigkeit der in Oesterreich unter der Enns wohnhaften Angehörigen böhmischer Nationalität hat in dem öffentlichen Leben des Landes nicht jene historischen Wurzeln geschlagen, welche ihnen als einer historischen Einheit den das wesentliche Merkmal eines Volksstammes des Landes bildenden Charakter einer nationalen Individualität im Lande verliehen hätte. Hierzu würde eine historische Entwicklung gehören, welche sich durch eine besondere Art der bleibenden Ansiedlung und durch ein Verwachsen mit dem Leben der Gesamtbevölkerung geltend macht. Diese Voraussetzungen fehlen aber bei den Bewohnern böhmischer Nationalität in Oesterreich unter der Enns mit Ausnahme jener Bruchteile, die als blosse Ausläufer des geschlossenen böhmischen Volksstammes in den Nachbarländern erscheinen, wie dies in Unter- und Ober-Themenau, dann Bischofswart der Fall ist. Für Wien insbesondere treffen jene Voraussetzungen um so weniger zu, als das Vorhandensein von Bewohnern böhmischer Nationalität in Wien nur das Ergebnis jener Anziehungskraft ist, welche die Haupt- und Residenzstadt des Reiches nicht nur auf die Angehörigen des böhmischen Volksstammes, sondern auch aller anderen österreichischen Volksstämme ausübt.... Dieses Zuströmen verschiedener sprachlicher Elemente ist

eine den Grossstädten eigentümliche, zumeist in Erwerbsrücksichten begründete Erscheinung und es vermag eine derartige Ansiedlung weder mit Rücksicht auf die Zahl noch auf die nationale Betätigung die historischen Voraussetzungen eines Volksstammes des Landes zu begründen..... Was ferner die Frage betrifft, ob die böhmische Sprache in Wien landesüblich ist, so ist auch diese in der Erwägung zu verneinen, dass die Angehörigen böhmischer Nationalität in Wien in den einzelnen Bezirken in bald kleinerer, bald grösserer Zahl nur zerstreut leben und infolgedessen dem Gebrauch ihrer Sprache zu ihrem gegenseitigen Verkehr der Charakter einer in Wien landesüblichen Sprache nicht beigelegt werden kann.“

Durch diese Auslegung des Staatsgrundgesetzes hat das Reichsgericht das Recht auf Minderheitsschulen eingeschränkt; der Anspruch auf Minderheitsschulen steht nach dieser Rechtsprechung den Nationen nur in denjenigen Kronländern zu, in denen sie eine historische Stellung haben, nicht in jenen, in die sie erst durch den kapitalistischen Umsiedlungsprozess geführt worden sind. Freilich könnte das Reichsgericht seine Ansicht über den Sinn des Staatsgrundgesetzes jeden Tag ändern; daher wollen die Deutschbürgerlichen durch die Lex Axmann eine sichere Rechtsgrundlage für die Verhinderung tschechischer Schulen in Wien schaffen. Sie begeben sich freilich damit auf ein gefährliches Gebiet: soll doch hier die Reichsverfassung durch ein Landesgesetz abgeändert werden!

Innerhalb des Rahmens, der durch den Artikel 19 St.-G.-G. und seine Auslegung durch das Reichsgericht geschaffen wurde, wird das Recht auf Minderheitsschulen durch die verwaltungsgerichtliche Auslegung des Reichsvolksschulgesetzes und der auf ihm beruhenden Schulerrichtungsgesetze geregelt. Das Reichsvolksschulgesetz bestimmt im § 59: „Die Verpflichtung zur Errichtung der Schulen regelt die Landesgesetzgebung mit Festhaltung des Grundsatzes, dass eine Schule unter allen Umständen überall zu errichten sei, wo sich im Umkreis einer Stunde und nach einem fünfjährigen Durchschnitt mehr als 40 Kinder vorfinden, welche eine über vier Kilometer entfernte Schule besuchen müssen.“ Die Durchführung dieses Gesetzes ist durch die Schulerrichtungsgesetze der Länder erfolgt. Die meisten Landesgesetze regeln die Pflicht zur Errichtung öffentlicher Volksschulen in folgender Weise: „Eine öffentliche Volksschule ist überall zu errichten, wo sich in einer Ortschaft oder in mehreren im Umkreis einer Stunde gelegenen Ortschaften, Weilern oder Einschichten zusammen nach einem fünfjährigen Durchschnitt mindestens 40 schulpflichtige Kinder befinden, welche eine mehr als vier Kilometer entfernte Schule besuchen müssen.“ Der Verwaltungsgerichtshof legt nun diese Gesetze in dem Sinne aus, dass sie auch die Bedingungen enthalten, unter denen das Recht auf Minderheitsschulen, soweit es nach der reichsgerichtlichen Auslegung des Staatsgrundgesetzes besteht, geltend gemacht werden kann. Eine Schule mit einer anderen als der an der bereits bestehenden Schule angewendeten Unterrichtssprache ist also zu errichten, wenn im Umkreis von vier Kilometern nach einem fünfjährigen Durchschnitt mindestens 40 schulpflichtige Kinder vorhanden sind, deren gesetzliche Vertreter sich zu dem betreffenden Volksstamm bekennen und die Errichtung einer Volksschule mit der entsprechenden Unterrichtssprache begehren. Auf dieser Auslegung der Schulerrichtungsgesetze durch den Verwaltungsgerichtshof beruht das Recht der Minoritätsschulen in denjenigen Kronländern, in denen dieses Recht nach der reichsgerichtlichen Auslegung des Staatsgrundgesetzes überhaupt besteht.

Nach dieser Auslegung erscheint das Recht auf Minderheitsschulen als ein individuelles Recht der Schulkinder, das ihre gesetzlichen Vertreter geltend machen können. Der Verwaltungsgerichtshof erkennt die Freiheit der Nationalitätserklärung an: die gesetzlichen Vertreter der Schulkinder sind um ihre Nationalität zu befragen und als Angehörige jener Nationalität zu behandeln, zu welcher sie selbst sich bekennen. (Erkenntnis vom 3. Jänner 1881.) Das Recht auf Minderheitsschulen ist dispositives Recht: „Die unbedingt notwendige Voraussetzung der Errichtung einer Nationalitätenschule bildet die Geltendmachung des Rechtes von Seiten Angehöriger der betreffenden Nationalität; ein Einschreiten der Behörden zum Zwecke der Provozierung dieses Rechtes ist ausgeschlossen.“ (Erkenntnis vom 22. Oktober 1890.) Es ist also innerhalb der gesetzlichen Schranken das Recht der Eltern und Vormünder, zu entscheiden, in welcher Sprache sie ihre Kinder erziehen wollen.

Dieser reichsrechtliche Grundsatz wurde aber durch ein mährisches Landesgesetz

eingeschränkt. Der § 20 des mährischen Landesgesetzes vom 27. November 1905, L.-G.-Bl. Nr. 4 ex 1906, bestimmt nämlich: „In die Volksschule dürfen in der Regel nur Kinder aufgenommen werden, welche der Unterrichtssprache mächtig sind.“ Durch dieses Gesetz, die sogenannte Lex Perek, ist das vom Verwaltungsgerichtshof anerkannte Recht der Eltern und Vormünder, die Unterrichtssprache für ihre Kinder zu wählen, eingeschränkt: tschechische Kinder können vom Besuche deutscher, deutsche Kinder vom Besuche tschechischer Schulen ausgeschlossen werden, wenn sie der Unterrichtssprache nicht mächtig sind. Die Lex Perek erscheint also ganz ebenso wie die Lex Axmann als ein Versuch, Reichsrecht durch Landrecht aufzuheben.

Dass der heutige Rechtszustand unbefriedigend ist, wird von allen Beteiligten zugegeben. Es handelt sich nun darum, festzustellen, welche Aenderungen die Arbeiterklasse zu fordern hat.

Verhältnismässig einfach liegt die Frage in Böhmen. Hier ist das Recht auf Minderheitsschulen bereits anerkannt, — dass es wieder beseitigt oder wesentlich eingeschränkt werden könnte, kann nur chauvinistische Gewissenlosigkeit der Bevölkerung einreden wollen. Nicht der Rechtsgrundsatz selbst, sondern nur die Art seiner Durchführung steht hier in Frage. Schwieriger liegt die Frage in Mähren, wo die Deutschen die Lex Perek bekämpfen, am schwierigsten in Niederösterreich, wo die Minderheitsschulen von den Tschechen gefordert, von den Deutschen abgelehnt werden. Wie stellen wir uns zu diesen Streitfragen?

Würde in Oesterreich nicht alle Nüchternheit und Sachlichkeit verschwinden, sobald irgend eine Frage in den Bereich der nationalen Kämpfe gerückt wird, dann müsste die Frage der Minderheitsschulen vor allem als das betrachtet werden, was sie doch in erster Reihe ist, als eine Schulfrage, bei deren Erörterung den pädagogischen Argumenten die erste Stelle gebührt. Die Frage der Unterrichtssprache ist zunächst eine Frage der Unterrichtsmethode: In welcher Sprache müssen wir zu den Schulkindern sprechen, damit der Unterrichtserfolg möglichst gross sei? Es unterliegt wohl keinem Zweifel, dass es auf diese Frage nur eine Antwort geben kann: Der Unterricht in der Muttersprache der Kinder sichert den besten Erfolg! Der Unterricht in einer Sprache, die die Kinder — sechs- und siebenjährige Kinder! — im Elternhaus überhaupt nicht oder nur unzureichend erlernt haben, kann nur dürftige Ergebnisse herbeiführen. Verweigern wir den Kindern den Unterricht in der Sprache, die allein sie beherrschen, dann senken wir das Niveau des Unterrichts überhaupt. Wir schädigen nicht nur die Jugend der nationalen Minderheit, sondern auch die Kinder der nationalen Mehrheit; in einer deutschen Schulklasse, in der auch tschechische Kinder sitzen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, muss der Lehrer so viel Kraft und Mühe auf die Ueberwindung dieser Schwierigkeit verwenden, dass darunter zweifellos auch der Unterricht der deutschen Kinder leidet. Wenn heute gefordert wird, dass die Kinder je nach ihrer Begabung und ihren Vorkenntnissen in besondere Schulklassen geschieden werden, damit der Unterricht der Befähigteren und mit grösseren Vorkenntnissen Ausgestatteten nicht durch die Unterweisung der minder Befähigten und weniger Vorgebildeten leide, so muss erst recht die Scheidung der Kinder nach ihren Sprachkenntnissen verlangt werden. Das Streben nach möglichst vollkommenen Unterrichtsmethoden heischt also die Trennung der Schulkinder nach ihren Sprachkenntnissen und die Unterweisung der Schuljugend in ihrer Muttersprache.

Diese Argumentation, die von dem Problem der Methode des Unterrichts ausgeht, findet aber ihre Begrenzung in der Rücksicht auf den Unterrichtszweck. Es handelt sich ja nicht nur um die Frage, in welcher Sprache wir zu den Kindern sprechen müssen, damit sie möglichst gut im Rechnen, in der Geschichte, der Erdbeschreibung, der Naturkunde unterrichtet werden, sondern auch um die andere Frage: Welche Sprache müssen die Kinder sprechen, lesen, schreiben lernen, damit die Schule sie mit jenen Kenntnissen ausstatte, die sie im späteren Leben brauchen werden? Da ist es nun ganz offenbar, dass den Kindern der nationalen Minderheit die Kenntnis ihrer Sprache nicht genügt, dass sie auch die Sprache des Volkes, in dessen Mitte sie leben, erlernen sollen. Wohl lernen sie diese Sprache auch dann, wenn die Schule sie ihnen nicht vermittelt; sie lernen sie auf der Strasse, im Geschäftsladen, im Gasthaus, in der Werkstätte. Aber

sie lernen sie nicht schulmässig, unmethodisch, unzureichend; die Schule hat auch hier die Aufgabe, durch methodischen Unterricht zu ergänzen, zu vertiefen, zu ordnen, was das Kind ausserhalb der Schule unvollständig, unzureichend, ungeordnet lernt. Die Minoritätsschule erfüllt also ihre Aufgabe nicht, wenn sie die Kinder nicht auch die Sprache der Mehrheit lehrt. Das gilt auch für unsere deutschen Schulen im tschechischen Sprachgebiet; selbst die berufsmässigen Nationalisten beginnen ja einzusehen, wie töricht es ist, die Sprache der anderen Nation nicht zu erlernen. Es gilt in noch höherem Masse für die tschechischen Schulen in unseren deutschen Städten. Ist doch das tschechische Sprachgebiet wie eine Sprachinsel in das grosse Siedlungsgebiet der deutschen Nation eingezwängt! Und dass die Kenntnis der Sprache einer der führenden grossen Kultur-nationen für die tschechischen Kinder ein reicher Gewinn ist, wird kein besonnener Tscheche leugnen. Nüchterne Erwägung der Aufgaben der Schule heischt also, dass an allen Minderheitsschulen auch die Sprache der Mehrheit unterrichtet werde.

Nun wissen wir aber, wie gering der Erfolg des Unterrichtes in den lebenden Sprachen nicht nur an unseren Volks- und Bürgerschulen, sondern selbst an den viel besser ausgestatteten Mittelschulen ist. Die Verbesserung der Lehrmethode mag den Erfolg erhöhen. Wirklichen Erfolg kann aber der Sprachunterricht nur haben, wenn die Kinder in der Schule Gelegenheit haben, die fremde Sprache zu sprechen. Das ist nur in unzureichendem Masse der Fall, solange die fremde Sprache bloss ein Unterrichtsgegenstand ist; es wird dagegen verwirklicht, wenn die fremde Sprache, sobald die Schüler sie als Unterrichtsgegenstand in genügendem Masse erlernt haben, bei dem Unterricht in einzelnen Lehrgegenständen als Unterrichtssprache verwendet wird. Es gibt in Oesterreich immer noch einige, in anderen Staaten viel mehr Schulen, in denen im Unterricht verschiedener Lehrgegenstände verschiedene Sprachen verwendet werden. Der Erfolg dieser Unterrichtsmethode war nicht immer günstig. Aber es darf nicht übersehen werden, dass sie gerade an den Minderheitsschulen mit viel grösserer Aussicht auf Erfolg angewendet werden kann als an Schulen in geschlossenen einheitlichen Sprachgebieten. Das tschechische Kind in der deutschen Stadt hört fortwährend in seiner nächsten Umgebung deutsch sprechen. Es wird in der Schule viel leichter und mit viel grösserem Erfolg die deutsche Sprache erlernen als etwa das tschechische Kind im tschechischen Sprachgebiet; es wird, wenn die deutsche Sprache in den unteren Klassen zunächst als Unterrichtsgegenstand gelehrt wird, leicht so weit gebracht werden können, dass die deutsche Sprache in den höheren Klassen bei dem Unterricht einiger, nicht aller Lehrgegenstände als Unterrichtssprache gebraucht werden kann, ohne dass der Unterrichtserfolg dadurch gefährdet wird. Eine solche Schule würde die Schuljugend der nationalen Minderheiten beide Sprachen beherrschen lehren!

Rein sachliche, pädagogische Erwägungen führen also zu dem Schlusse, dass wir einen besonderen Typus der Minoritätsschulen mit besonderem Lehrplan brauchen. Die Kinder sind in diesen Schulen in ihrer Muttersprache zu unterrichten. Doch ist die Sprache der Bevölkerungsmehrheit in allen Klassen als Unterrichtsgegenstand zu lehren, in den höheren Schulklassen überdies bei dem Unterricht einiger Lehrgegenstände als Unterrichtssprache zu gebrauchen. Die nationalen Minderheiten leben unter besonderen Bedingungen und haben besondere Bedürfnisse; der Unterricht ihrer Kinder wird unter anderen Bedingungen erteilt und er hat andere Bedürfnisse zu befriedigen als der Unterricht an den Schulen in den geschlossenen Sprachgebieten. Daher kann nur ein den besonderen Daseinsbedingungen der nationalen Minderheiten angepasster Schultypus ihre Bedürfnisse befriedigen.

Indessen ist die Frage der Minderheitsschulen nicht nur ein pädagogisches, sondern auch ein nationales Problem; sie ist ein Teil, der wichtigste Teil des grossen Problems der nationalen Minderheiten. Es gibt nationale Minderheiten verschiedener Art: solche, die in vorkapitalistischen Zeiten oder auf älteren Entwicklungsstufen des Kapitalismus entstanden sind, und solche, die erst die grosse Wanderbewegung erzeugt hat, die die Entwicklung der kapitalistischen Industrie und die Umbildung der Landwirtschaft unter kapitalistischem Einfluss hervorriefen. Die Minderheiten älteren Ursprungs bestehen zumeist aus Besitzenden oder doch aus Personen mit höherem Einkommen; für ihre Bedürfnisse ist von altersher gesorgt; sie sind auch wirtschaftlich und politisch stark genug,

für sich selbst zu sorgen, wo dies nicht der Fall ist. Die neuen Minderheiten bestehen überwiegend aus Proletariern; die Befriedigung ihrer Bedürfnisse ist eine neue Aufgabe der öffentlichen Verwaltung. Die Minderheiten des älteren Typus wachsen nicht, sie bröckeln eher ab. Die neuen Minderheiten wachsen mit der Entwicklung des Kapitalismus. Nun sind die Minderheiten des älteren Typus meist deutsch, die des jüngeren meist tschechisch. Da nun diese der öffentlichen Fürsorge mehr bedürfen und da sie weit zukunftsreicher erscheinen als jene, ist es verständlich, dass die Deutschen lieber auf die Sicherung und Ausgestaltung der Rechte ihrer Minderheiten verzichten, ehe sie auch den tschechischen Minderheiten diese Rechte gewähren, obwohl die deutschen Minoritäten in Böhmen und in Mähren absolut und relativ grösser sind als die tschechischen und obwohl keine Nation in Oesterreich so viele Minoritäten zu verteidigen hat wie die deutsche. Aber in einem demokratischen Staate, in dem 9 Millionen Deutschen 16 Millionen Nichtdeutsche gegenüberstehen, wird es nicht möglich sein, dauernd den deutschen Minderheiten zu sichern, was den Minderheiten der anderen Nationen verweigert wird. Und eine proletarische Partei, die die lebendigen Bedürfnisse der Völker gegen die starren Forderungen der historisch-politischen Individualitäten anruft, kann nicht bourgeoise und bäuerliche Minderheiten als historisch-politische Individualitäten schützen, proletarische Minderheiten, weil sie der historischen Stellung entbehren, entrecchten wollen. Wir können nur ein Programm für die Minderheitsschulen haben. Ist das Interesse der deutschen Nation, den Tschechen im deutschen Gebiete die Minderheitsschulen zu verweigern, so gross, dass wir um sinetwillen auf die deutschen Minderheitsschulen im tschechischen Gebiete verzichten müssten?

Man schätze die Bedeutung dieser Frage nicht gering! Es leben Tschechen:

in Niederösterreich	132.968
„ den deutschen Gemeinden Böhmens*	84.598
„ „ „ Gerichtsbezirken Mährens	131.585
„ „ „ „ Schlesiens	14.916

Dagegen Deutsche:

in den tschechischen Gemeinden Böhmens	98.548
„ „ „ „ Gerichtsbezirken Mährens	176.098
„ „ slawischen „ Schlesiens	52.022

Die Zahlen zeigen anschaulich genug, wie gefährlich es wäre, die deutschen Minderheiten zu gefährden, um nur die Ansprüche der tschechischen Minoritäten abweisen zu können.

Welche Rolle spielen nun die Volksschulen in dem Minoritätenproblem? Die Frage fällt mit der anderen zusammen: welche Rolle spielt die Schule in dem Prozess der nationalen Assimilation?

Das Wesen der nationalen Assimilation ist in unserer Parteipresse in der jüngsten Zeit wiederholt erörtert worden. Wir können die Ergebnisse dieser Erörterungen in folgender Weise zusammenfassen: Die kapitalistische Entwicklung führt zahlreiche Personen in fremdes Sprachgebiet. Die Einwanderer** treten nun zwischen zwei

* Für Böhmen liegen Rauchbergs Berechnungen nach Ortsgemeinden vor; für Mähren und Schlesien müssen wir uns mit den Angaben über die nationale Zusammensetzung der Gerichtsbezirke begnügen.

** Genosse Hudec hat im „Právo Lidu“ einen Artikel veröffentlicht, in dem er uns das Recht abspricht, die tschechischen Arbeiter in Wien Einwanderer zu nennen. Die deutsche Sprache ist aber nun einmal so boshaft, Leute, die eingewandert sind, als Einwanderer zu bezeichnen. Hudec meint wohl, dass wir die tschechischen Arbeiter durch diesen Ausdruck herabsetzen und ihre Vergewaltigung rechtfertigen wollen. Dieser Verdacht ist natürlich ganz unbegründet. Wir sind nicht der Meinung, dass Proletarier, die der Kapitalismus zur Aenderung ihres Wohnsitzes zwingt, darum ihres Rechtes verlustig werden sollen. Sind doch nicht nur die tschechischen Arbeiter Wiens in diesem Sinne Einwanderer, sondern auch die Mehrzahl der deutschen Proletarier! Wenn dem Genossen Hudec die Terminologie des wissenschaftlichen Sozialismus ebenso vertraut wäre, wie die des nationalen Chauvinismus, dann hätte er vielleicht bemerkt, dass der Gedankengang des von ihm angefochtenen Artikels und seine Terminologie nicht dem Gedanken- und Wortschatze der Deutschnationalen entnommen war, sondern wenigstens teilweise einer Abhandlung über proletarische Wanderungen, die ich vor dem Stuttgarter Sozialistenkongress in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht habe und die auf die Beschlüsse des Kongresses über das Einwanderungsproblem nicht ganz ohne Einfluss geblieben ist.

Verkehrsgemeinschaften: sie bleiben durch starke Bande mit der Nation verbunden, der sie entstammen, und werden doch auch durch starke Einflüsse mit dem Volke verknüpft, in dessen Mitte sie nun leben. Sie werden „kulturelle Mischlinge“. Erweist sich die Verknüpfung mit der Mutternation dauernd als stärker, dann bleiben sie ihr erhalten; überwiegt der Einfluss der neuen Umgebung, dann werden sie ihr national assimiliert.

Jede Nation wünscht, dass ihre Minderheiten ihr erhalten bleiben, die fremden Minderheiten in ihrem Gebiete assimiliert werden.

Im Verteidigungskampfe für ihre Minderheiten beruft sich jede Nation auf das Recht, sich ihre Volksgenossen bis zum letzten Manne zu erhalten. Aber dieses vermeintliche Recht kann vor der Geschichte nicht bestehen. Der Kapitalismus, der breite Volksschichten aus ihrer Schicksalsgemeinschaft herauslöst und neuen Schicksalsgemeinschaften eingliedert, verändert dadurch die Nationalität dieser Volksschichten. Dieser ökonomischen Tatsache können sich die Nationen ebensowenig erwehren, wie sich der Handwerker der Konkurrenz des Kapitals, der gelernte Arbeiter der Manufaktur des Wettbewerbes der ungelerten Fabriksarbeit erwehren kann. Soweit die nationale Assimilation eine Wirkung des kapitalistischen Umwälzungswerkes und nur dessen Wirkung ist, geht sie unaufhaltsam vor sich*.

Aber die nationale Assimilation ist nicht nur die Wirkung des kapitalistischen Umsiedlungsprozesses. Sie wird überdies gefördert durch den Druck, den die nationale Mehrheit auf die Minderheit auszuüben sucht, durch planmässigen Zwang. Durch den Missbrauch wirtschaftlicher Macht und gesellschaftlicher Einflüsse, durch die Verweigerung aller Kulturmittel, deren die Minderheit zur Pflege ihrer Kultur und Sprache bedarf, soll die Assimilation erzwungen werden. Im Kampfe um solche Massregeln verkündet die eroberungslustige Nation den Grundsatz, der Einwanderer dürfe zur Anpassung an die Nationalität des Landes, in dem er Arbeit sucht, gezwungen werden. Dieser Grundsatz kann aber vor unseren sozialen Grundanschauungen nicht bestehen; er bedeutet ja, dass die Eigentümer des Bodens und der Arbeitsmittel das Recht haben sollen, den Proletariern, die sie auf ihren Boden und an ihre Arbeitsmittel stellen, um aus ihrer Arbeit reichen Gewinn zu ziehen, auch ihre Nationalität aufzuzwingen**.

Unsere Einsicht in die unvermeidlichen Wirkungen der kapitalistischen Entwicklung warnt uns vor jedem Versuche, die Assimilation künstlich zu hemmen; unsere Kampfstellung gegen den Kapitalismus, der fremde Einwanderer als willkommenes Ausbeutungsmaterial an sich zieht, verbietet uns, den einwandernden Proletariern, die die Not zwingt, sich in das Reich fremden Kapitals zu begeben, die Nationalität der Kapitalisten aufzwingen zu wollen. Darum wollen wir ihnen Schulen geben, die den Assimilationsprozess nicht hemmen, so weit er eine unvermeidliche Wirkung der proletarischen Wanderungen ist, die ihn aber auch nicht erzwingen, wo die Anziehungskraft der Mutternation stärker ist als die der neuen Umgebung. Diesem Zwecke kann nur jener besondere Typus der Minderheitsschulen dienen, den wir schon aus pädagogischen Erwägungen gefordert haben: Schulen, in denen die Kinder in der Sprache der Minderheit unterrichtet werden, so dass das Band mit der Mutternation nicht zerschnitten wird, aber auch die Sprache der Mehrheit erlernen, damit die Assimilation durch die Schule nicht erschwert werde. Eine solche Schule greift dem nationalen Entwicklungsprozess nicht vor; im freien Wettbewerb der nationalen Kulturen wird entschieden werden, welcher Nation Einfluss auf die Kinder, die in solchen Schulen erzogen worden sind, sich als stärker erweist. Durch die Schule von der Umgebung nicht künstlich abgesperrt, aber auch nicht von der Gemeinschaft, der sie entstammen, geschieden, mögen die Kinder später in freier Selbstbestimmung sich ihre Nationalität wählen.

Den Problemen gegenüber, die der kapitalistische Umschichtungs- und Umsiedlungsprozess hervorruft, haben wir zwei Aufgaben zu erfüllen. Wir sind einerseits die Sachwalter der zur Wanderung gezwungenen Proletarier. Darum müssen wir

* Vgl. hierzu die „Arbeiter-Zeitung“ vom 15. August und 12. September 1909.

** Vgl. die ausführliche Kritik dieser Anschauungen in meinem Buche „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“, § 21.

ihren Schulen die beste Unterrichtsmethode sichern — also Unterricht in der Muttersprache! — aber auch die Ausstattung ihrer Kinder mit allen Kenntnissen fordern, die sie im Leben brauchen werden — also auch mit der Kenntnis der Sprache der Mehrheit! Wir sind aber andererseits auch die Sachwalter der sesshaften heimischen Arbeiterschaft, deren Interessen durch die Einwanderung oft gefährdet werden. Darum fordern wir möglichst gute Schulen für die Kinder der Einwanderer, damit diese uns nicht zu Lohndrückern und Streikbrechern, sondern zu kampffähigen Mitkämpfern erzogen werden — also wiederum den besten Unterricht, den Unterricht in der Muttersprache! — Schulen, die aber auch keine künstliche Scheidewand innerhalb der Arbeiterschaft schaffen, sondern den gemeinsamen Kampf fördern, seine Hemmungen beseitigen — also auch Unterricht in der Sprache der Mehrheit! Die pädagogisch beste Minoritätsschule entspricht auch am besten den Interessen sowohl der heimischen als auch der zuwandernden Arbeiterschaft. Sie findet im proletarischen Klasseninteresse ihre Begründung.

Wie würde nun eine solche Regelung der Schulfrage die nationalen Verhältnisse beeinflussen?

Den günstigsten Einfluss würde die von uns geforderte Lösung des Problems auf die Verhältnisse der deutschen Minderheiten in den slawischen Sprachgebieten üben. Wir würden ihre Minderheitsschulen für alle Zeiten gegen jeden Angriff sichern, wenn wir den Slawen im deutschen Gebiet ihre Schulen zugestehen. Freilich müsste an diesen Schulen nun auch die Sprache der Mehrheit gelehrt werden. Aber auch dies wäre kein geringer Gewinn: die Kenntnis der zweiten Landessprache wird unseren Kindern den Wettbewerb um die einflussreichsten Stellen in öffentlichen und privaten Diensten erleichtern.

Aber auch die Schulfrage der slawischen Minderheiten in den deutschen Gebieten der Sudetenländer würde auf diese Weise in einer den Deutschen vorteilhaften Weise gelöst. Das Reichsgericht und der Verwaltungsgerichtshof haben ja schon längst den Anspruch dieser Minderheiten auf die Errichtung öffentlicher Schulen anerkannt. Wo die tschechischen Minderheiten diesen Anspruch geltend machen, kann die deutsche Mehrheit die Errichtung solcher Schulen heute durch Gewalttätigkeiten und Schikanen für einige Zeit verzögern, aber nicht verhindern. Wie sinnlos diese Politik der deutschen Gemeinden ist, wie der geringfügige nationale Gewinn, den die Verzögerung eines Schulbaues für wenige Jahre bedeuten mag, weitaus aufgewogen wird durch die Wirkungen des Kampfes um die Schule, der den Hass gegen das Deutschtum schon in die Seelen der Schulkinder versenkt und dadurch die friedliche und freiwillige Assimilation erschwert, hat Seliger in seiner trefflichen Rede über das Problem der Minoritätsschulen gezeigt*. Das Deutschtum würde nichts verlieren, wenn die deutschen Gemeinden in den Sudetenländern auf den schon nach der heutigen Rechtslage hoffnungslosen Kampf gegen die Minderheitsschulen verzichten würden; es würde aber viel gewinnen, wenn an Stelle rein tschechischer Schulen ein besonderer Minoritätsschultypus geschaffen würde, in dem neben der tschechischen auch die deutsche Sprache unterrichtet würde. Die von uns vorgeschlagene Lösung des Problems würde die Vergewaltigung der tschechischen Minderheiten in den deutschen Gebieten der Sudetenländer aufheben, ihre friedliche und freiwillige Assimilation dagegen sowohl durch die Beendigung der erbitternden Schulkämpfe als auch durch die Einführung des deutschen Unterrichtes in den tschechischen Schulen fördern.

Anders steht die Frage für Wien. Hier ist das Recht der tschechischen Minderheit auf öffentliche Schulen noch nicht anerkannt; hier würde die von uns vorgeschlagene Regelung also die grössten Wirkungen üben. Haben die Deutschen Wiens wirklich Grund, diese Wirkungen zu fürchten?

Bei der letzten Volkszählung wurden in Wien 180.922 Personen gezählt, die in tschechischen Bezirken Böhmens, 113.308 Personen, die in tschechischen Bezirken Mährens, 5182 Personen, die in tschechischen Bezirken Schlesiens geboren sind. Im ganzen sind

* Die Minoritätsschulen und die Sozialdemokratie. Rede des Abgeordneten Josef Seliger im österreichischen Abgeordnetenhaus am 3. Juli 1909. Verlag der Teplitzer „Freiheit“. Preis 2 h. — Das Flugblatt sollte überall verbreitet werden, wo die Frage der Minoritätsschulen aktuell wird.

also 299.412 in Wien anwesende Personen in den tschechischen Gebieten der Sudetenländer geboren. Von den Einwanderern aus den Sudetenländern haben sich nun aber in Wien zur tschechischen Umgangssprache bekannt: von den Einwanderern aus Böhmen 52.815, aus Mähren 25.640, aus Schlesien 381, zusammen 78.836. Es leben also in Wien 299.412 Personen, die in tschechischen Bezirken der Sudetenländer geboren sind, aber nur 78.836 in den Sudetenländern geborene, in Wien lebende Personen bekennen sich zur tschechischen Umgangssprache. Nach diesen Zahlen würde der Assimilationsgewinn des Deutschtums in Wien 220.576 Köpfe betragen. In Wirklichkeit ist er gewiss beträchtlich kleiner. Auch in den tschechischen Gebieten der Sudetenländer wohnen Deutsche und auch auf sie übt die deutsche Grossstadt eine grosse Anziehungskraft aus; die Zahl der nach Wien einwandernden Tschechen ist also kleiner als die Zahl der aus den tschechischen Bezirken eingewanderten Personen. Andererseits ist das Bekenntnis der Umgangssprache nicht immer ein verlässliches Zeugnis der Nationalität; die Zahl der in Wien wohnenden Tschechen ist also grösser als die Zahl der Personen, die sich hier zur tschechischen Umgangssprache bekannt haben. Aus diesen Gründen können wir annehmen, dass der deutsche Assimilationsgewinn in Wien mit 200.000 Köpfen gewiss zu hoch geschätzt ist*. Doch zeigt auch diese Zahl, welche grosse Rolle die nationale Assimilation in der Entwicklung Wiens und des Wiener Deutschtums spielt. Wird dieser Prozess gehemmt werden, wenn den Wiener Tschechen das Recht auf Minderheitsschulen zugestanden wird?

Hier können uns zunächst deutschböhmisches Erfahrungen belehren. In den deutschen Bezirken Böhmens mit weniger als 20 Prozent tschechischer Bevölkerung wurden am Tage der letzten Volkszählung 151.370 Personen gezählt, die im tschechischen Sprachgebiet Böhmens geboren waren. In diesen Bezirken haben sich aber nur 56.481 Personen zur tschechischen Umgangssprache bekannt. Der deutsche Assimilationsgewinn betrug also 94.889 Köpfe. Schaltet man das Dux-Teplitzer Kohlenrevier aus, wo ganz besondere Umstände die Aufsaugung des tschechischen Zuzuges hemmen, so erscheint die Assimilation noch grösser: 112.722 Einwanderern aus dem tschechischen Gebiet stehen nur 30.328 tschechisch Sprechende gegenüber, 73,1 Prozent der tschechischen Einwanderer sind Deutsche geworden**. Da nun in Wien 299.412 Einwanderern aus den tschechischen Bezirken nur 78.836 tschechisch Sprechende gegenüberstehen, also etwa 73,67 Prozent der Einwanderer dem Deutschtum gewonnen worden sind, so erscheint die Assimilationskraft des Deutschtums in Wien, obwohl den tschechischen Minderheiten in Deutschböhmen das Recht auf Schulen zugestanden wurde, während es ihnen in Wien verweigert wird. Schon diese Tatsache mahnt zur Vorsicht gegenüber dem populären Vorurteil, dass die Aufsaugung der Minderheiten ausschliesslich oder auch nur entscheidend durch die Regelung der Schulfrage beeinflusst wird.

In der Tat zeigen ja unsere Zahlen, dass die Assimilation schon deshalb nicht durch die deutsche Schule in Wien herbeigeführt oder durch tschechische Schulen in Wien verhindert werden kann, weil die grosse Masse der Assimilierten die Schule gar nicht in Wien, sondern noch in ihrer Heimat besucht haben. 73,67 Prozent der Einwanderer wurden schon in der ersten Generation assimiliert und die grosse Mehrzahl von ihnen ist gewiss erst nach Beendigung des Schulbesuches nach Wien gekommen. Die Masse der in Wien dem Deutschtum gewonnenen Tschechen bilden die Lehrjungen, Dienstmädchen und jugendlichen Arbeiter, die nach dem 14. Lebensjahr nach Wien kommen, hier sesshaft werden, einen Hausstand begründen und allmählich in dem grossen deutschen Volkskörper aufgehen! Diese Masse der tschechischen Einwanderer wird assimiliert, obwohl sie in ihrer Heimat eine tschechische Schule besucht haben; die Regelung des Schulwesens in Wien ist für ihre Assimilation ohne Bedeutung.

Nur für zwei Kategorien der Einwanderer hat die Schulfrage eine entscheidende

* Vergl. Meinzingen, Die binnenländischen Wanderungen und ihre Rückwirkung auf die Umgangssprache. „Statistische Monatshefte“. N. F., VII. Jg., Seite 693 ff.

** Vergl. Rauchberg, Der nationale Besitzstand in Böhmen. I., Seite 296 ff.

Bedeutung: erstens für jene Einwanderer, die sich selbst der Assimilationstendenz erwehrt haben und nun auch ihre in Wien geborenen Kinder in ihrer Muttersprache erziehen wollen, zweitens für diejenigen, die bereits bei der Einwanderung schulpflichtige Kinder mitbringen. Wie zahlreich diese beiden Kategorien sind, lässt sich wenigstens annähernd zahlenmässig feststellen.

In Niederösterreich stehen von je 1000 Personen mit deutscher Umgangssprache 221·77, von je 1000 Personen mit tschechischer Umgangssprache 191·71 im Alter bis zu zehn Jahren. In der niedrigen Besetzung der untersten Altersklassen bei den Tschechen drückt sich die Tatsache aus, dass die Masse der tschechischen Einwanderer erst auf höherer Altersstufe nach Niederösterreich kommt. In Niederösterreich sind von je 1000 Deutschen 598·03, von je 1000 Tschechen 617·59 ledigen Standes — die tschechische Einwanderung ist eben nur zum geringen Teile Familienwanderung und der Assimilationsprozess wird häufig noch vor Begründung eines eigenen Hausstandes vollzogen. Daher ist hier die Zahl der Kinder in schulpflichtigem Alter, deren Eltern sich zur tschechischen Umgangssprache bekennen, verhältnismässig gering. Im Jahre 1900 wurden in Wien nur 18.928 Personen mit tschechischer Umgangssprache gezählt, die im Alter bis zu zehn Jahren standen. Bei der Schulfrage handelt es sich also nicht um die grosse Masse der 300.000 Einwanderer aus den tschechischen Gebieten, sondern nur um höchstens 20.000 Kinder in schulpflichtigem Alter, deren Eltern sich auch in Wien noch als Tschechen bekennen. Den 18.928 tschechischen Kindern stehen 270.096 deutsche Kinder im Alter bis zu zehn Jahren gegenüber — zeugt es wirklich von nationalem Selbstbewusstsein, von Vertrauen in die Kraft und Grösse der deutschen Nation, wenn wir den deutschen Charakter der alten deutschen Hauptstadt bedroht glauben, sobald ein paar tausend tschechische Schulkinder in tschechischer Sprache unterrichtet werden?

In Wahrheit ist das nationale Problem Wiens ein ganz anderes. Hainisch hat darauf hingewiesen, dass sich der Anteil der in den Sudetenländern Geborenen an der Wiener Bevölkerung seit einem halben Jahrhundert nicht geändert hat — im Jahre 1856 waren 25 Prozent, heute sind 26·6 Prozent der Wiener Gesamtbevölkerung in den Sudetenländern geboren. „Die Zuwanderung ist alt, geändert hat sich nur das nationale Selbstbewusstsein der Einwanderer und dies macht die Assimilierung dieser Einwanderer, die sich bisher geräuschlos vollzogen hat, zu einem immerhin ernstem Problem.“* Die Widerstandskraft der nationalen Minderheit gegen die Assimilation ist durch zwei Tatsachen gestärkt worden. Zunächst durch die Hebung des Kulturniveaus der Bevölkerung in den tschechischen Auswanderungsgebieten. Nicht mehr als kulturlose Lohnsklaven, sondern als selbstbewusste Arbeiter, die ein Stück ihrer nationalen Kultur in sich aufgenommen haben, kommen die tschechischen Einwanderer nach Wien. Diese an sich sehr erfreuliche Tatsache ist die erste Ursache, die die Assimilation erschwert; dieser Tatsache können wir und wollen wir nicht entgegenwirken. Aber noch eine andere Tatsache hemmt den Assimilationsprozess: der nationale Kampf, der das Bewusstsein der Einwanderer mit Abneigung gegen das Deutschtum erfüllt und sie dadurch gegen die Anziehungskraft der deutschen Kulturgemeinschaft schützt. Diese Ursache können und wollen wir bekämpfen. Entziehen wir durch eine vernünftige Lösung der Schulfrage dem Chauvinismus seinen Nährstoff, dann wird die friedliche Assimilation von mancher Hemmung befreit werden! Die tschechische Schule könnte äusserstenfalls die Nationalität von 20.000 Schulkindern beeinflussen; der Kampf um die tschechische Schule, der die pädagogische Zweckmässigkeitsfrage zur Frage der nationalen Ehre aufbauscht, gefährdet die friedliche Assimilation von 200.000 erwachsenen Tschechen, in denen ihr Nationalbewusstsein geweckt, ihr nationales Ehrgefühl aufgestachelt wird, wenn man ihnen aufzwingen will, was sie sonst aus nüchterner Zweckmässigkeitserwägung freiwillig auf sich genommen hätten. Wer die Psychologie des nationalen Assimilationsprozesses kennt, wird zugeben, dass der Kampf um die Minderheitsschulen der Assimilation grössere Schwierigkeiten bereitet, als die Errichtung von ein paar Schulen, in denen neben der tschechischen auch die deutsche Sprache gelehrt würde, ihr bereiten würde. Die tschechische Minder-

* Hainisch, Einige neue Zahlen zur Statistik der Deutschösterreicher. Leipzig 1909. Seite 45 f.

heit in Wien wird niemals gänzlich assimiliert werden können — sie wird es auch heute nicht, trotz der deutschen Schulen; ihre teilweise und allmähliche Assimilation kann nur in einer Atmosphäre friedlichen Verkehres, nicht im Lärm des Kampfes erfolgen. Darum kann auch den Interessen des Deutschtums ein billiger Ausgleich in der Wiener Schulfrage nur förderlich sein. Ein solches Kompromiss stellt der Typus der Minderheitsschulen dar, den wir empfehlen.

Ich glaube daher, dass keine nationalen Rücksichten uns deutsche Sozialdemokraten hindern, in der Frage der Minderheitsschulen zu tun, was unsere pädagogische Einsicht und unsere soziale Gesamtanschauung uns gebieten.

Schliesst sich die Partei dieser Ansicht an, dann wird es nicht schwer sein, die Grundlinien eines sozialdemokratischen Programms für die Frage der Minoritätsschulen festzustellen.

An erster Stelle müssen wir fordern, dass die Frage der Minderheitsschulen gelöst werde durch die Reichsgesetzgebung und für das Reich. Wir sprechen nicht nur den Landtagen die Zuständigkeit zur Lösung des Problems ab. Wir stellen auch die unleugbare Tatsache fest, dass keine Nation und am allerwenigsten die deutsche auf die wirkliche oder vermeintliche Machtstellung, die ihr die heutige Regelung des Problems in einem Lande gibt, verzichten wird, wenn ihr nicht gleichzeitig ihr Recht in den anderen Ländern wird. Das heutige Machtverhältnis der Nationen schliesst jede einseitige Lösung aus. Es ist undenkbar, dass die tschechische Minderheit in Wien das Recht, ihre Kinder in öffentlichen Schulen in ihrer Muttersprache zu erziehen, erlangt, ohne dass gleichzeitig den deutschen Minderheiten allwärts ihr Recht auf Minderheitsschulen gegen jeden Angriff gesichert und ohne dass gleichzeitig die Organisation der tschechischen Minderheitsschulen in den deutschen Bezirken der Sudetenländer in einer solchen Weise umgestaltet wird, dass den Wünschen der nationalen Mehrheit Rechnung getragen wird, soweit sie durchführbar sind, ohne das Recht der Minderheiten auf die nationale Erziehung ihrer Kinder zu verletzen.

In meritorischer Hinsicht müssen wir eine besondere Organisation der Minderheitsschulen fordern. Die Muttersprache der Kinder ist Unterrichtssprache, die Sprache der Mehrheit Unterrichtsgegenstand, in den höheren Schulklassen bei dem Unterricht einiger Lehrgegenstände überdies Unterrichtssprache. Da vielfältige Erfahrung beweist, dass nur sehr wenige Lehrer eine Sprache, die nicht ihre Muttersprache ist, mit gutem Erfolg unterrichten können, sind die Lehrerstellen an den Minderheitsschulen tunlichst in der Weise zu besetzen, dass jeder Lehrer nur die Sprache seiner Nation als Unterrichtssprache zu gebrauchen und als Unterrichtsgegenstand zu lehren hat.

Die Frage der Schulaufsicht wird uns keine Schwierigkeiten bereiten. In dieser Hinsicht haben auch die bürgerlichen Parteien den Grundsatz der nationalen Autonomie anerkannt und in Böhmen und Mähren — freilich unvollständig und unzureichend — durchgeführt.

Ebenso ist die Frage der Schullasten unschwer zu lösen. Wir fordern die Uebertragung der Schullasten an die zu konstituierenden Nationen. Da die Belastung kleinerer Gemeinden durch den Zwang zur Errichtung der Minderheitsschulen die Lösung des Problems sehr erschwert, sind die Kosten dieser Schulen, solange die Nationen nicht konstituiert sind, von grösseren Territorialverbänden, den Ländern oder den Kreisen, zu tragen.

Ein solches Programm würde meiner persönlichen Ansicht nach den Grundsätzen der Unterrichtsmethode entsprechen, ohne den anzustrebenden Unterrichtserfolg, der auch die Kenntnis der Mehrheitssprache einschliesst, zu gefährden; es würde die nationale Assimilation nicht künstlich hemmen, sie aber auch niemandem aufzwingen; es würde den wirklichen Interessen der nationalen Minderheiten vollkommen entsprechen, aber auch den Wünschen der Mehrheiten Rechnung tragen. Ein solches Programm allein entspricht unseren sozialen Grundanschauungen und den Klasseninteressen des Proletariats. Auf keiner anderen Grundlage erscheint mir eine einverständliche Lösung, ein nationaler Ausgleich möglich.

Können wir uns über ein solches Programm einigen, dann sind wir endlich in der Lage, auf eine stets aktuelle Frage eine konkrete und unzweideutige Ant-

wort zu geben. Auf dieser Grundlage wird eine Vermittlung zwischen dem Territorialprinzip und dem Personalitätsprinzip möglich sein, in deren Widerstreit sich ja nichts anderes als das Minoritätenproblem birgt. Die Verständigung über ein solches Programm wird den gefährlichsten Grund der Unstimmigkeiten zwischen den deutschen und den tschechischen Genossen beseitigen und dadurch die österreichische Internationale kräftigen, zur Ausgestaltung des gemeinsamen Nationalitätenprogramms erst die Möglichkeit schaffen. Sind wir einsichtig und mutig genug, dieses Problem zu lösen, dann haben wir kein anderes mehr zu fürchten!

Ich stelle dieses Programm zur Diskussion. Ich hoffe, dass sie als fruchtbare Wirklichkeit offenbaren wird, was in Prag wie in Reichenberg als Wunsch in schönen Worten so oft verkündet wurde: den Willen der Sozialdemokraten aller Nationen, den Völkern Oesterreichs den Weg zum nationalen Frieden auf der Grundlage des nationalen Rechtes zu weisen.

Felix Somary: Zwischen zwei Konjunkturen

Die wirtschaftliche Entwicklung beginnt in unseren Tagen einen anderen Charakter anzunehmen, als es noch vor einem oder zwei Jahrzehnten der Fall war; das Tempo des ökonomischen Lebens hat sich unleugbar beschleunigt und die einzelnen Perioden der Entwicklung folgen einander in weit kürzeren Intervallen als in den drei letzten Dezennien des vorigen Jahrhunderts. Der bekannte Göttinger Gelehrte Professor Lexis hat in einer Studie, die er vor kurzem veröffentlicht hat, den statistischen Nachweis für die alte These zu erbringen gesucht, dass zwischen einer Periode der Hochkonjunktur und der anderen ein Zwischenraum von zirka zehn Jahren liege; in diesem Falle wie in so manchem anderen hinkt aber schon die Statistik den Ereignissen nach — denn in unseren Tagen ist dieses Intervall auf einen viel geringeren Zeitraum, auf fünf bis sechs Jahre, abgekürzt.

Die Kreise, die mitten im Wirtschaftsleben stehen, haben diese Aenderung der Situation sehr rasch erfasst. Bei Unternehmern und bei Arbeitern ist die Ueberzeugung von der kurzen Dauer des Intervalles zwischen den beiden Perioden schon recht allgemein geworden. Noch weiter verbreitet ist diese Ansicht bei dem Finanzkapital und vor allem bei jenen mittleren kapitalistischen Klassen, welche im kontinentalen Europa eine so starke Bedeutung besitzen.

Ricardo hat einmal auf die Frage, wie er sein Vermögen denn eigentlich erworben habe, geantwortet, er habe gekauft, wenn andere verkauften, und verkauft, wenn andere kauften; in seinen Tagen war dieser Grundsatz nur für wenige Maxime, heute scheint er schon Gemeingut geworden zu sein; wenn in früherer Zeit eine industrielle Konjunktur zusammengebrochen war, herrschte jahrelang nicht bloss auf dem Arbeitsmarkte, nicht bloss in den Comptoirs, sondern auch an den Börsen vollkommene Ruhe; neu akkumuliertes Kapital wurde zum überwiegenden Teil in Anlagewerten — in Anleihen der Staaten und der Kommunen sowie in Pfandbriefen der Hypothekenbanken — investiert. Industrielle Depression auf der einen — billiges Geld, rege Bautätigkeit, Steigen der festverzinslichen Papiere und niedriger Kursstand der Dividendenwerte auf der anderen Seite — das war jene Signatur für Jahre der Depression, an die man bisher gewohnt war; für den gegenwärtigen Moment jedoch treffen alle diese Merkmale nicht zu. Wir befinden uns unleugbar in einer schweren industriellen Depression und dennoch sehen wir weder ein Steigen der Kurse der Rententitres noch eine andauernde Kursstagnation der Dividendenpapiere — sehen den Baumarkt zwar lebhafter als in den Vorjahren, aber keineswegs mit Geld besonders gesättigt und können vor allem konstataren, dass die Geldflüssigkeit, die früher in Perioden der Depression gewöhnlich vier bis sechs Jahre anhielt, schon jetzt nach kaum einjähriger Dauer nachzulassen beginnt.

Wohl das markanteste Merkmal des gegenwärtigen Momentes ist die ganz abnormale Kursbewegung auf den Effektenmärkten.

Die Renten sind in den meisten kontinentalen Staaten nur um geringes gestiegen. Dagegen sind die Aktienwerte ganz ausserordentlich rasch in die Höhe gegangen; mitten im Sommer, in der sonst ruhigen Geschäftszeit, hat ganz unvermittelt eine Börsenbewegung eingesetzt, die namentlich in Deutschland und Oesterreich eine seltene Intensität erreicht hat: die Kurse der führenden Spekulationspapiere der Berliner und Wiener Börse sind schon heute mitten in einer Zeit schwerer industrieller Depression nicht mehr weit von den Kulminationspunkten entfernt, die anlässlich der letzten Hochkonjunktur erreicht wurden. Weite Kreise, die sonst in Zeiten der Depression Rentenpapiere zu kaufen gewohnt waren, legen ihre neu erworbenen Kapitalien diesmal in Dividendenpapieren an, und die Fälle werden immer zahlreicher, in denen selbst der Besitzstand an festverzinslichen Werten gemindert wird, um die Möglichkeit des Erwerbes von Spekulationswerten zu schaffen.

Die Gründe, aus denen das Kursniveau der Staatsanlehen trotz der derzeit so billigen Geldverhältnisse niedrig ist, sind leicht zu finden. Man hat das Publikum in den letzten Jahren geradezu durch öffentliche Anlehen übersättigt; sobald nur irgendwie billiger Geldstand eintrat, traten in Deutschland und Oesterreich Staat, autonome Verbände und Kommunen mit Anlehen auf, so dass dem Publikum fast gar nicht mehr Zeit gelassen wurde zu sparen, Kapital zu akkumulieren. Das Angebot eilte hier immer der Nachfrage voran. Dazu kam aber, dass die unruhige politische Situation im verflossenen Frühjahr den Rentenwerten selbst in Kreisen der langjährigen Besitzer erheblichen Schaden zugefügt hat; man war bis dahin in der Bevölkerung von der Ansicht ausgegangen, dass man an Renten zwar nicht viel Zinsen verdiene, aber dafür das Kapital sicher habe; und dieser populären Auffassung hatte zumal in Oesterreich die bis dahin doch nur relativ geringfügige Kursbewegung der Renten recht gegeben; waren aber schon in den vorangegangenen Jahren die ungarischen Werte im Kurse empfindlich gefallen, so begann in der politischen Krise auch die österreichische Rente ganz erheblich zurückzugehen — und da machte ein grosser Teil der Besitzer — die in jenen Tagen wohl zumeist das Kursblatt zum ersten Male in ihrem Leben in die Hand nahmen — die Beobachtung, dass die Renten in ihrem Kurse sich ganz wesentlich verändert und zum Teile viel stärkere Rückgänge erfahren hatten als die gut placierten Aktien. Diese Erfahrung machte grossen Eindruck in Oesterreich, wo bis dahin auch ziemlich vermögende Bevölkerungskreise ihren ganzen Besitz in Renten angelegt hatten. — Fast um die gleiche Zeit, in der sich auf dem Kontinente infolge der politischen Situation eine Entwertung der Renten vollzog, setzte in Amerika eine industrielle Börsenbewegung ein; in den Vereinigten Staaten war die Grossindustrie durch umfassende Betriebseinstellungen und eingreifende Herabsetzung der Produktion mit Erfolg bemüht gewesen, die Wirkungen des Rückschlages der Konjunktur auf ein möglichst geringes Mass zu reduzieren; durch diese von konzentrierter Stelle aus durchgeführte Produktionseinschränkung wurde die Ueberschwemmung des Marktes mit Waren, die sonst nach dem Ablauf jeder Konjunkturperiode einzutreten pflegt, in der Union vermieden und dadurch trat nach einer relativ kurzen Zwischenzeit eine Preissteigerung ein, die bei den Montanwerken einsetzte. Die Erhöhung der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung in der Union infolge der günstigen Ernte des Vorjahres trug wesentlich dazu bei, diese Tendenz zu verstärken. Infolge dieser Momente begann eine Hausse in den Kursen jener Bahnen, die durch den Transport von Getreide alimentiert werden, sowie in den Industrieaktien, vornehmlich in den Aktien des Stahltrusts, der die Politik der Restriktion in einschneidender Weise durchgeführt und von einer neuen Konjunktur das meiste zu erwarten hatte. Die Commonshares des Stahltrusts sind in relativ kurzem Zeitraum von dem Tiefstkurs — zirka 20 Dollars — auf über 80 Dollars gestiegen und an dieser Bewegung sowie in jener in den grossen amerikanischen Eisenbahnen, namentlich der Union Pacific, haben weite Kreise in Europa teilgenommen; der Gewinn aus diesen Transaktionen lockte sehr viele in das Effektengeschäft hinein, und er veranlasste auch eine günstige Tendenz für die kontinentalen Werte, bei denen man sich eine ähnliche Entwicklung wie bei den amerikanischen versprach.

Das Zusammenwirken dieser Momente hat in London, Berlin und Wien eine Börsenbewegung von seltener Stärke hervorgerufen: in London erwachte selbst der Minenmarkt, der seit fast einem Dezennium erstarrt lag, zu neuem Leben. Man war bis vor kurzem vielfach der Ansicht, dass sich für Transvaalminenwerte nach den furchtbaren Verlusten, die kundige und unkundige Leute darin seinerzeit erlitten hatten, wohl kaum wieder Käufer werden finden lassen. Die verschiedenen Versuche der am Minenverkehr interessierten Londoner Börsenfirmer, die Kurse emporzutreiben, waren immer an der Apathie des Publikums gescheitert —; seit einigen Monaten aber finden die Minenwerte eine rasch wachsende Käuferzahl und die Kurse nicht bloss der grossen Trusts, sondern auch der kleinen, in ihrer Entwicklungsfähigkeit gar nicht zu beurteilenden Gesellschaften sind ausserordentlich rasch in die Höhe getrieben worden; ähnlichen Charakter wie die Minenbewegung trägt der Kolonialrummel in Berlin, der allerdings seinen Höhepunkt überschritten zu haben scheint.

Während diese beiden Effektenbewegungen — in Minen- und Kolonialwerten — rein spekulativen Charakter tragen, hat die Bewegung der Industriewerte einen reellen Vorwand; man geht in Deutschland und Oesterreich von der bei Bewertung mancher Industrieaktien nicht ungerechtfertigten Annahme aus, dass die Kulminationspunkte der nächsten Hochkonjunkturperiode höher liegen werden als die der vorangegangenen, das heisst, dass die Preise und damit die Erträge der Unternehmungen im Zenit der kommenden Konjunktur jene der letzten Prosperitätsperiode übersteigen werden. Von dieser Annahme ausgehend, hat man in Berlin und besonders in Wien vor allem die Kurse der Montanwerte in ausserordentlich rascher Weise emporschnellen lassen: der gegenwärtige Kurs des führenden Wiener Spekulationspapiers, der Alpinen Aktie zum Beispiel, entspricht beiläufig dem Höchstkurs, den dieses Papier in der letzten Hochkonjunkturperiode erreicht hatte. Das Antizipieren der Entwicklungen ist Aufgabe der Börse; diesmal aber wird die zu erwartende Entwicklung ganz ausserordentlich früh eskomptiert, denn während die Kurse auf ein Niveau steigen, das Dividenden der Hochkonjunktur vorausnimmt, beginnt die Industrie erst langsam sich aus dem Zustand der Depression herauszuarbeiten; die Preise der Rohprodukte und die der Metalle sind noch immer auf einem relativ niedrigen Niveau; so hatte, um ein Beispiel anzuführen, Kupfer in der vorangegangenen Hochkonjunkturperiode einen Preis von 70 bis 80, der sogar bis 100 und 110 anstieg, während der jetzige Preis noch nicht 60 ist, nicht allzuweit entfernt vom Tiefpreis von 50; ähnlich ist die Situation auf den anderen Metallmärkten. Die Eisenpreise beginnen wieder langsam in die Höhe zu gehen, aber die der Halb- und Ganzfabrikate sind noch immer recht gedrückt. Ebenso geht es der Textilindustrie noch recht schlecht; zwar ist das Schlimmste überwunden, aber in der Spinnerei ist die Ueberproduktion noch immer so gross, dass eine dauernde Besserung der Lage in naher Zeit schwer vorauszusehen ist. Verschiedene Versuche zur internationalen Reduktion der Erzeugung sind bisher immer gescheitert und Vereinbarungen behufs Einschränkung nur in einzelnen Staaten zustande gekommen. Es ist bezeichnend, dass in drei Reichen — in Böhmen, der Schweiz und Belgien — noch bis in die letzte Zeit Arbeitseinschränkungen durch Einschaltung eines Feiertages in der Woche vorgenommen wurden. Die Textilindustrie geht mit den relativ am wenigsten günstigen Aussichten in die neue Kampagne: die Uebergründungen in Lancashire während der letzten Periode haben die Produktion Englands gewaltig gesteigert und die Gründungstätigkeit dauert drüben noch fort — während auf der anderen Seite der Absatz, namentlich nach Uebersee, von neuen Betrieben in China und Japan arg beeinträchtigt wird.

Die heute in den Kreisen der industriellen Unternehmer, der Börse und des Kapitalistenpublikums herrschende Anschauung über die wirtschaftliche Lage, die den Kalkulationen zugrunde liegt, birgt drei Irrtümer in sich: man glaubt, dass es auch auf dem Kontinent rasch emporgehen wird, weil jenseits des Ozeans schon jetzt günstige Konjunktur herrscht — aber in der Union waren die von den Trusts straff durchgeführte Produktionseinschränkung und die sehr gute Ernte Vorbedingung für die Konjunktur, Voraussetzungen, die bei uns nicht zutreffen. Man ist ferner allenthalben überzeugt, dass der Zenit der kommenden Konjunktur höher liegen wird als der der vergangenen, und übersieht geflissentlich jene Momente, die diese Annahme bei einer

ganzen Reihe von Industrien dementieren. Und endlich ist es in Kapitalistenkreisen schon fast Axiom geworden, dass sich in unseren Tagen der Uebergang von Hochkonjunktur zur Depression ohne Krise vollziehe — aber man generalisiert dabei vorschnell und oberflächlich die Erfahrung der letzten Jahre. Die vergangene Konjunktur hat ohne Krach geendigt — diese Tatsache findet ihre Erklärung im Charakter der verflossenen Periode: es war, wenn man vom Bergbau absieht, eine agrarische und Textilkonjunktur, also eine Prosperitätsära für Unternehmungen mit geringem stehenden Kapital und grosser Arbeitskapazität; in der nun beginnenden Wirtschaftsperiode wird — das kann man schon heute ersehen — die „schwere“ Industrie, vor allem die metallurgische, im Vordergrund sein; alle Anzeichen deuten darauf hin, dass wir vor einer Konjunktur der kapitalistisch hoch organisierten Unternehmungen stehen — und es ist ein ganz eigenartiges Phänomen, wie durch das Zusammenwirken verschiedener voneinander ganz unabhängiger Momente in den letzten Jahren die Stimmung der mittleren Kapitalbesitzer in einer Weise beeinflusst wurde, die eine hochspekulative Entwicklung ganz ausserordentlich begünstigt.

Richard Woldt (Berlin): Ausbeutungsmethoden im modernen industriellen Grossbetrieb

Seit einigen Jahren hat man sich in der europäischen Grossindustrie angewöhnt, von der „amerikanischen Gefahr“ zu reden. Die Industriellen der Alten Welt sahen sich beim Absatz ihrer Erzeugnisse immer häufiger dem amerikanischen Mitbewerber gegenüber, der ungestüm vorwärts drang und den europäischen Werken ihre Absatzgebiete zu entreissen bemüht war. Das Anwachsen der jährlichen Einfuhrzahlen amerikanischer Industrieerzeugnisse gab für die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Konkurrenz die besten Beweise.

Um den amerikanischen Kapitalismus zu studieren, um die Eigenschaften kennen zu lernen, durch die er sich sieghaft behauptet, haben deutsche Fachleute sich aufgemacht und sind nach Amerika gefahren. Das Resultat war dann immer, dass sie ihrem Vaterlande ein Buch geschenkt haben. So ist Münsterbergs Buch: „Die Amerikaner“ entstanden, Goldberger schrieb über „Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten“, Werner Sombart über „Sozialismus und Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten“, Cassel über „Das amerikanische Geschäftsleben“, Jul. West sein „Hie Europa, hie Amerika“ u. s. w. Der Verein deutscher Ingenieure schickte Paul Möller nach den Vereinigten Staaten, um sich dort Anlage und Einrichtung der Maschinenfabriken anzusehen. Seine Zeichnungen und Berichte wurden dann in der Zeitschrift des Vereines deutscher Ingenieure veröffentlicht.

Auch Amerikaner haben sich dazu geäussert (Vanderlip, „Amerikas Vordringen auf dem europäischen Wirtschaftsmarkt“). Ferner ist von Engländern zu dieser Literatur beigesteuert worden. Neben Frasers „Amerika, wie es arbeitet“ verdient noch Shadwell genannt zu werden, der gleich den Industrialismus in drei Ländern zu untersuchen bemüht war („England, Deutschland und Amerika. Eine vergleichende Studie ihrer industriellen Leistungsfähigkeit“. Heymanns Verlag, Berlin). Ausserdem gehören noch zur Amerikaliteratur die Unmenge Einzelartikel über amerikanische Fabrikseinrichtungen, die in den Fachzeitschriften jetzt laufend erscheinen.

Selbstverständlich hat man sich diesen Publikationen gegenüber sehr kritisch zu verhalten. Es gehört schon die gründlichste Sachkennerschaft eines Forschers dazu, wenn er den Industrialismus seines eigenen Vaterlandes zu analysieren unternimmt. Das wirtschaftliche Leben zeigt eine Fülle von Bedingungen und Unterströmungen, die nicht immer offen zutage liegen, sondern nur mühsam entwirrt werden können. Besonders aber wird der Fremde leicht zu einer falschen Beurteilung geneigt sein. Selbst wenn er die Möglichkeit zu einer wirklich umfassenden Information hat, wird er doch alle Eindrücke seiner Reise nur mit seinen eigenen Augen ansehen, das heisst, sein Urteil wird

sich nach seiner sozialen und politischen Weltanschauung richten. Aesthetiker des Kapitalismus, wenn sie die soziale Kehrseite der Medaille nicht sehen, werden zu begeisterten Lobrednern amerikanischer „Unternehmertüchtigkeit“ und stehen dann bewundernd vor den gewaltigen technischen Erscheinungsformen der dortigen Industrie. Der Reisende mit sozialem Sinn dagegen sucht die dortige Arbeiterfrage zu ergründen, sucht zu erforschen, was diese hyperkapitalistische Kultur denn nun aus dem Amerikaner als Menschen gemacht hat.

Wollen wir die Amerikaliteratur praktisch verwerten, dann müssen wir nach den Aeusserungen suchen, in denen alle Amerikafahrer übereinstimmen. Dann haben wir gewisse Eigentümlichkeiten, die allen Reisenden aufgefallen sind, die sich also wohl auch auf Tatsachen stützen.

Überall wird nun das rasende, rücksichtslose Erwerbstempo des amerikanischen Wirtschaftslebens hervorgehoben. Man kann nicht alle Aeusserungen zitieren, weil es zu weit führen würde, nur ein paar Sätze sollen wiedergegeben werden, die besonders markant die allgemeine Grundstimmung zum Ausdruck bringen. So zeichnet Shadwell die amerikanische Arbeitsmethode in der Industriesphäre mit folgenden Worten:

„Unternehmungsgeist, Kühnheit, Energie, Rastlosigkeit, Begier nach Neuem, Erfindungsgeist, Ehrgeiz und Gier. Arbeitgeber und Angestellte haben diese im gleichen Masse gezeigt. Der Arbeitgeber strebt dahin, sein Geschäft zu vergrössern, greift Neuheiten auf, fördert die Erfindungen, studiert den Markt und macht Versuche, die Produktion zu vergrössern und die Kosten zu verringern. Daher zum Beispiel die Typisierung der Waren, die Organisation der Werkstätten, die Nachfrage nach hochausgebildeten Beamten und die scharfe Kontrolle, die von den grossen Verbänden ausgeübt wird welche es dem Generaldirektor ermöglicht, die Leistung jedes Subdirektors an den Leistungen der anderen zu messen und alle, die etwa zurückbleiben, anzutreiben.“*

Werner Sombart spricht vom Erwerbstrieb, der nirgends reiner zur Betätigung kommt wie dort, „nirgends ist das Gewinnstreben, ist das Geldmachen um seiner selbst willen so ausschliesslich Ausgangs- und Endpunkt aller wirtschaftlichen Tätigkeit wie hier: jede Minute des Lebens ist mit diesem Streben ausgefüllt und nur der Tod endigt das unersättliche Trachten nach Gewinn Und rücksichtslos setzt sich das kapitalistische Interesse durch — auch wenn sein Weg über Leichen geht.** An anderer Stelle heisst es, dass in keinem Lande der Welt der Arbeiter vom Kapitalismus so ausgebeutet wird wie in den Vereinigten Staaten, dass der Arbeiter in keinem Lande der Welt sich in den Sielen des Kapitalismus so blutig reibt, sich so zu Tode rackert wie dort“

Amerika ist also ein Land von stark ausgeprägten kapitalistischen Wirtschaftstendenzen. Es ist das Eldorado der Europamüden geworden. Alle diejenigen, denen in der Heimat die Verhältnisse zu enge wurden, gingen hinüber, um dort ihr Glück zu versuchen. Was sie mitbrachten, war, um mit Jul. West zu reden, „ein rastloser Drang nach Betätigung, nach wirtschaftlichen Erfolgen, was sie zu Hause liessen, waren die gedruckten Gesetze, Verordnungen und Vorschriften ihrer Heimat“. Auf jungfräulichem Boden wurde dort eine kapitalistische Kultur aufgebaut. Es entstand der Typ des amerikanischen Arbeiters, der in seinem Erwerbssinn nur von heute auf morgen rechnet, dessen krasser Einzelegoismus kein Gemeinschaftsgefühl und keinen Klassenegoismus aufkommen lässt.

Aus dem gleichen Holz ist auch der amerikanische Unternehmer geschnitzt. Der dortige Fabrikant vereinigt in sich alle „Vorzüge“ des echten kapitalistischen Ausbeuters. Die amerikanische Fabriksorganisation ist ein scharfsinnig und raffiniert ausgeklügeltes System von Erfahrungswerten, das dem ausgesprochenen Zweck dient, den Arbeiter zu höchster Leistung anzuspornen, ihn zu rastloser Hingabe seiner Arbeitskraft aufzupeitschen.

* Shadwell: England, Deutschland und Amerika. Pag. 598.

** Werner Sombart: Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus? Pag. 9, *ibid.*, pag. 131.

Die Amerikaliteratur hat aber für den modernen europäischen Gewerkschaftler eine eminent praktische Bedeutung. Amerika zeigt eine kapitalistische Kultur in ihrem höchsten Reifestadium, der Amerikanismus ist für den Unternehmer des alten Festlandes eine vorbildliche Arbeitsorganisation, eine Wirtschaftsweise, die sich sieghaft durchgesetzt hat und der er nachzustreben sucht. So zeigt denn auch der europäische Unternehmer das Bestreben, sich zu „amerikanisieren“. Das Studium der einschlägigen Unternehmerfachpresse belehrt uns darüber, dass hier für den Arbeiter die „amerikanische Gefahr“ darin besteht, mit Arbeitsmethoden beglückt zu werden, die drüben mit Erfolg erprobt worden sind. Da heisst es, überall auf der Hut zu sein, die Einführung solcher Neuerungen wird nur von dem Widerstand abhängig sein, den die Gewerkschaften ihrem Unternehmertum entgegensetzen können.

Ein bezeichnendes Beispiel für diese Situation bietet gegenwärtig das Erscheinen der deutschen Uebersetzung von Fred Taylors Arbeit „Shop Management“*. Taylor ist innerhalb der amerikanischen Schule einer der routiniertesten Fabriksorganisatoren, die es gibt, er ist gewissermassen ein Altmeister in seinem Fach und hat die Regeln moderner Betriebsleitung in ein richtiges System gebracht. Sein Streben ist darauf gerichtet, Mensch und Maschine in möglichst kunstvoller Arbeitsorganisation zwangsläufig einzuspannen und aus dem geregelten Zusammenwirken nachher für die Unternehmung einen möglichst hohen Profit herauszuwirtschaften. Die Durchführung dieses Prinzips lässt sich an folgenden Beispielen näher betrachten.

Taylor beschäftigt sich natürlich besonders eifrig mit dem Problem der Preisfestsetzung der Arbeit. Er sucht bei gesteigerter Leistungsfähigkeit des Arbeiters die Entlohnung für die bestimmte Ausführung einer Arbeit so weit wie möglich herabzusetzen. Nun ist im Industriebetrieb jede Preisvereinbarung zwischen dem Arbeiter und dem Werkmeister oder Kalkulator ein gefühlsmässiges Schätzen. Der Angestellte des Unternehmers, der meist den Akkord einseitig festsetzt, muss einen sensiblen Schätzungsinstinkt besitzen. Bei jedem neuen Preis, den er bestimmt, müssen ihm alle vergleichende Arbeiten mit ähnlichen Arbeitsmitteln und Arbeitsmethoden gegenwärtig sein. Er „greift“ den neuen Preis, sein Schätzungsinstinkt wird ihn zu einer richtigen Bewertung der neu projektierten Arbeit führen. Je feiner sein Tastsinn in dieser Beziehung also ist, desto sicherer wird er arbeiten. Ein kalkulatives Vergreifen der geschätzten Arbeitspreise hat für den Unternehmer immer unangenehme Folgen. Ist der Akkordpreis zu niedrig angesetzt, den der Arbeiter übernehmen muss, so ist damit ein Grund zu Differenzen gegeben, wie denn auch ein grosser Teil von Zusammenstössen zwischen Arbeiter und Unternehmer nur in Lohnstreitigkeiten seine Ursachen findet. Ist der Akkordpreis zu hoch gegriffen, so hat der Arbeiter davon den Vorteil, die Arbeit wird verhältnismässig im Sinne des Unternehmers gut bezahlt. In beiden Fällen aber ist der Unternehmer von der rein individuellen Tüchtigkeit seines Schätzungsbeamten abhängig. Da der amerikanische Fabriksorganisator sich möglichst von der persönlichen Zuverlässigkeit seines Angestellten unabhängig zu machen sucht, besteht Taylors System darin, und diese Weiterbildung ist der Entwicklung der modernen Fabriksorganisation ganz entsprechend, an die Stelle gefühlsmässiger Schätzung die Preisbestimmung auf Grund methodischer Untersuchungen zu setzen.

Zu diesem Zwecke wird die sogenannte Zeitstudie angewendet. Für die Festsetzung der Leistungsfähigkeiten des Arbeiters stellt Taylor folgende drei Grundregeln auf:

1. Jeder Arbeiter soll solche Arbeit zugewiesen bekommen, für die seine Kenntnisse, seine persönliche Geschicklichkeit, nicht zuletzt aber seine körperlichen Kräfte (!) eben noch ausreichen.
2. Der Arbeiter soll veranlasst werden, das Höchste zu leisten; als Höchstes wird jene Menge von Arbeit zu bezeichnen sein, die ein allererster tüchtiger Mann seines Faches erreichen kann.
3. Der Arbeiter soll seiner erhöhten Leistung entsprechend 30 bis 100 Prozent höher bezahlt werden, als sonst der Durchschnittsarbeiter seiner Branche.

* Verlag N. Springer, Berlin. Preis 5 Mk.

Taylor ist weiter darauf bedacht, für die verschiedenen vorkommenden Arbeiten einheitliche Akkordtarife festzustellen. Seiner Ansicht nach gibt es für jede Arbeit eine kürzeste Zeit der Erledigungsmöglichkeit. Er sagt: „Die aller kürzeste Zeit wird selbstverständlich nur in den seltensten Fällen von einem ausserordentlich tüchtigen und eingearbeiteten Mann erreicht werden. Diese kürzeste Zeit stellt gewissermassen das Ideal dar, man wird dahin streben müssen, es möglichst zu erreichen. Deshalb wird man zum Zwecke der Zeitstudie einen Mann heranziehen, der als tüchtig bekannt ist und ihn besonders anspornen (etwa durch Prämien oder dergleichen. Der Verfasser), sein Aeusserstes zu leisten.“ Dieser Mann wird während der Arbeit beobachtet und geschieht diese Beobachtung „am besten mit der Uhr in der Hand, ob man das sichtbar oder den Augen des Arbeiters unsichtbar machen will, ist Gefühlssache (!), gewöhnlich wird das letztere gar nicht möglich sein“.

Bei dieser zuchthausmässigen Kontrolle, mit der Uhr in der Hand, wird nicht nur der Fortgang der Arbeit während der ganzen Herstellungszeit kontrolliert, sondern es werden auch die nun einmal notwendigen Pausen festgesetzt. Ausserdem wird die Arbeit in ihre Elemente zerlegt, das heisst für jede Teiloperation die erforderliche Herstellungszeit beobachtet. Der Aufsichtsbeamte führt ein genaues Protokoll, er lässt die gleiche Arbeit von mehreren besonders dazu qualifizierten Arbeitern ausführen und berechnet den Durchschnitt der dafür notwendigen Arbeitsstunden. Dieser Durchschnitt bildet die Grundlage für die Festsetzung des Akkordsatzes. Dadurch, dass bei jeder Zeitstudie für die Teiloperationen die Einzelheiten festgelegt und dafür Tabellen angefertigt werden, stellt der Kontrollbeamte für alle Arbeiten die Arbeitszeiten und damit die Akkordpreise zusammen. Diese Art der Preisfeststellung soll das unzuverlässige, rein gefühlsmässige Schätzen der Akkordpreise ausschalten.

Die durch dieses sogenannte Differentialratesystem gefundenen Erfahrungssätze liefern den Massstab sowohl für die einfache Akkordarbeit als auch für die Prämienentlohnungsform. Taylor ist natürlich Anhänger des Prämienystems, das er in Verbindung mit seiner Zeitstudie empfiehlt. Es ist der alte Kniff, der hier angewendet wird: Der Unternehmer sucht sich eine sogenannte Proberkolonne zu sichern, die nachher gegen die Arbeiter selbst ausgespielt wird. Der amerikanische Geist dieser Massregel kommt nur darin zum Ausdruck, dass mit dieser ruhigen Selbstverständlichkeit derart schäbige Mittel in europäischen Betrieben noch nicht bis zu dieser Reinheit ausgebildet wurden.

Der gleiche Erfolg wird mit dem sogenannten Funktionsmeistersystem zu erreichen gesucht. Taylor ist Anhänger der dezentralistischen Werkmeisterstellung im Gegensatz zur zentralistischen Beaufsichtigung. Um seine Vorschläge kritisch bewerten zu können, wollen wir uns zunächst den Unterschied beider Arbeitsweisen vor Augen führen.

Auf der Stufenleiter von der Werkstube des Kleinmeisters bis zur grossen Fabrik gibt es eine bestimmte Betriebsgrösse, in der zuerst der Werkmeister als alleiniger Vertrauensmann des Unternehmers in Funktion tritt. Nur im industriellen Zwergbetrieb ist der Unternehmer sein eigener Werkmeister. Wenn die Beaufsichtungsarbeiten und Verwaltungsgeschäfte zu umfangreich werden, greift sich der Unternehmer unter seinen Arbeitern den willigsten heraus und ernennt ihn zum Meister. Mit dem Wachsen des Betriebes ist auch ein Steigen im Einfluss des Werkmeisters verbunden. Hat er zuerst selbst mitgearbeitet, so muss er bald die Arbeitsbluse gegen den Comptoirrock eintauschen. Er wird Bureaumensch und erhält später seine Hilfsschreiber, Revisoren, Hilfsmeister etc. Die Leiter der älteren Grossbetriebe übertrugen dem Werkmeister fast alle Obliegenheiten der Fabriksleitung und Verwaltung. Er hatte sich um die Herbeischaffung von Rohmaterial zu kümmern, hatte das Magazin zu verwalten, die Fabrikation zu leiten, die Akkordpreise festzusetzen, auf Verbesserungen von Arbeitsmethoden und Werkzeugen zu sinnen und oft sogar die Betriebsbuchführung mit zu übernehmen. Der Meister spielte also im Betrieb eine grosse Rolle. In den Jahren des raschen Aufblühens der grossen Werke sind dann auch die ersten praktischen Mitarbeiter aus der Werkstatt, die Werkmeister, oft in die einflussreichsten Stellen hineingekommen, es vollzog sich dann das Avancement Gehilfe-Meister-Obermeister, mitunter auch Abteilungsdirektor.

Dieses System hat zum Zusammenbruch geführt. Die unbeschränkten Funktionen, die man dem Meister übertrug, mussten Missstände zur Folge haben, war doch der Meister des alten Schlags naturgemäss für seine Tätigkeit lange nicht so verwaltungstechnisch vorgebildet, wie es in diesen Stellungen notwendig ist. Für die verantwortlichen Arbeiten fehlte der nötige Ueberblick, das richtige Verständnis. Als ein echter Emporkömmling besass er wohl eine gehörige Dosis Unfehlbarkeitsdünkel, war aber sonst konservativ in seinen Gewohnheiten und Methoden, weigerte sich hartnäckig gegen die Einführung von Neueinrichtungen, welche den veränderten Verhältnissen angepasst werden sollten. So ist die alte Garde denn auch wenig erfolgreich in ihrer Berufsarbeit gewesen, auf ihr Konto geht jene Planlosigkeit in der Disposition des Arbeitsvorganges, jene Materialverschwendung und dann wieder Sparsamkeit am falschen Ort, wie sie der zünftige Fabriksorganisator mit dem Ausdruck „Meisterwirtschaft“ bezeichnet. Deshalb ging man mehr und mehr dazu über, mit dem alten System zu brechen und den Meister in seinen Funktionen zu beschränken, hatte doch die Entwicklung der Ingenieurwissenschaft eine genügende Zahl von verwaltungstechnisch höher vorgebildeten Arbeitskräften zur Verfügung gestellt. Der Ingenieur nahm dem Meister immer mehr Funktionen ab, auf der anderen Seite war es der Kaufmann, dem die rechnerischen und kaufmännischen Arbeiten übertragen wurden. Immerhin werden noch heute an den Idealmeister grosse Anforderungen gestellt. Er soll ein tüchtiger Praktiker sein, konstruktiv wenigstens so viel Fähigkeiten besitzen, um gegebenenfalls selbst Verbesserungen an Werkzeugmaschinen und Betriebs-einrichtungen vorzuschlagen. Er soll eine gewisse kaufmännische Gewandtheit besitzen und nicht zuletzt ein guter Taktiker sein, der im Sinne der Unternehmerinteressen bald als Draufgänger und bald als Diplomat den Arbeitern gegenübertritt.

Taylor konstatiert, dass der Unternehmer auch hier von der persönlichen Tüchtigkeit seiner Meister abhängig ist. Während in der gewöhnlichen Organisation die Arbeiter, in Gruppen eingeteilt, stets nur einem Meister mit seinem Stabe von Untermeistern unterstehen, von dem sie alle Befehle und Anweisungen erhalten, will Taylor dieses zentralistische Prinzip aufheben und die Dispositionskräfte, technisch gesprochen, parallel schalten. Er will die Funktion des jetzigen Meisters und seiner Mitarbeiter noch mehr zerlegen und dafür gleichgestellte Arbeitskräfte mit abgegrenzten Teilfunktionen einstellen.

Die Arbeit des Meisters wird nun geteilt in die Dispositionsarbeit im Bureau und die Beaufsichtigungsarbeit und praktische Unterweisung in der Werkstatt. Das Bureau, das sogenannte Arbeitsbureau, hat folgende Verpflichtungen:

1. Die vollständige Bearbeitung, das ist Auslegung aller Aufträge, welche die Fabrik erhält, also Aufstellung der genauen Arbeitszettel für jedes Arbeitsstück.
2. Vorausbestimmung der Arbeitszeit für jedes Stück.
3. Studium des Arbeitsganges und der Geschwindigkeit der Werkzeugmaschinen.
4. Material- und Lohnbuchhalterei für produktive und unproduktive Arbeit.
5. Werkstattsbuchhalterei (monatlicher Abschluss, Unkostenberechnung und Statistik).
6. Lohnzahlung und Lohnstatistik.
7. Arbeitereinstellung und Personalabteilung.
8. Ordnungsdienst im Betrieb.
9. Voranschläge und Terminangabe.
10. Registratur der Termine.
11. Verwaltung und Registratur der Werkstattzeichnungen.
12. Aufstellung und Kontrolle der Typenbezeichnung.
13. Aufstellung und Kontrolle von Normalien für die Fabrikation und den Betrieb.

Alle diese Arbeiten sollen im Arbeitsbureau auf schriftlichem Wege ausgeführt werden, das ganze Pensum des nächsten Tages soll in allen Einzelheiten schon im Bureau fertig ausgearbeitet vorliegen. Taylor stellt sich die Sache so vor, dass durch Normalien, Tabellen und Formulare schematisch diese Arbeit geleistet werden kann. Dazu wären vier Beamte, und zwar Meister, notwendig, um den Verkehr des Bureaus mit der Werkstatt zu erledigen. Der erste hat die schon erwähnte Ausführungskarte (den Arbeitszettel) auszustellen, er gibt darauf den Weg an, den das Arbeitsstück zu nehmen hat, damit es zur rechten Zeit an die einzelnen Maschinen kommt. Der nächste Mann schreibt

an der Ausführungskarte weiter, er vermerkt die eigentlichen Arbeitsangaben, Zeichnung, Material, Art der Bearbeitungen.

Der dritte Beamte hat auf die Ausführungskarte den Lohnsatz zu vermerken, er sorgt dafür, dass die Karten an das Bureau zurückkommen, und macht sie zur Verrechnung fertig.

Der vierte und letzte Mann kann als Ordnungsmann bezeichnet werden, er ist es, der die Manneszucht aufrecht erhalten soll, er hat die Personalregister zu führen, strafft für Vergehen, gibt Rat für Aenderungen in der Werkstatt und ähnliches.

Dieses Arbeitsbureau soll also den Meister in der Werkstatt von allen schriftlichen Dispositionsarbeiten entlasten und ihn für seine eigentlichen Funktionen im Betrieb frei halten. Auch hier will Taylor eine Arbeitsteilung eintreten lassen, und zwar sollen an Stelle des einen Meisters vier gleichgestellte Funktionsmeister mit folgenden Obliegenheiten treten:

1. Der Hauptmeister (auch Akkordmeister), dem die Aufgabe zufällt, die Arbeit vorzubereiten, die notwendigen Werkzeuge und Vorrichtungen heranzuschaffen, den Leuten beim Einrichten der Maschinen zu helfen.

2. Der Schnelligkeitsmeister, der in der Hauptsache für Förderung der Arbeit sorgt, er soll den Arbeitern Winke geben, mit welchen Geschwindigkeiten und Vorschüben die Maschinen laufen sollen, wann und wie man ein Stück zu bearbeiten hat; er muss sehen, dass der ganze Arbeitsprozess schnell und doch richtig vor sich geht. Die Tätigkeit des Schnelligkeitsmeisters beginnt, nachdem der erste Meister seine Aufgabe erfüllt hat, und dauert bis zur Vollendung der Arbeit.

3. Der Revisionsmeister ist für die Güte der Erzeugnisse verantwortlich; er nimmt die fertigen Teile ab.

4. Der Ordnungs- oder Reparaturenmeister hat sein Augenmerk darauf zu richten, dass die Maschinen nach Beendigung der Arbeit in ordentlichen Zustand versetzt, dass sie gereinigt und geputzt werden, dass etwa vorgekommene Beschädigungen an den Maschinen und Vorrichtungen sogleich gemeldet und beseitigt werden.

Durch diese Organisation legt Taylor die Führung der Werkstätten nicht in die Hände eines Meisters, macht die Direktion nicht von der Zuverlässigkeit des einen Mannes abhängig, sondern spannt in ein entsprechend abgegliedertes Ressort acht Meister ein, von denen jeder eine bestimmte Teiloperation erfüllt, die sich daher gegenseitig in die Hände arbeiten. Jeder einzelne wird dann noch mehr Spezialist werden wie bisher, er wird in seinem Spezialfach mechanisch arbeiten, das heisst ein viel grösseres Quantum von Arbeit leisten wie früher. Auch hier kann die Arbeit um so schneller ausgeführt werden, je einseitiger sie geworden ist.

Ein zweiter Grund in diesem Vorschlag Taylors ist aber der, dass sich alle Meister dabei gegenseitig kontrollieren. Darin beruht überdies der Hauptkniff einer modernen Werkstättenorganisation. Die Funktionen in den einzelnen Berufskategorien sind so vorzuschreiben, dass das notwendige Handinhandarbeiten ein gegenseitiges Aufpassen ist. Einer ist dann des anderen Feind, er kann sich am besten oben beliebt machen, wenn er den Kollegen hineinlegt und die Direktion auf Fehler, die andere gemacht haben, aufmerksam macht. Und wenn der Konstrukteur in dieser Beziehung auf den Betriebsführer gehetzt wird und wenn die Meister untereinander rivalisieren, um sich halten zu können, so ist das für den Unternehmer der beste Zustand.

Divide et impera! Teile und herrsche! Nach diesem Wahlspruch sucht der Unternehmer auch hier die Situation auszunützen.

Ein Beweis, zu welchen Auswüchsen der Amerikanismus im modern geleiteten Industriebetrieb führt, lehrt uns das Kapitel der Arbeitskontrolle durch Kontrolluhren. Durch das Vordringen der Maschinenwirtschaft auf allen grossindustriellen Arbeitsgebieten wird ein erhebliches Betriebskapital in der heutigen Arbeitsmaschine investiert, zumal die bei dem raschen Wechsel konstruktiver Arbeitsmethoden sehr schnell veraltet. Der Unternehmer will daher seine Maschinen so rationell wie möglich ausnützen. Das Tempo der Arbeit wird gesteigert, die Geschwindigkeiten der Bewegungsmechanismen werden immer mehr erhöht. Ein Stillstehen oder Leerlaufen der Maschinen bedeutet für ihn Gewinnausfall.

Ausserdem hat die verschärfte Arbeitskontrolle im Industriebetrieb heute einen besonderen kalkulativen Wert. Der heftige Konkurrenzkampf zwingt die einzelnen Firmen zur genauen Kalkulation, um sich nach Möglichkeit auf dem Warenmarkt zu unterbieten. Je billiger ein Fabrikant seine Ware anbietet, desto mehr Absatzmöglichkeiten kann er sich schaffen. Eine genaue Bestimmung der Herstellungskosten setzt ihn daher erst in die Lage, für jede einzelne Fabrikationstypen festzustellen, ob der betreffende Marktpreis für ihn günstig oder ungünstig ist. Dementsprechend wird er seine Dispositionen treffen, dankbare Fabrikationsgebiete mit grossem Eifer pflegen, unrentable Arbeitsgelegenheiten zurückweisen.

Die ersten Kontrolluhren haben den Arbeiter nur kontrolliert, wann er das Fabrikgebäude betreten und wann er dasselbe wieder verlassen hat. Am Portierhaus oder am Eingang des Arbeitssaales hatte er zu „stechen“, seine Karte zur Abstempelung hineinzuschieben oder ähnliche Handgriffe an der Registrieruhr vorzunehmen. Immer aber wurde nur für den Lohnschreiber die gesamte Arbeitszeit registriert, die der Arbeiter im Tag und in der Woche gearbeitet hatte. Eine Verbesserung dieser Kontrolluhren besteht darin, das Tempo der Arbeit zu kontrollieren, und nachfolgende Konstruktionsbeschreibung zeigt an einem Beispiel, in welcher Weise dieses Prinzip durchgeführt wurde.

Es handelt sich um eine Kontrolluhr, die dazu dienen soll: den Arbeiter während seiner Arbeit an einer Drehbank, Bohrmaschine, Fräsbank u. s. w. daraufhin zu kontrollieren, wie lange er gebraucht hat, um das Werkzeug und die Arbeitsstücke einzuspannen, wie lange die Maschine leer gelaufen ist und wie lange sie gearbeitet hat. Die Einrichtung besteht aus einem Zählwerk und einem Schreibwerk mit Schreibstift. Das Zählwerk ist mit der Transmission der Arbeitsmaschine verbunden und überträgt ihre Umdrehungen auf das Schreibwerk. Dieses enthält eine runde Papierscheibe, die jeden Tag neu aufgesetzt wird und ähnlich dem Zifferblatt einer Uhr eine Stunden- und Minuteneinteilung hat. In jeder Stunde dreht sich die Papierscheibe einmal, der Schreibstift macht auf der Scheibe durch Striche entsprechende Aufzeichnungen darüber, wie lange die Maschine belastet gewesen ist. Am Abend ist also ohne weiteres abzulesen, wie oft und wie lange der Arbeiter seine Arbeit unterbrochen hat. Da für diesen Apparat elektrische Uebertragung gewählt ist, braucht sogar das Schreibwerk nicht direkt an der Maschine angebracht zu werden, sondern es kann im Meisterraum aufgestellt sein. In dem Fachbericht über diese Konstruktion wird der Fall angeführt, dass in einem Meisterzimmer so viele Kontrollapparate aufgestellt sind, als der Saal Arbeitsmaschinen enthält. Der Meister ist in diesem Falle an zentraler Stelle imstande, seine Aufsichtsfunktionen zu erfüllen. Vor allen Dingen aber sollen die Aufnahmen der Arbeitszeiten auf den Papierscheiben die Aufstellung von Akkordtarifen erleichtern. Die Papierscheiben haben auf der Rückseite einen bestimmten Vordruck, auf dem der Name des Arbeiters und die betreffende Arbeit verzeichnet wird. Diese Karten werden registriert, so dass sie bei jeder Schätzung von neuen Akkordpreisen als Unterlage zu dienen vermögen.

Die wichtige Funktion der Preisbestimmung wird also hier durch mechanische Hilfsmittel unterstützt. Früher war die Kalkulation im Verwaltungsbureau eine hochqualifizierte Arbeit. Der Kalkulationsbeamte musste rein intuitiv mit sicherem Blick den richtigen Preis für eine neue Arbeit bestimmen. Heute ist diese Arbeit teilweise überflüssig geworden. Die Preise werden rein methodisch und mechanisch ermittelt. Das Kalkulationsbureau wird zu einer Preisregistratur, die zum weitaus grössten Teil vom Lohnschreiber, vom ungelerten Bureauarbeiter, erledigt werden kann.

So sehen wir, dass der Amerikanismus ein scharfsinnig ausgeklügeltes System von Ausbeutungsmethoden darstellt. Der amerikanische Fabrikbetrieb ist die höchstentwickelte kapitalistische Wirtschaftsform, in der Tendenz zum Amerikanismus zeigt sich daher nur eine ganz natürliche Weiterbildung in der kapitalistischen Entwicklung überhaupt. Wenn in der Unternehmerfachpresse jetzt überall Taylors Arbeit „Shop Management“ als ein wertvoller Beitrag zur Ausbildung einer modernen Fabrikorganisation bezeichnet wird, so ist die jetzige Situation auf diesem Gebiet damit ganz richtig charakterisiert. Es wird Sache der Arbeiterklasse, zumal der Gewerkschaften sein, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen, diese Vorgänge zu verfolgen, um nicht von unliebsamen Neuerungen überrascht zu werden.

Adolf Hepner: Gompers im Unrecht

In den ersten Wochen meines amerikanischen Lebens (1882, im Frühjahr) hatte ich einmal Veranlassung (zur Erkundigung über einen Landsmann), die Office der Nationalexecutive der Zigarrenmacherunion in New-York zu besuchen. Im Bureau traf ich den Nationalsekretär Strasser, der sich, nach Erledigung meines Besuchszweckes, in eine Unterhaltung mit mir einliess, da er mich dem Namen nach bereits kannte (wie er, als ich mich ihm vorstellte, sagte). Das Gespräch kam unter anderem auf die „New-Yorker Volks-Zeitung“, die an jenem Tage gerade Herrn Strasser recht unsanft angefasst hatte. Der dortigen Verhältnisse noch vielfach unkundig, fragte ich ihn nach der Ursache des Zwistes.

„O, Sie wissen das noch nicht, da Sie erst einige Wochen hier sind. Die haben unsere Union gespalten, unsere Organisation schwerer Schädigung ausgesetzt. Ich war früher auch Sozialist und fast alle unsere Exekutivmitglieder, mit Präsident Gompers an der Spitze, waren Sozialisten. Seitdem man uns aber das angetan hat, ist es aus zwischen Ihrer Partei und uns.“

Ich ging am gleichen Abend zu F. A. Sorge in Hoboken, der bis zu seinem Tode mein intimster amerikanischer Freund war, und berichtete ihm mein Erlebnis in Strassers Bureau — mit dem Bemerkten, dass mir die Ursache des Krieges nicht ganz verständlich sei. Strasser hatte mir nämlich in seiner Erregung keine systematische Darstellung der Vorgänge gegeben, sondern nur seiner Erbitterung in abgehackten Sätzen, aus denen ich das Weitere zu erraten hatte, Luft gemacht.

Nicht wenig erstaunt war ich, als Sorge mir antwortete: „Strasser ist hier im Recht. Ein paar deutsche Grünhörner in der Zigarrenmacherunion — nach deren Ansicht die Einführung des sozialistischen Staates in der amerikanischen Republik zu lange auf sich warten lässt und die gleich vielen anderen deutschländischen Neulingen hier die Vereinigten Staaten von Amerika gern europäisieren möchten — verloren die Geduld darüber, dass ihre Gewerkschaft sich um sozialistische Politik nicht kümmert und gründeten mit Hilfe eines Reporters der ‚New-Yorker Volks-Zeitung‘, dem die Redaktion viel zu viel freien Spielraum lässt, eine ‚Progressive (fortschrittliche) Zigarrenmacherunion‘. Mir tat das sehr weh; denn ich weiss, wie schwer die Arbeit des Aufziehens einer Gewerkschaft bis zur Existenzfähigkeit ist. Solches Werk zu gefährden, sollte keinem Sozialisten in den Sinn kommen; die Gewerkschaften müssen wir zwar unter allen Umständen zu gewinnen suchen — aber auf andere Weise als durch Spaltung.“

Damals also war Gompers im Recht uns gegenüber. Es muss jedoch sogleich bemerkt werden, dass der durch den „radikalen“ Zwist angerichtete Schaden schliesslich nicht so enorm war, wie anfänglich befürchtet wurde; denn die Spaltung blieb eine lokale, auf die Stadt New-York beschränkte und wurde allmählich überbrückt.

Im übrigen haben die Sozialisten in der Zigarrenmacherunion ihre Sünde von 1881 hundertfach durch ihren Eifer für den Achtstundentag wettgemacht; sie waren von jeher, wie heute noch, die tätigsten Mitglieder der Gewerkschaft; und wie sie zugeben, dass Strassers jahrzehntelanger, systematischer, tüchtiger Arbeit, als Sekretär und dann reisender Bücherrevisor des Nationalverbandes, der gute Stand der Gewerkschaft in erster Linie zu danken ist, sollte auch die Leitung anerkennen, dass ohne die Mitarbeit vieler prinzipienklarer Sozialisten das Werk minder flott von statten gegangen wäre.

Es ist in Europa so gut wie unbekannt — und selbst in Amerika nur wenig bekannt — was (wie ich hier besonders betonen möchte) dem starren Gegensatz des Herrn Gompers gegen uns zugrunde liegt: der Groll wegen jenes sozialistischen Missgriffs von 1881.

Doch die Unvernunft einer nun bald 30jährigen Andauer des Gompersschen persönlichen Hasses gegen die sozialistische Partei aus dem erwähnten Anlass wird durch nichts besser als durch die Tatsache illustriert, dass fast überall in den Lokalorganisationen der Zigarrenmacher die Mehrheit der leitenden Geister aus erklärten Sozialisten besteht,

deren Loyalität gegen ihre Gewerkschaft, trotz der unveränderten sozialistenfeindlichen Haltung der Nationalexecutive des Verbandes, unentwegt die gleiche geblieben ist.

In meiner vielfachen redaktionellen Polemik gegen Gompers' „Pressionspolitik“ beschränkte ich mich grundsätzlich auf das Ansinnen oder Verlangen, dass er endlich eine unabhängige, politische Arbeiterpartei formiere.

Dieses Thema regte ich auch in der Unterhaltung an, als Gompers im Jahre 1892 — also zehn Jahre nach meinem ersten und letzten Zusammentreffen mit Strasser — auf einer seiner St. Louis berührenden Organisationsreisen der Redaktion des „St. Louis Tageblatt“, deren Leiter ich war, einen Höflichkeitsbesuch abstattete.

„Denken Sie nicht“ — sagte ich — „dass es jetzt Zeit sei, die Gewerkschaften den korrupten alten Parteien zu entführen und sie zu lehren, unabhängig von „Republikanern“ und „Demokraten“, Trade Unions-Leute in die Gesetzgebung zu wählen?“

Gompers erwiderte — ich habe es zwar voriges Jahr in der sozialistischen Presse Deutschlands bereits erzählt; der Leser wird jedoch gleich sehen, warum ich es hier wiederholen muss —:

„Ich schiebe nicht, sondern lasse mich schieben. Ich bin kein Führer in dem Sinn, wie Sie wünschen, sondern ausführender Beamter. Wenn die Konvention der „American Federation of Labor“ unabhängiges politisches Vorgehen beschliesst, bin ich selbstverständlich dafür und dabei.“*

Das war — wie gesagt — vor 17 Jahren.

In der „American Federation of Labor“ gab es damals zwar auch schon eine namhafte Anzahl von Sozialisten, aber sehr wenig führende; sie waren mithin zu jener Zeit Herrn Gompers nicht sonderlich unbequem; und so bekam er selten Gelegenheit, seiner Feindseligkeit gegen uns Luft zu machen; Anlass hierzu bot in der Regel die „New-Yorker Volks-Zeitung“, die ihn während all der langen Jahre, bis auf den heutigen Tag, keinen Moment aus den Augen gelassen hat und ihm eine „Liebenswürdigkeit“ sagte, so oft sie Ursache oder passende Gelegenheit fand oder zu haben glaubte. Ob sie des Guten zu viel darin getan, darüber sind die Gelehrten stets uneinig gewesen. Manche Sozialisten im Westen behaupten, dass die unablässigen Attacken der „New-Yorker Volks-Zeitung“ auf den Exekutivchef der „American Federation of Labor“ ihn uns immer mehr entfremdet haben.

Das sollte eigentlich nicht erwartet werden. Als ich 1882 mit dem Generalorganisator unserer Partei, dem Genossen Van Patten (Amerikaner von Geburt und holländischer Abkunft) bekannt wurde und er mir von den grenzenlosen Unannehmlichkeiten seiner Stellung erzählte, fügte er hinzu: „Aber Bruder Hepner, ein Organizer (Organeiser = Organisator) muss ein dicken Haut haben!“**

So viel mir bekannt, hat auch Herr Gompers eine „dicke Haut“. Ich glaube nicht, dass er wegen der mitunter ganz guten „schlechten Witze“ der „New-Yorker Volks-Zeitung“ sich grässlich abhärmt.

Wenn aber gleichwohl seine Animosität gegen den Sozialismus sich beträchtlich gesteigert hat — wie aus der vorjährigen Präsidentschaftskampagne genugsam bekannt ist — so liegt es daran, dass während der letzten Generationshälfte der Sozialismus mehr oder minder in die Gewerkschaften eingedrungen und hierbei der Exekutive der „American Federation of Labor“ besonders durch Resolutionen in der Convention (Generalversammlung) unbequemer oder lästiger geworden ist.

Die Sozialistische Partei verfügt nun über zwei Tageszeitungen in englischer Sprache, je eine in New-York und in Chicago und ein sehr, mitunter zu sehr aggressives, stark verbreitetes Wochenblatt, den „Appeal to Reason“, in dem Eugen V. Debs' scharfe Feder in jeder Nummer erkennbar ist.

Als Gompers 1892 zu mir sagte: „Ich schiebe nicht, sondern lasse mich schieben“, war die amerikanische Sozialdemokratie noch zu 95 Prozent deutsch; heute ist sie zu 50 Prozent amerikanisch.

* G. A. Höhn, jetzt Redakteur der Wochenschriften „St. Louis Arbeiterzeitung“ und „St. Louis Labor“, war zugegen und brachte, als ich mich im Februar 1908 auch von ihm verabschiedete, das Gespräch auf diese Gomperssche Erklärung.

** Van Patten lebt heute als sehr erfolgreicher Architekt in Denver (Colorado).

Infolgedessen lässt sich Gompers nicht mehr „schieben“, sondern schiebt — aber nach rechts und nach rückwärts — was er nur kann.

Mit anderen Worten: Während er 1892 noch sich bereit erklärte, eine „unabhängige politische Arbeiterpartei“ zu formieren, falls die Convention seines Verbandes es beschlösse, übt er nun seinen gewaltigen Einfluss zur Verhinderung eines derartigen Beschlusses aus. Dass dies wirklich der Fall ist, davon überzeugte ich mich — ganz gegen meinen Willen — als ich anfangs August d. J. eine Unterredung mit Gompers auf seiner Münchner Durchreise hatte. Zugegen waren: sein amerikanischer Reisebegleiter Sullivan (Präsident der „International Typographical Union“, das heisst Schriftsetzergewerkschaft der Vereinigten Staaten und Canadas) sowie Genosse Hans Fehlinger von München, der als Mitarbeiter deutscher und amerikanischer Gewerkschaftsblätter in näherer Beziehung zu Gompers steht und zu dessen besserer Information auf einem Teil der eiligen Europareise ihn begleitete.

Den Ausdruck „ganz gegen meinen Willen“ muss ich deutlich erklären. Ich hatte mir voriges Jahr, als die sozialistische Partei Amerikas mit ihren etwas über 40.000 Parteisteuer entrichtenden Mitgliedern 423.000 Stimmen in der Präsidentschaftswahl abgab, also nahezu 400.000 organisierte Arbeiter ausserhalb der Partei „angesteckt“ hatte, eingeredet, nun werde Gompers doch dahin kommen, eine „unabhängige politische Arbeiterpartei“ zu gründen, nicht nur, um jene 400.000 Gewerkschafter, die 1908 sozialistisch gestimmt haben, zu „retten“, sondern um den Sozialisten weiteren Zuzug tunlichst abzuschneiden; in der Regel würden doch Trade Unionisten, sofern sie nicht prinzipiell durchgebildete Sozialisten sind, einem des „Radikalismus“ nicht verdächtigen Gewerkschafter vor einem notorischen „Roten“ den Vorzug bei den Wahlen geben.

Gompers hatte sich voriges Jahr, indem er zum Votum für den demokratischen Präsidentschaftskandidaten Bryan anfeuerte, ohne ihm eine Mehrheit verschaffen zu können, nach allen Seiten so gründlich kompromittiert, dass ich glaubte, dies wäre sein letztes „Pressionspolitik“ stücklein; er werde nun einlenken und seinen Verband zur „unabhängigen politischen Aktion“ — nach Art der Arbeiter Englands — auffordern.

Aus der Unterredung jedoch, die ich hier mit ihm hatte, gewann ich die Ueberzeugung, dass seine Erfahrungen in England ihn reaktionärer statt liberaler gemacht haben. Er sah in England, wie der Trade Union-Schritt in die „unabhängige Politik“ die Gewerkschaften den Sozialisten so nahe gebracht hat, dass eine Verbindung der beiden zu gemeinsamem Zweck unvermeidlich ward — und dies wurde für ihn ausschlaggebend zur Verurteilung der neuen, fortschrittlichen, englischen Trade Unionisten-Politik als einer die „Gewerkschaften schädigenden Sache“.

„Sie dürfen mir's glauben“ — sagte er in ruhiger Unterhaltung — „dass die englischen Trade Union-Leute, seitdem sie mit der Politik sich befassen, die gewerkschaftlichen Interessen bis zu gewissem Grad vernachlässigen, in jedem Falle für die Gewerkschaft nicht mehr so viel arbeiten. Ich muss daher Ihre Frage, ob ich mich nicht in England habe belehren lassen, dass auch für die ‚American Federation of Labor‘ ein System unabhängiger Arbeiterpolitik eingeführt werden soll, verneinen. Ich stütze mich in meiner Behauptung, dass die englischen Gewerkschaften seit Inaugurierung ihrer ‚unabhängigen Politik‘ keine Fortschritte, das heisst keine belangreichen, gemacht haben, auf Tatsachen, die in England zu meiner Kenntnis kamen.“

Einen Tag später besprach ich diesen Gegenstand mit einem Freunde, der etwas grössere Kenntnisse von den englischen Gewerkschaftsverhältnissen als Gompers besitzt, und erhielt folgende Auskunft:

„Gompers hat Ihnen die Sache recht einseitig dargestellt. Wenn die Gewerkschaftssekretäre oder Vorsteher alle Parlamentsabgeordnete sein wollen, haben sie natürlich nicht Zeit genug, um in früherem Umfang die Interessen ihrer Union zu pflegen. Verhält es sich so, wie Gompers sagt, dass die Gewerkschaften Englands in den letzten Jahren keine oder zu geringe Fortschritte aufzuweisen hatten — während die Deutschen in den drei Jahren 1905 bis 1907 ihren Bestand um 800.000 Mitglieder vermehrten — so liegt die Schuld daran nicht in der ‚unabhängigen Arbeiterpolitik‘, sondern in dem Umstand, dass die Lasten und Ehren derselben auf Leute gehäuft wurden, die mit der

Trade Union-Arbeit genug oder mehr als genug zu tun hatten. Diesem Uebelstand liesse sich rasch abhelfen.“

Ich nehme gern zu Herrn Gompers Gunsten seinen guten Glauben in allen seinen Argumenten an, die er zur Verteidigung des „politiklosen“ amerikanischen Trade Union-Wesens vorzubringen hat und vermute, dass es ihm nur an Scharfsinn fehlte, den eben erwähnten Missstand zu entdecken, unter welchem die englischen Gewerkschaften während der letzten Jahre zu leiden scheinen.

Dieses Beispiel zeigt aber, dass man bei allen Behauptungen des Herrn Gompers, die sich auf die „Vorzüglichkeit“ des „politikfreien“ amerikanischen Trade Union-Systems beziehen, Nachforschung über das Wie und Warum anzustellen hat.

Zum Beispiel:

In seiner Berliner Ansprache rühmte Herr Gompers die Tatsache, dass die „Federation of Labor“ — ohne „Politik“ — in verschiedenen Arbeitszweigen den Achtstundentag vor Jahren schon durchgesetzt hat. „Hierzu brauchten wir kein Kongressgesetz, keine Arbeitervertreter in unserem Parlament oder in den Staatslegislaturen — unsere Organisationen allein haben es durch ihren festen Willen und ihre Stärke durchgesetzt.“

Die Sache liegt doch ein wenig anders.

Den amerikanischen Achtstundentag verschiedener Erwerbszweige — es ist vielleicht das erstmal, dass dies in Europa erklärt wird — verdanken wir grossenteils folgenden Umständen:

In Amerika hält man nicht wie auf dem europäischen Kontinent ein bis zwei Stunden „Mittagsruhe und -schläfchen“ — weder in Arbeiterkreisen noch in den wohlhabenden Zirkeln; es wird „durchgearbeitet“ mit etwa einer halben Stunde Lunchpause zu Mittag; es gibt sogar Geschäfte, in denen die Essenszeit nur zwanzig Minuten beträgt.

Der Fabrikant, der seine Familie seit frühem Morgen nicht gesehen — die Kinder schliefen vielleicht noch, als er das Haus verliess — möchte am liebsten vor 6 Uhr nachmittags sein Heim erreichen; denn um diese Zeit wird der Tisch zur Hauptmahlzeit gedeckt; und vorher hat man ein wenig Toilette zu machen, in der Sommerhitze ein Bad zu nehmen. Hat der Fabrikant, wie es die Regel ist, selber in seinem Bureau von morgens an, mit nur kurzer Mittagspause, emsig geschafft, dünkt ihm ein „Achtstundentag“ gerade genug, und wenn er — was bei vielen Menschen der Fall ist — sich einbildet, ohne seine Anwesenheit gehe alles schief, dann erklärt er sich gar nicht ungern zugunsten eines „Achtstundentages für die Arbeiter“.

Acht Stunden intensiver amerikanischer Arbeit bedeutet so viel wie zehn und zwölf europäische. Und der „Boss“ (Chef) hat weder „Frühschoppen“-Amusement von 10 bis 12, noch Skatabwechslung in den Nachmittagsstunden, noch „Stammtisch“-Gesellschaft vor Geschäftsschluss. Nach acht Stunden ist er ebenso rechtschaffen müde wie der Arbeiter.

Dieser Erscheinung zufolge hat die amerikanische Achtstundenbewegung verhältnismässig gute Fortschritte gemacht — auch ohne politische Mithilfe. Sobald einmal Bresche geschossen war, wirkte das Beispiel; die Schriftsetzer beriefen sich auf die Zimmerleute und andere auf die Schriftsetzer; alle aber beriefen sich auf die — Regierung, welche bereits 1868 unter Grants Präsidentschaft einen Achtstundentag für die Regierungsangestellten und -Arbeiter durch Kongressgesetz etabliert hat.

Zugegeben nun, dass die American Federation of Labor auch das Ihrige gebührendermassen getan hat, um ihren Organisationen die Wohltat des Achtstundentages zukommen zu lassen — zugegeben ferner, dass Herr Gompers speziell in dieser Richtung es an Fleiss und Achtsamkeit nicht hat fehlen lassen, muss es doch als fehlerhafte Geschichtsdarstellung getadelt werden, wenn Herr Gompers den amerikanischen Achtstundentag als ausschliessliche Errungenschaft der Gewerkschaftsorganisationen bezeichnet, während die eigentümlichen Verhältnisse des Landes unserer Achtstundentagforderung auf halbem Wege entgegengekommen sind.

Mit einer ähnlich schiefen Auffassung des Herrn Gompers hat man es zu tun, wenn er — wie in der Berliner Ansprache und auch mir gegenüber in unserer Unterhaltung — einen Vorzug des amerikanischen Gewerkschaftswesens gegenüber dem deutschen

darin erblickt, dass es im Reiche ausser den mit der Sozialdemokratie verbündeten noch Hirsch-Dunckersche, „christliche“ und „gelbe“ Gewerkschaften gibt.

An der Konfessionslosigkeit der amerikanischen Unions ist das System der „American Federation of Labor“ ganz und gar unschuldig.

Denn in den Vereinigten Staaten ist nicht nur die Volksschule von jeher religionslos gewesen, sondern der Staat als solcher. Niemand wird behördlich gefragt, ob er einem Glauben oder welcher Religion er huldige; weder polizeilich noch gerichtlich gibt es Aktenaufschluss hierüber; weder im Geburts- noch im Heirats- noch im Sterberegister findet sich ein Vermerk über „Religion“. Diesem Umstande ist es zu danken, dass Amerika keine „christlichen“ Trade Unions hat. Die Religion und zumal das Sektenwesen (den „Konfessionalismus“) ins Erwerbsleben verpflanzen — verträge sich mit dem amerikanischen Geiste so schlecht, dass niemand es je gewagt hat, „christliche“ Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten zu gründen.

Und „gelbe“ Trades Unions ins Leben zu rufen, sind die amerikanischen Kapitalisten viel zu geschicklich; sie wissen, dass sich solche Arbeit nicht verlohnt.

Die Hirsch-Dunckerschen Vereine aber, welche dem Stile der „American Federation of Labor“ entsprechen, haben niemals Bedeutung errungen.

Im übrigen zählen die Hirsch-Dunckerschen nur zirka 109.000, die „Gelben“ 65.000, die Christlichen 264.000 — die sozialdemokratischen Gewerkschaften dagegen 1,831.000, also beinahe $\frac{17}{20}$ der Gesamtheit organisierter Arbeiter in Deutschland. Obwohl die „American Federation of Labor“ ihr 25jähriges Jubiläum längst hinter sich hat, zählt sie doch nur zirka 1,600.000 Mitglieder, also höchstens 60 Prozent aller Organisierten; es standen ihr zu Anfang dieses Jahres namentlich noch fern: die Union der Flintglasarbeiter, die Union der Ziegelleger und Maurer, die Bruderschaft der Gipsler, die Bruderschaft der Lokomotivführer, die Bruderschaft der Lokomotivheizer, die Bruderschaft der Weichensteller, die Bruderschaft der Eisenbahnzugleute, die Bruderschaft der Eisenbahnbureaubeamten, der Nationalverein der Briefträger, der Orden der Eisenbahnkondukteure, die Union der Steinmurer, die westliche Grubenarbeiter-Föderation u. s. w.

Dieser Tatsache gegenüber ist die sozialdemokratische Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands mit 1,831.000 ein weitaus grösserer Erfolg als die „American Federation of Labor“; und für die Konfessionslosigkeit der amerikanischen Trade Unions gebührt das „Verdienst“ ebenfalls nicht der „American Federation of Labor“, sondern viel tieferen, das ganze amerikanische Leben bestimmenden Ursachen.

Ich kam in meiner Unterhaltung mit Gompers immer wieder auf die „unabhängige Arbeiterpolitik“ zurück, die er in Amerika veranlassen möge.

„Denken Sie etwa“ — fragte er — „dass Ihre Partei dann mit uns gehen würde?“

„Im ersten Jahre gewiss nicht; im zweiten oder dritten würde sich eine Form des Zusammenwirkens finden lassen, wie in England.“

„Das heisst: dass wir mit Ihnen gehen müssen! In New-York haben kürzlich die Trade Unions für die Lokalwahl Gewerkschafter als Kandidaten aufgestellt und die Sozialisten zum Zusammengehen bei der Wahl aufgefordert. Da antworteten sie: Wir gehen mit euch, wenn ihr unsere Kandidaten annehmt.“

Nun, das ist durchaus erklärlich; die Sozialisten hatten Grund genug zu dringendem Verdachte gegen die Trade Unions-Kandidaten, weil in diesen Kreisen zu oft bereits Gesinnungslosigkeit sich offenbart hat; die Trade Unions konnten aber keinen ähnlichen Verdacht gegen die Kandidaten der sozialistischen Partei geltend machen.

Darum hatte ich Herrn Gompers vorhin gleich geantwortet, dass im zweiten oder dritten Jahre erst eine Art des Zusammengehens sich schaffen liesse; die Sozialisten müssten sich erst überzeugen, dass alles mit rechten Dingen zugeht, ehe sie sich auf politische Koalition mit den Gewerkschaften einlassen könnten; es bedürfe einer geraumen Zeit, um das Vertrauen herzustellen.

Aber ganz abgesehen davon, ob und wann solches Zusammenwirken mit den Sozialisten bei den Wahlen opportun oder möglich, sollte Gompers — fügte ich hinzu — eine unabhängige politische Arbeiterpartei organisieren, wegen des intellektuellen Einflusses einer namhaften Schar von Arbeitervertretern in der Gesetzgebung auf das

gesamte Volk — wegen der Propaganda mittels der Rednertribüne im Kongress — und wegen des unerlässlichen Eintritts in eine Bewegung zur Abänderung der Verfassung der Vereinigten Staaten dahin, dass der Kongress Gesetze zum Schutze der Arbeiter erlassen dürfe — was ihm bei der bisherigen Verfassungsauslegung durch die Gerichte bekanntlich untersagt ist, die auch verschiedene Staatslegislativverfügungen dieser Kategorie durch Einwurf der „Konstitutionswidrigkeit“ oder „Beschränkung der individuellen Freiheit“ oder „Beschränkung der Kontraktfreiheit“ vernichtet haben.

Gompers belächelte meine „Naivität“. Wie ich nur glauben könne, dass wir eine derartige Bewegung inszenieren könnten — die mehrere Jahre in Anspruch nähme, weil drei Viertel aller Staatslegislativen dies Amendement gutheissen müssten! Und in den elf demokratischen Südstaaten, welche keiner Erweiterung der Föderalregierungsvollmachten zustimmen, sei jede Aussicht für das gedachte Amendement absolut ausgeschlossen.

Was Gompers da über die Schwierigkeiten des Unternehmens andeutete, war mir selbstverständlich längst bekannt.

Andererseits aber weiss man, wie leicht sich in Amerika Gesetzgebungskörperschaften durch eine Volksbewegung umstimmen lassen.

An der Ablehnung dieses meines Gedankens erkannte ich aufs deutlichste, dass Gompers nichts mehr fürchtet als eine „unabhängige politische Arbeiterpartei“, weil sie, unvermeidlich von sozialistischen Wogen getragen, eine totale Aenderung der amerikanischen Arbeiterbewegung im Gefolge hätte. Ich legte ihm nahe, welchen Nutzen die rein gewerkschaftliche von der politischen Aktion haben würde, da — sobald die Trade Unions selbständige Politik trieben, tägliche Arbeiter-Zeitungen etabliert werden müssten; jetzt haben die Gewerkschaften bei Streiks und Boykotts unter mangel- und fehlerhaften wie böswillig-falschen Berichten und Besprechungen zu leiden; dann hätten sie doch eine Waffe wenigstens zur Hand und damit leichteren Kampf.

„Ja, ja“ — das gab er wohl zu; aber der Begriff „unabhängige Arbeiterpolitik“ blieb ihm, solange wir miteinander sprachen, ein unfassbarer.

Ich erzählte ihm auch, dass ich im vorigen Jahre während der Präsidentschaftskampagne ihn hier mehrmals in sozialistischen Zeitungen und Zeitschriften als unseren „Feind“ kritisiert habe.

Darüber stellte er sich nicht wenig entrüstet; er habe für den demokratischen Kandidaten Bryan gewirkt — „nicht aus Feindschaft gegen die Sozialisten, sondern um der republikanischen Partei, die in ihrem Wahlauftritt den Arbeitern nichts bewilligen wollte, zu einer Niederlage zu verhelfen“. Er habe nie gesagt, die Arbeiter sollten gegen Sozialisten stimmen, sondern in seinem Jahresbericht an die Konvention der „American Federation of Labor“ ausdrücklich empfohlen, dass jeder nach seiner Ueberzeugung stimmen möge.

Gewiss hat Herr Gompers diese sehr billige Redewendung seinem Jahresbericht einverleibt — ich hatte aber nicht erwartet, dass er mir seine Feindschaft gegen die Sozialisten abstreiten wird, nachdem er voriges Jahr die kühne Behauptung aufgestellt, der Debssche „Rote Extrazug“ sei von Republikanern bezahlt.

Alles in allem sah ich und sage ich: Gompers kehrt nicht „gebessert“, sondern verschlimmert nach Amerika zurück, nachdem er in Europa sich überzeugt hat, dass Gewerkschafter durch „unabhängige Politik“ Sozialisten werden.

Gompers' Unrecht — in seiner Weigerung, die Arbeitermassen Amerikas von Ansteckung durch die Korruption der beiden alten Parteien fernzuhalten — äussert sich vornehmlich:

1. in Verurteilung der Arbeiterschaft zur weiteren Entbehnung einer ihr dienenden Tagespresse (die zwei sozialistischen Tageszeitungen in New-York und Chicago vermögen einen nur sehr geringen Teil des Proletariats zu erreichen);
2. in Verurteilung der Arbeiterschaft zur Entbehnung guter Schutzgesetze;
3. in Degenerierung von Streiks und Boykotts zur Anarchie;
4. in Degenerierung einzelner Führer, die zu ihrer Selbstbereicherung Streiks und Boykotts herbeiführen unter Anwendung der korruptesten Mittel und krimineller Methoden;

5. in Degenerierung einzelner Unions, die um eines Gewinnes halber, den sie bei Streiks und Boykotts erlangten, den Stützen desselben für alle verbrecherischen Methoden, die dieselben hierbei angewendet, Indemnität erteilen.

Die Erklärung für die ersten Vorwürfe ist im vorhergehenden Abschnitt enthalten.

Für „Nur-Gewerkschafter“ der Gompersschen Richtung ist „Streik und Boykott“ das Alpha und Omega aller Arbeiterbewegung, wenn die Lohnfrage strittig wird.

Während Sozialisten, die im Kampfe unterliegen, bei dem Gedanken sich beruhigen, dass ihr Ziel ein höheres ist als momentane Besserung der Arbeitsbedingungen, geraten Nur-Gewerkschafter bei der geringsten Opposition ihrer ephemeren kapitalistischen „Feinde“ (die morgen, bei Wiederaufnahme der Arbeit, ihre alten „Freunde“ sind) in sinnlose Wut gegen die „Scabs“ (Streikbrecher) und alle, die den Zweck des Streiks oder Boykotts zu vereiteln scheinen. Kein amerikanischer Lohnstreit grösseren Umfanges geht ohne blutige Gewalttaten vorüber, kein Strassenbahnerausstand ohne Dynamit. Da Streiks und Boykotts die „höchsten Ideen“ der Nur-Gewerkschafter sind, zögern sie nicht, ihr Leben dafür in die Schanze zu schlagen und das Leben anderer mitzuopfern. Die Verzweiflung über den drohenden Verlust ihres Kampfes bringt sie um allen Verstand.

In New-York wurde ein Bauarbeiterdelegat der Gewerkschaft („Walking Delegate“ genannt, weil er an alle Arbeitsstellen zu gehen [walking—w'oking, gehen] hat, um nach dem Rechten zu sehen) von einem Contractor (Bauunternehmer) gedungen, seinen Konkurrenten geschäftliche Schwierigkeiten zu bereiten, und sagte zu ihm: „Ich gebe dir 1000 Dollars, wenn du die Arbeiter des Contractors X Y Z veranlassest, unter Streikandrohung höhere Lohnforderung zu stellen. Bewilligt er die Forderung, verdient er nichts; bewilligt er sie nicht und der Streik bricht aus, kann er den Bau zur rechten Zeit nicht fertigstellen und verfällt in schwere Konventionalstrafe; in jedem Falle ist er dann ausserstande, mich bei einem anderen Bau zu unterbieten.“ Gesagt — getan. Und diese Operation wurde im Laufe eines Jahres an vielen Stellen erfolgreich wiederholt. Schliesslich kam der „Walking Delegate“ unter Anklage und ins Zuchthaus. Die Arbeiter, die durch seine gemeine, selbstsüchtige Handlungsweise höhere Löhne errangen, waren allerdings — das ist gerichtlich erwiesen — zur Zeit des Geschehens mit den internen Verhältnissen der Sache nicht vertraut; sie hatten von der verbrecherischen Verschwörung ihres Unionvertrauensmannes mit dem Konkurrenten ihres Unternehmers absolut keine Kenntnis. Nach seiner Verurteilung jedoch wurde jener Mensch von zahlreichen Arbeitergruppen wie ein Märtyrer verehrt, weil er Tausenden zu höherem Lohne verhalf.

Ein zweites Beispiel — aus ungefähr derselben Zeit — lieferte Chicago in einem Fuhrmannstreik. Leiter dieser Union war ein gewisser Shea, der während des Ausstandes die skandalösesten Gewalttaten beging und anordnete, in seinem persönlichen Interesse wie dem des Verbandes umfangreiche Brandschatzungen an Kaufleuten, die Fuhrn brauchten, vornahm und ein wahres Schreckensregiment im Bereich seiner Herrschaft ausübte. Auch sein Tag kam; er wurde prozessiert; die Verhandlungen nahmen sechs Wochen in Anspruch; er ward schuldig befunden, bekam aber — wahrscheinlich durch Einfluss von Politikern, die er vorsichtigerweise bei seinen Schandtaten „interessiert“ hatte — einen zweiten Prozess und der endete mit Freispruch, beziehungsweise Nichteinigung der Geschwornen; denn zum „Schuldig“ im Kriminalprozess ist einstimmiges Urteil aller zwölf Geschwornen erforderlich. Diese zwei Prozesse haben dem Nationalverband der Fuhrmannunion nahezu 100.000 Dollars gekostet. Shea wurde nun von seinem Verband nach New-York versetzt und dort hat ihn ein Richter anfangs August dieses Jahres wegen mörderischen Angriffes auf ein vertrauensseliges Mädchen auf sieben Jahre ins Zuchthaus befördert.

Der dritte Fall, den ich jetzt erzählen will, ist der schlimmste und betrifft San Francisco. Da hatte sich ein „guter Unionmann“ namens Schmitz zum Bürgermeister aufgeschwungen; er war bei Tage Geschäftsführer einer kleinen Fabrik und abends dirigierte er in einem kleinen Theater; Mitglied der Musikerunion und ein „guter Katholik“. Er erhielt die Stimmen der gesamten organisierten Arbeiterschaft und der Katholiken sowie eines namhaften Teiles auch des nichtkatholischen Kleinbürgertums und der Sozia-

listen; letztere merkten zwar, dass Schmitz durchaus kein „Lumen“ war, aber als Kandidaten der Trade Unions unterstützten sie ihn, ohne zu ahnen, dass etwas Mysteriöses hinter ihm stand. Nicht lange nach Schmitz' Erwählung zum zweiten Termin brach in San Francisco ein grosser Hafenstreik aus. Der Bürgermeister, als Chef der Polizei, liess die Ausständigen gewähren und bewährte sich als „guter Unionmann“. Bald kam das grosse Unglück — die Zerstörung der halben Stadt durch Seebeben und Feuer; Schmitz erwies sich, das muss man ihm lassen, in dieser Krisis als ein tüchtiger Mann. Ein halbes Jahr später aber überraschten einige Monopolisten San Franciscos — der plattdeutsche Zuckermultimillionär Claus Spreckels und seine Getreuen, die durch Schmitz aus manchen Prärogativen verdrängt worden waren und deshalb ihm findig nachstellten — Stadt und Land mit den glaubwürdigsten Beweisen, dass die Herrschaft der „Armen“ — der „Arbeiterpartei“ — noch korrupter und räuberischer als die der Republikaner und Demokraten „arbeitet“. Ein schneidiger Staatsanwalt, dem Spreckels volle Freiheit zur Anstellung von Detektiven erteilt hatte, brachte heraus und lieferte vollgültige Zeugnisse, dass Schmitz und sein Berater, der Rechtsanwalt Abraham Ruef — letzterer von den Juden so verhätschelt wie ersterer von den Katholiken — die Stadt (vor dem Unglück) durch Verschacherung von Gerechtsamen um Millionen betrogen und von Bordellhäusern etc. Hunderttausende an Bestechung erhalten hatten. Schmitz kam schliesslich durch Nichtigkeitsfehler in seinem Prozess frei, indes Ruef zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt ward.

Die organisierte Arbeiterschaft der Stadt (mit Ausnahme der Sozialisten) gab dem Schmitz aber trotzdem ihre Stimmen, weil er sich als „guter Unionmann“ und „Freund der Arbeiter“ während des Streiks bewährt und an den Räubereien viele Gewerkschaftsleiter, die er in wichtige städtische Aemter eingesetzt, hatte teilnehmen lassen.

Das Raisonnement lautete: „Bisher haben die Millionäre unsere Stadt bestohlen, indem sie alle Gerechtsame für ein Butterbrot an sich rissen; nun haben ein paar aus unseren Reihen einmal dasselbe getan. Darum Räuber und Mörder?“

Gompers mag erwidern: dass aus seinem Leben und dem seiner nächsten Freunde in der Exekutive der „American Federation of Labor“ nichts vorgebracht werden kann, das als Zustimmung zur scheusslichen Korruption dieser drei Fälle gedeutet werden könnte.

Ganz recht; wenn es von ihnen abhinge, wäre das alles nicht vorgekommen; sie würden den New-Yorker Bautenvertrauensmann der Union weggejagt haben, wenn sie die erste seiner Schandtaten sogleich erfahren hätten; ein Shea könnte mit ihrem Wissen und Willen keine Rolle in der Arbeiterbewegung spielen, und dem Schmitz würden sie nie und nimmer zur Wiederwahl verholfen haben, nachdem seine Schuld sonnenklar erwiesen war.

Das ist alles selbstverständlich. Es bedarf nicht einmal der Annahme, dass die San Franciscoer Unions, deren Verderbnis und Schamlosigkeit die schlimmsten Epochen der New-Yorker „Tammany“-Bande übertrifft, in ihrer Mehrzahl zu Nationalverbänden gehören, die der „American Federation of Labor“ affiliert sind.

Selbst wenn alle in den erzählten drei Fällen in Betracht kommenden Unions ausserhalb der „American Federation of Labor“ stünden, wäre letztere, als die massgebende Organisation, durch jene Vorkommnisse indirekt belastet. Denn woher kommt der schlechte Geist gewisser Teile der Arbeitermassen Amerikas? Vom Mangel an Idealen — von der Beschränkung des amerikanischen Gewerkschafters auf „Streik und Boykott“ als einziges Mittel zur Besserung seiner Lage — von der Gewöhnung der amerikanischen Arbeitermassen an die krummen Praktiken der Führer der alten politischen Parteien, mit denen und für die zu „stimmen“ die „American Federation of Labor“ sie auffordert.

Das ist Gompers' Unrecht.

Otto Wittner: Die Wiener Revolution in der Literatur der Gegenwart

Von jeher hat eine Zeit lebhafter politischer und kultureller Bewegung, in der sich auf Monate zusammendrängt, was sonst über Jahrzehnte ausgestreut ist, welche Persönlichkeiten mit der Raschheit eines seine Kulturen betreuenden Treibhausgärtners bildet und andere zerstört wie der Sturmwind, der durch die Wälder fährt und Stämme zerschmettert, die noch in voller Kraft zu trotzen schienen und erst im Falle ihre innere Hohlheit enthüllen; von jeher hat eine solche Zeit nicht nur auf den Historiker, der Ziel und Richtung des sich entwickelnden gesellschaftlichen Wesens zu erkennen strebt, sondern auch auf den gestaltenden Künstler die stärkste Anziehung ausgeübt. Sie hebt das Schicksal auch des Durchschnittsmenschen über das Gemeine hinaus, das Leben der Vorkämpfer aber muss sich gar zum Symbol menschlicher Bestimmung, allgültiger Wesensgrenzen erhöhen. In ihr mag jeder Betrachtende die grossen Grundideen wiederfinden, die er als die Maxime seiner eigenen Existenz erkannt hat, und indem er diesen Einklang verkündet, mag er an den Kämpfen seiner eigenen Gegenwart teilnehmen. Diese beiden Momente bestimmen wohl das Wesen aller historischen Kunst. Freilich wird das zweite in der Regel immer mehr an wirkender Kraft verlieren, je weiter wir uns von der Zeit jener Kämpfe entfernt haben, je mehr uns also ihr eigentlicher Inhalt gleichgültig geworden ist. Aber die entwicklungsgeschichtliche Bedeutung dieser Kunst wird deshalb nicht geringer sein. . . .

Dies ist denn auch die Rolle der Wiener Revolution in der Literatur. Zunächst wirken die politischen Erregungen der Zeit noch unmittelbar. Nach der aktiven Satire, die die Ereignisse begleitet, entsteht die nicht minder aktive Tendenzliteratur. Da triumphiert, wie im Leben draussen, der Sieger über den Besiegten. Das Vergangene erhält eine Darstellung, die auffallend an das bekannte Heinesche Momentbild aus Krähwinkels Schreckenstagen erinnert. Der ganze unheilvolle Ablauf ist nur das Werk weniger unruhiger Geister, die aus persönlicher Veranlagung, aus egoistischen Motiven, aus missgewachsener Welt- und Menschenkenntnis Verwirrung und Verirrung ausbreiten. An der Festigkeit des staatlichen Gefüges, an der Widerstandskraft seiner bewussten Verteidiger zerschellt die trübe Welle, die überallhin ihren Schlamm und Bodensatz vertragen hat, und es bedarf der heilenden Gewalt der Ordnung, um wieder neues Leben aus dem mutwillig Zerstörten spriessen zu lassen.

Anderen Sinn in den Ereignissen findet die fortschrittliche Tendenz. In ihnen hat sich der Geist der Zeit, die Bestimmung der Menschheit verkörpert. Die Helden der Erhebung werden zu Trägern des Zeitgeistes, in ihrer Niederlage zu erhabenen Märtyrern der Idee. Unwürdige Intrige der am Bestand der alten schlechten Ordnung persönlich Interessierten, kleinlicher Egoismus und borniertes Vorurteil hindern die Verwirklichung der grossen Absicht. Aber der Sieg des alten Regimes wird nur von kurzer Dauer sein. „Bald wird der Freiheit Aufgebot erwecken andre tapfre Männer“, singt Moritz Hartmann nach dem Zusammenbruch. Man wird aus der Vergangenheit lernen und der nächste Entscheidungskampf wird die neuen Ideale, die neue politische und nationale Kultur stabilieren.

So sieht, auf ein knappes Schema gebracht, die Revolutionsliteratur in der Reaktionszeit aus. Die Zeit der Taten, welche die Grundideen der Kämpfer von 1848 wirkend ins Leben treten lässt, kommt dann auch, aber sie ist der historisch reflektierenden Kunst nicht günstig. Die politische Arbeit verdrängt die betrachtende Stimmung. Es kommen Jahre, welche die Unvollkommenheiten des Erreichten und Erstrebten deutlicher ins Bewusstsein rücken. Die Kleinarbeit, die mehr den Moment begreift, drängt die Idee und das Ideal in den Hintergrund. Andererseits ist gerade die Augenfälligkeit des materiellen Erfolges darnach angetan, die Gedankenrichtung der vorderen Generation in Misskredit zu bringen. Sie erscheint unfruchtbar, unfähig zu praktisch schöpferischer Arbeit. Ihre Idealität erscheint als Verstiegtheit, ihre Prinzipienfestigkeit als Verstocktheit gegen die Forderungen des wirklichen Lebens. Die Generation der Real-

politik empfindet eine leise Beschämung, wenn sie solcher Vergangenheit gemahnt wird. Ihr Verhältnis zur Revolution besteht darin, dass sie keines zu ihr finden kann.

Erst die nächste sieht wieder Beziehungen zwischen sich und der revolutionären Begeisterung der früheren Zeit. Sie findet sich vor viele Probleme gestellt, deren Lösung in jener heftigen, alle Gegensätze zum Kontakt bringenden Bewegung angebahnt war. Und sie fühlt auch, dass nur in der Schwungkraft jenes Enthusiasmus die Gewalt liegt, welche zur Erreichung dieser Ziele beflügelt und befähigt. Nun kann man auch jener Vergangenheit gerechtere Betrachtung widmen, nun kann man sie objektiv ruhiger und richtiger beurteilen, nun gewinnt man von dem eigenen Standpunkt aus die echte historische Perspektive. Für die Kunst wird sie eigentlich erst jetzt an sich zum interessanten Problem.

Für die Wiener Revolution ist dieser Moment eben gekommen. Es ist darum kein Zufall, dass sie unsere Künstler wieder mannigfach zu beschäftigen beginnt, dass sich Feder und Stift regen, dass dramatische und novellistische Behältnisse für ihre Ideen- und Gestaltenfülle gebaut und gezimmert werden. Als einer der ersten ist der Dramatiker auf dem Plan erschienen. (Fritz Telmann, Messenhauser. Drama in fünf Akten. Wien 1904.) Aber das Brettergerüst, das er aufrichtet, ist für den erzdröhnenden Schritt des geschichtlichen Dramas zu schwach. Und so war Telmann, um einem Konflikt zwischen Form und Gehalt auszuweichen, der mit dem unvermeidlichen Bankrott der Form enden müsste, genötigt, alle seine Massstäbe zu reduzieren. Telmann steht noch ganz im Banne der liberalen Doktrin. Ich meine hier nicht so sehr die politische als die historische, die im Ereignis nur den Personenkampf sieht, in dem sich gewissermassen der Streit der Ideen leiblich projiziert. Hierbei liegt natürlich alles daran, in der Auswahl der Helden das richtige dramatische Kaliber nicht zu verfehlen und so schon im Gewicht der Persönlichkeit das Gewicht des Ereignisses zu zeigen.

Aber gerade gegen diese Grundforderung schon hat Telmann gefehlt, indem er Messenhauser zum Helden, Mittelpunkt und Mass der Bewegung wählte; Messenhauser, von dem die Geschichte das Rühmlichste gesagt hat, wenn sie aufzeichnet, dass er persönlich ein Ehrenmann war und mit Anstand zu sterben wusste. Dem Kommandanten Wiens vom Oktober 1848 fehlt zum dramatischen Helden so ziemlich alles: Unentschlossenheit und eine etwas weichmütige Redseligkeit nahmen bei ihm die Stelle der Aktionskraft ein. So wird denn auch der ganze gewaltige Vorgang herabgemindert, wenn man ihn als Betätigungsfall des Individuums Messenhauser darstellt und mit reinem Auge sieht. Dabei muss man zugeben, dass dem Dichter die Charakteristik seines Helden gar nicht übel gelungen ist, sein Schwanken zwischen Tat und Gedanken, zwischen Schriftstellerehrgeiz und Feldherrnpose, zwischen Idylle und Epos. Aber gerade dadurch wird der Gegensatz des Mannes und der Zeit nur um so deutlicher, die Martyrologie Messenhausers und das Schicksal seiner Generation ergeben keine volle Gleichung: Dieser „Held“ ist kein Symbol. Seine, literargeschichtlich typische, Situation zwischen zwei Frauen, der hingebenden, zärtlichen, häuslichen Wienerin und der leidenschaftlichen, tatentflamnten Polin, erhält in manchen Momenten, wenn diese Figuren auch den inneren Zwiespalt nach aussen verkörpern sollen, einen fast peinlich komischen Zug. Und mit dem Gegenspiel ist es nicht viel besser: die Feinde im eigenen Lager, der unfähige, ein wenig spiegelbergische Schwätzer Hafner, der leere Geck Fenner, der ewig polternde Haudegen Bem müssen herabgedrückt werden, um nicht selbst auf die Figur des Helden zu drücken. Der Feind draussen dagegen, der als rächende Nemesis über dieses versumpfte, zweizüngige Wienertum zu Gericht sitzt, wird in Uebermenschenwuchs gesteigert. Wenn die schnelle, glutvolle Lodoiska mit dem Dolch im Gewand vor dem „Generalissimus“ steht (der sie übrigens, ganz nach seiner historischen Gewohnheit, begnadigt!), so fällt es uns schwer, nicht an den Holofernes vor Bethulien zu denken, mehr noch, an die Nestroysche Parodie. . . .

Aber selbst dieser Held, eine wie traurige Gestalt er auch ausmacht, wird doch beträchtlich unterschätzt, wenn der Dichter es seine Hauptsorge sein lässt, dass die revolutionierte Stadt das Gut des Kaisers unversehrt erhält und wenn er, noch aus seinem letzten Schlaf, träumend das Eigentum des Herrschers für heilig erklären muss. Diese Halbschlächtigkeit, die hier zutage tritt, hat das Schicksal der ganzen Dichtung ent-

schiedenen. Sie veranlasste den Dichter zu dieser gedankenlosen Wahl seines Helden, der nicht durch sein in sich selbst ruhendes Wesen, sondern höchstens durch Stellung und Ausgang, also rein zufällige Momente, hierzu qualifiziert erscheinen konnte. Sie hat die Schuld, dass er von der grossen Bewegung nicht die grossen Linien und breiten Flächen wiedergab, sondern sich in allerlei gleichgültige Einzelheit verlor. Und doch hätten ihn schon die Szenen, die ihm besonders glücklich geraten sind, nicht im Zweifel lassen dürfen, welcher Weg zu beschreiten sei: es sind dies in erster Linie Massenszenen oder solche, in denen in typischen Momenten und Figuren typische Massenstimmungen in Erscheinung treten: so die Besprechung von Bürgern und Arbeitern über die Not der Zeit und die Willkür der Herrschenden; die hübsche Episode, die zeigt, wie das gespreizte Vormärzliteratentum in der neuen Zeit mit ihren Sorgen und Hoffnungen seiner süsslichen Weisheit Ende findet; oder die satirisch kraftvolle Szene, welche die ganze Charakterlosigkeit des vor dem Zusammenbruch stehenden Wiener Spiessbürgertums aufzeigt, in wirkungsvollem Kontrast zu der Energie und selbst durch Verzweiflung noch gestärkten Hoffnung der bis zum Ende kämpfenden Arbeiter. Dieser letzte Moment mit seiner schönen Bildkraft — der fahnen tragende Arbeiter mit seinem alarmtrollmehnden Enkel — ist wohl der packenden Schilderung in Moritz Hartmanns „Bruchstücken revolutionärer Erinnerungen“ entlehnt. All das wäre in seiner Wirkung noch fester und sicherer gestaltet, hätte Telmann den Mut besessen, tiefer aus der Quelle volkstümlicher Sprache und Form zu schöpfen. Dass dies nicht geschah, muss als ein schwerer Mangel dieses Versuchs und ähnlicher bezeichnet werden. . . .

Der Oktober von 1848 lockte einen Ungenannten, ihn als Hintergrund seiner Stimmungen und Verstimmungen zu benutzen. („Als Oesterreich zerfiel 1848 . . .“ Wien 1905.) Dieser Ungenannte ist in den vier Jahren seither ein sehr viel genannter geworden, in Roman und Novelle zu raschem Ruhme und einer fast volkstümlichen Beliebtheit gelangt. Der vorliegende anonyme Roman ist sozusagen seine Jugendschrift. Er ist hier noch zu sehr mit seiner eigenen Klärung beschäftigt und in der Lösung steigen oft die wunderlichsten Blasen auf. Der Epiker, der noch so wenig die „epische Ruhe“ bewahrt, ist Rudolf Hans Bartsch. Es waren überhaupt wohl mehr subjektive Erfahrungen und allerlei Aergernis über gewisse politische Entwicklungsmomente der österreichischen Gegenwart, als die reine „Lust zu fabulieren“, was ihm damals die Feder in die noch ungeübte Hand drückte. Er wollte wieder weithin sichtbar machen, in welchem Lager dieses vielumstrittene und bestrittene Oesterreich eigentlich sei. Und er glaubte dies am besten zu tun, indem er die Zeit vor uns aufstellte, welche die von heiligstem Zukunftsglauben Erfüllten in die heftigste Verzweiflung versenkte, welche ihm neues Werden fratzenhaft zu entstellen schien und auf Trümmern unfertiger Ideale die sichere und selbstbewusste Herrschaft unanzweifelbarer Realitäten aufrichtete. Freilich, Bartsch hat sich die Arbeit leicht gemacht, zu leicht. Mit historischen Studien hat er sich (obwohl, wie wir ja neuerdings wissen, ein scharfblickender und ausdrucksreicher Historiker in ihm steckt) bei der Abfassung dieses sonderbaren historischen Kunstwerkes nicht beschwert. Wir werden mitten in den Wirbelsturm hineinversetzt, ohne auch nur mit einer Wendung über seine Ursachen und Anfänge unterrichtet zu sein. Dies alles vollzieht sich mit einer düsteren Rätselhaftigkeit. Angaben über das Tatsächliche werden kaum gemacht und das wenige, was gegeben wird, ist zum guten oder bösen Teil unrichtig. Ja, was uns vielleicht am wunderlichsten erscheinen sollte, nicht einmal von den militärischen Vorgängen, die den Verfasser seiner Stellung und Auffassung nach doch besonders interessieren müssten, wird uns ein echtes und anschauliches Bild gegeben. Dabei hat Bartsch seine Erzählung dem Lebenslauf einer historischen Persönlichkeit eingefügt, des Studenten Willner, des sogenannten „Arbeiterkönigs“ (in der Erzählung führt er den Namen Gottschalk), der, nach bedeutender Tätigkeit im Studentenkomitee, spurlos in den Wirbeln der Revolution untergegangen ist. Aber bei Bartsch erfahren wir weder, wieso dieser Mann zu diesem merkwürdigen Beinamen gekommen ist, noch überhaupt etwas über die Zwecke und Leistungen der „Aula“ selbst. Das alles vollzieht sich wie hinter einem dicken Nebel, dem plötzlich ein Körper, ein Arm mit grosser Geste, ein heftig erregtes Gesicht enttaucht, ohne dass man weiss, warum und wie. Und wenn diese Unklarheit (die ja in ihrer Art auch historisch ist) das einzige Charakteristikum jener Zeit wäre, so hätten wir in der Tat hier eine vortreffliche Kom-

position. Denn nebelhaft wie das Ganze ist auch der Held, ein unklarer Träumer, der sich durch eine Art mystische Bestimmung zum grossen Befreier auserkoren glaubt, der uns in dem leichtgläubigen, jedem Gaukler vertrauenden Wien als der einzige Realpolitiker und klare Verstand geschildert wird und doch weder durch Ahnung noch Wissen von den Grenzen und Möglichkeiten seiner Pläne erleuchtet ist. In der weichen Stadt steht er wie ein Germane aus dem Tacitus. Und ein zweiter solcher Germane, die straffe Natur des „Hauptmanns“, geht ins gegnerische Heer, um helfend dabei zu sein, wenn es gilt, der vom Wahnsinn ergriffenen Stadt den Kopf wieder zurechtzusetzen. Die Momente, die Bartsch schon in diesem Erstling gelungen sind, blieben ihm auch in seinen späteren Werken treu und hätten eine sorgsamere Kritik früher auf das Talent aufmerksam machen müssen, das hier im Reifen war: ein paar feine Stimmungen goldener Wiener Herbsttage, ein paar liebe, freundlich um Brüder und Kameraden besorgte Mädels, ein lebhaft bewegter, häufig im edlen Sinn witziger Dialog. Und nicht selten auch wächst aus diesen Stimmungen, aus diesen Liebesszenen, aus diesen ernsten und heiteren Gesprächen jene echt österreichische Sentimentalität hervor, die so liebenswürdig sein kann und oft so unausstehlich ist.

Zu guter Letzt hat uns noch Emil Ertl, der liebevolle Schilderer jener kleinen Elemente des österreichischen Lebens, die wir unter dem behaglichen Namen „Alt-Wien“ zusammenfassen, mit einem grossen Roman aus dem Sturmjahr überrascht. („Freiheit, die ich meine...“ Leipzig 1909.) Er hat an jene Altwiener Zeit wieder angeknüpft, aus der er bereits die köstliche Schilderung des Lebens im „Blauen Guguckshaus“ herausgehoben hat. Und er will uns vorerst zeigen, wie sich aus dieser idyllischen Ruhe die grosse Unruhe des „tollen Jahres“ entwickelte. Er führt uns in dieselbe Familie ein, deren Anfänge im „Blauen Guguck“ er geschildert hat. Nur dass aus den biedereren Handwerksleuten wohlhabende Fabrikanten „vom Grund“ geworden sind. Sehr fein beobachtet ist hier schon, wie sich mit der Erweiterung des wirtschaftlichen Vermögens und Begehrens die ganze Psychologie verändert, wie sich der ehemalige Handwerksmeister als weitstrebender Fabrikant hoch über seine ehemaligen Gesellen erhebt, die nun ins Proletariat dieser elenden, schutz- und organisationslosen Epoche hinabgestossen werden, wie sich der Gegensatz der Interessen und menschlichen Beziehungen mehr und mehr verschärft. Diese ganze Entwicklung des Frühkapitalismus ist meisterhaft gestaltet in der vortrefflich gelungenen Figur des „Muschir“, des leitenden Geistes der Leodolterschen Seidenweberei, der in seiner Fabrik nur noch die Maschinen und die sie bedienenden „Hände“ sieht und rücksichtslos unter seinen „Händen“ aufräumt, wenn er einen neuen arbeitssparenden Mechanismus einführen kann. Das ist die Freiheit, die er meint, die einzige reelle. Aber der Hass wächst und bei einem jener „Maschinenstürme“, in denen die Erbitterung des gehetzten Proletariats die Dämme der Staatsordnung sprengt, fällt auch die Leodoltersche Fabrik in Trümmer. Der einzige Sohn und Erbe des Muschir kommt in den Flammen um. Nach schweren Kämpfen und Leiden muss der starke, nun in seiner besten Kraft gebrochene Mann erkennen, dass er vor der jüngeren, im Geiste der neuen Zeit aufgewachsenen Generation zurücktreten müsse, dass sie allein sein Lebenswerk siegreich weiterführen könne.

Das Jahr der Revolution, das Jahr der Jugend ist die Grenzscheide. Und das Schicksal dieser jungen Generation von 1848 macht auch den Hauptteil unseres Romanes aus. Auch hier wieder der ewige Gegensatz des feurigen Idealisten und des besonnenen Praktikers. Der eine geht am Leben zugrunde, er erkennt den Irrtum in seinen Illusionen, gerade indem sie sich verwirklichen, der andere macht sich keine Illusionen und er siegt über das Leben, das er mit nüchternen Augen anschaut. Das sind die beiden Pole. Fred, der kühne, enthusiastische Student, der an allen Aktionen der akademischen Legion seinen Anteil hat, findet in Liebe und Leben die furchtbarsten Enttäuschungen. Ein Mädchen, dem sein ganzes junges Herz gehört, stirbt in furchtbarer Verwirrung ihrer Gefühle: sie musste erfahren, dass sie sich ihrem eigenen Bruder hingegeben. Die Revolution, die seinen opferbereiten Enthusiasmus entzündet, wühlt auch geheime Leidenschaften empor — da der ganze Roman aus der Perspektive der liberalen Fabrikantenfamilie geschrieben ist, muss auch die „Begehrlichkeit des Proletariats“ als solche aufmarschieren — und er sieht sie in Wirrungen ergebnislos sich schliessen. Ohne Hoffnung, ohne Zukunft endet er sein Geschick unter den Kugeln des Standgerichts, die er frei-

willig auf sich gelenkt hat. Der ältere Poldi hat nie so den vollen Sonnenglanz der Liebe und des Ansehens auf seinem Scheitel gefühlt. Eine bescheidene, stille Natur, die sich nur in der Arbeit, im verständigen, ausdauernden, aber völlig schwunglosen, nur auf nächste Ziele gerichteten Streben ganz gibt, erreicht er alles, was der flackernden Romantik schliesslich versagt bleibt. Er sichert die Dauer des Leodolterschen Hauses und gewinnt die junge Komtesse Elfe — sie und ihre Freundin Anna sind dem Dichter, dessen Frauengestalten sonst in ihrer kernigen Anmut lebenssicher und nicht ohne Humor durch die Zeit schreiten, gar zu bonbonsüss geraten — zur Gattin. Wesen und Geschick der Männer, die neben und hinter diesen beiden Jungen stehen, erscheint in sonderbarer Weise aus dem Licht und dem Schatten gemischt, die über den Pfad jener fallen. Da ist ihr Vater Petz, Enthusiast wie Fred, doch kein Kämpfer, ein weiches Künstlernaturell. Er hat die neue Zeit inbrünstig ersehnt: nun sie da ist, verzehrt er sich in ihren Aufregungen wie ein Licht, das an beiden Enden brennt. Da ist Edi, der jüngste der Leodolterbrüder, bei dem Poldis Nüchternheit zur vollkommenen Interessenlosigkeit für alles, was das gemeine Wesen angeht, sich umbildet, der richtige Lebejüngling: er endet als Barrikadenfutter, von den wütenden Proletariern in den letzten, bitteren Tagen aus seinem behaglichen Nest gezerrt und gewaltsam bewaffnet. Und Ohm Schinackel, der amerikanisierte Wiener, in dem sich Ernst und Lebenskenntnis vereinigen, ohne von Glauben und Opferfähigkeit gekrönt zu sein. Vor allem aber Miessriegel, der Journalist — nebst dem Muschir die feinste Leistung der dichterischen Gestaltungskraft Ertls — der Wiener Raunzer, der bei allem Licht immer den Schatten sieht, der stets, wenn er so glücklich war, einen Standpunkt zu finden, von seinem Verstand alsbald zum Gegenpol geführt wird. Er ist einer von den liebenswürdigen Menschen, die keinen Topf Suppe stehen sehen können, ohne hineinzuspucken. In diese Figur hat sich ihr Schöpfer etwas zu sehr verguckt. Immer wieder muss er als Glossator der Ereignisse auftreten und die wesentlichen Momente werden mit seinen Farben beleuchtet.

Diese Menschen also arbeiten mit an der Erschaffung der neuen Zeit. Sie alle schlagen sich mit dem nebulösen Freiheitspathos jener Tage herum, sie halten über dieses anregende Thema viele Reden und sehr mittelmässige Reden, die von dem grossen rhetorischen Schwung und Hall der Zeit einen durchaus unzureichenden Begriff geben. Und sie machen die Entdeckung, dass jeder, seinem Wesen entsprechend, seine eigene Freiheit habe, dass nur die Freiheit den kecken Griffen der äusseren Despoten unerreichbar sei, die in dem Grunde eines gefestigten Charakters verankert ist, und schliesslich spricht die schöne Seele des Romans, schmerzvoll-resignierend, das feine Wort: Freiheit ist, frei von Schuld sein . . .

Eine wohlthuende Schlichtheit macht den Hauptvorzug des Ertlschen Erzählertons aus. Um so unangenehmer berührt es, wenn sich, hie und da, ein falscher Ton einmischt, wenn er, in geschraubter Pathetik, der toten Anna einen Scheiterhaufen errichtet wie einem antiken Helden, oder wenn er, urplötzlich rührseliger Sentimentalität verfallend, den Kastraten Ironikus Miessriegel den Tod der Schande vorziehen lässt, in einer offiziellen Redaktion zu endigen!

Für sein umfangreiches Werk hat Ertl natürlich eindringende historische Studien nicht gescheut. Hie und da macht sich das zu sehr bemerkbar, wie denn der Roman in der Anlage wohl zu weit geraten ist. Dies Uebel aber entspringt schliesslich doch mehr seiner Art, die Dinge zu sehen, das Ganze in eine Unzahl von Teilchen aufzulösen, die er alle mit der gleichmässig liebevollen Genauigkeit des Sammlers aufzeichnet. Es muss eine Proportion sein zwischen dem Leodolterschen Frühstückstisch und der Sternbarrikade: und diese Proportion fehlt. So löst sich denn bei Ertl das gewaltige Bild der Revolution in eine Menge kleiner Bildchen auf, die alle interessant und charakteristisch und gut aufgefasst sind: nur schade, dass uns in den vielen kleinen Eindrücken, die uns kaptivieren, der eine grosse, den zu suchen wir ausgezogen sind, schliesslich doch verloren geht.

Das Resultat unseres Rundganges ist nun freilich, dass die Aufgabe, die künstlerische Bewältigung der Wiener Revolution, noch ihres Löser's harret. Die drei Werke, die wir auf unserem Wege fanden, dürfen wir wohl als gute Vorzeichen eines Grösseren aufnehmen, „der da kommen wird, wenn die Zeit erfüllet ist“. Aber dieser Grössere wird durch eine andere Schule gehen als durch die des Wiener Literatentums.

Bücherschau

Arbeiterleben.

Arbeiterphilosophen und Dichter nennt sich ein Buch, das im Berliner Morgen-Verlag erschienen und von Adolf Levenstein, dem Herausgeber der Briefe „Aus der Tiefe“, gesammelt und herausgegeben ist. Das Buch soll zeigen, wieviel dichterisches Können im Proletariat vorhanden, wieviel Philosophie ihm eigen ist. Das Buch enthält sicherlich manches, das schön ist. Da ist ein Streikbild von einem Maschinenisten geschrieben, das erregend und ergreifend wirkt. Aber das könnte weit zweckdienlicher in einem Arbeiterblatt stehen, ein Buch muss deshalb nicht herausgegeben werden. Denn dass es Arbeiter gibt, die verstehen, über ihre Lage und über ihr Denken und Empfinden glänzende und ergreifende Berichte zu schreiben, weiss man. Das beweist die Arbeiterpresse, an der so viele Arbeiter hervorragende Mitarbeiter sind, zur Genüge. Aber auch, dass Arbeiter und Arbeiterinnen gerne dichten und all ihre Leiden und ihre Schmerzen gerne in Reimen mitteilen, ist bekannt, es existieren wirklich ergreifende Proben dieser Begabung.

Auch hier möchten wir fragen: Wozu gleich ein Buch? In der Arbeiterpresse würden sie weit mehr Verbreitung finden und es würden in den Arbeiterdichtern und -Dichterinnen nicht Hoffnungen erweckt, die sich dann oft nicht erfüllen. Enttäuschungen sind recht hart zu tragen. Es ist ja sicher staunenswert, dass ein Dienstmädchen, das später Schriftsetzerin geworden ist und nur eine Elementarschule besucht hat, Gedanken entwickeln kann, wie in dem phantastischen Verspiel „Zwischen Nacht und Morgen“. Aber dass eine Begabung dieser Art unter den Arbeitern nichts Seltenes ist, zeigt ja auch das in Rede stehende Buch. Denn nicht weniger als die Angehörigen von zehn verschiedenen Branchen kommen zu Wort und weitere werden angekündigt. Alle gute Absicht in Ehren, aber wir glauben, dass den dichtenden Arbeitern und Arbeiterinnen gar kein Gefallen getan ist, wenn sie infolge ihrer Gelegenheitsprodukte, die ihnen vielleicht ein nächstesmal nicht mehr oder doch nicht mehr so gut gelingen, als Dichter und Philosophen der Welt präsentiert werden. Ausserdem kostet das Buch — 102 Seiten — Mk. 2.50. In welche Kreise kommt es? Die Bourgeoisie von der Intelligenz der Arbeiter auf diesem Wege zu überzeugen, dürfte kaum gelingen und auch keinen Wert haben. Die Arbeiterklasse kauft aber so schwer und mit so grossen Entbehrungen Bücher, dass mit Bedacht gewählt werden muss, wenn man ein Buch zum Kaufe empfiehlt. Um Mk. 2.50 bekommt man aber schon Bücher, die Geist und Herz erfreuen und zu den schönsten und belehrendsten Büchern überhaupt zählen.

app.

Religion

Dem Konvent der St. Martini-Gemeinde in Bremen, einer autonomen religiösen Gemeinschaft, in deren Mitte auch Kalthoff gewirkt hat, gehören viele sozialdemokratische Arbeiter an. Unser Bremer Parteiorgan hat über

diese Tatsache sein Bedauern ausgedrückt. „Klassenbewusste Arbeiter“, so schrieb die „Bremer Bürgerzeitung“, „können mit keiner Kirche mehr etwas zu tun haben.“ Gegen diese Ansicht wandte sich der Pfarrer der Martini-Gemeinde, Emil Felden in einem im Bremer Gewerkschaftshaus gehaltenen Vortrage, der unter dem Titel „Kirche, Religion und Sozialdemokratie“ im Verlage von Birk in München erschienen ist. Der Verfasser sucht dreierlei nachzuweisen: erstens, dass das Erfurter Programm nicht die Religion ablehne, sondern für jedermann die freie Betätigung seiner Religion fordere; zweitens, dass dieser Forderung auch die Praxis der Sozialdemokratie entspreche, die zwar stets die privilegierten Landeskirchen bekämpft habe, religiösen Gemeinden aber, die autonom sind und dem Klassenstaat nicht dienen, nicht feindlich gegenüberstehe; drittens, dass der „dialektische Materialismus“ nicht im Widerspruch zu dem Wesenskern der Religion stehe, der freilich durch die historischen Glaubenssysteme verdeckt und verfälscht worden sei.

Wir sind mit Feldens Thesen ganz einverstanden. Seine Argumentation aber erscheint uns unzureichend. Felden leitet die Forderungen des Erfurter Programms aus dem „Ideal der Gerechtigkeit“ ab; er hätte einige seiner Behauptungen weit besser gestützt, wenn er unsere Stellung zur Religion und Kirche aus der inneren Entwicklung des proletarischen Massenbewusstseins abzuleiten versucht hätte, wie wir dies im „Kampf“ einmal versucht haben. („Proletariat und Religion“, I., Seite 537 ff.) Freilich würde die Argumentation dann nicht in dem Beweise der logischen Vereinbarkeit der „freien“ Religionsgemeinschaft mit dem sozialdemokratischen Bekenntnis, sondern in dem Nachweise der geschichtlichen Entwicklung von einem proletarisch gefärbten Christentum durch das kampflustige doktrinäre Freidenkertum zur religiösen Indifferenz, der Glaube und Kirche nur noch historisch zu begreifende soziale Erscheinungen sind, gipfeln. Nicht die Vereinbarkeit des wissenschaftlichen Sozialismus mit jenen spinnwebartigen Gefühls- und Vorstellungskomplexen, die heute ein paar Philosophen, Theologen und Historiker aus den historischen Religionssystemen herausdestillieren, sondern das Verhältnis der proletarischen Massen zu den grossen historischen Religionsgemeinschaften und ihren historischen Glaubenssystemen, in denen allein sich das darstellt, was den festländischen Arbeitern als Religion bekannt ist, ist unser Problem.

Gebilde, wie die Bremer Martini-Gemeinde, sind im übrigen Deutschland selten, dem Oesterreichern ganz fremd. Aus ihrem Dasein geht ein ganz anderes religiöses Problem hervor als das unsere; die „Bremer Bürgerzeitung“ mag bestreiten, Pfarrer Felden mag behaupten, dass das Verhältnis der Arbeiter zu solchen freien religiösen Gemeinden ein ganz anderes sein müsse als zu den privilegierten Landeskirchen, für unser Problem, für das Verhältnis der Sozialdemokratie zur katholischen Kirche und zu dem historischen überlieferten Glauben der Volksmassen können wir

aus solchen Erörterungen nichts lernen. In der Kampfesstellung gegen die Staatskirchen und die historischen Religionssysteme treffen einander Felden und die „Bremer Bürgerzeitung“; mag jener von seiner religiösen Ueberzeugung, diese vom „dialektischen Materialismus“ ausgehen, so sind sie doch im Kampfe gegen die offiziellen Kirchenlehren einer Meinung. Dieser Kampf aber ist gerade unser Problem! Und gerade diesen Kampf beurteilen wir ganz anders, als sowohl Felden als auch die „Bremer Bürgerzeitung“ das tun. Gerade in Oesterreich ist recht deutlich zu sehen, dass dieser Kampf seine grossen Gefahren erzeugt: die Gefahr, dass im Bewusstsein der proletarischen Massen der Klassenkampf hinter den „Kulturkampf“ zurücktreten und der Wunsch nach einer freidenkerisch-antiklerikalen Koalition unsere volle Selbständigkeit vor der ganzen bürgerlichen Welt gefährden könnte. Darum beurteilen wir österreichischen Marxisten den Kampf gegen die Staatskirchen ganz anders, als dies nicht nur Pfarrer Felden, sondern auch viele reichsdeutsche „Radikale“ tun.

Karl Mann.

Kunst.

Albrecht Dürer. Sein Leben und eine Auswahl seiner Werke. Von Dr. Friedrich Nüchter. Ansbach. Verlag Seybold. Folio. Preis Mk. 1'80.

Die billigen Kunstblätter und Kunstbücher mehren sich von Tag zu Tag. Diese erfreuliche Tatsache bedeutet für den Arbeiter ein neues Recht — eine neue Pflicht. Endlich kann die Kunst aus einer Sache der Wohlhabenden eine Sache des Volkes werden. Sie kann es. Schuldigkeit — lohnende Schuldigkeit des Arbeiters, der da kämpft, ist es heute, die glücklichen Gelegenheiten wahrzunehmen. Im Auftrag der Nürnberger „Lehrervereinigung für Kunsterziehung“ stellte Dr. Friedrich Nüchter ein Material von etwa 50 Blättern nach Dürerschen Gemälden, Handzeichnungen, Stichen und Holzschnitten zusammen, das er mit einem sympathischen Text begleitete. Das Werk erschien, so stattlich es daliegt, zu einem wahrhaft lächerlichen Preise. (Die Geschenkausgabe auf feinerem Papier, die zum Preise von 3 Mk. erschien, kam mir nicht zu Gesicht.) Das Material ist glücklich gewählt. In typischen Werken wird der Umfang dieses Kunstschaffens gegenwärtig. Das religiöse Motiv in Dürers Produktion, sein ungeheures Vermögen in der Kunst des profanen Porträts, der demo-

kratische Instinkt, der in den Bauernbildern wirkt, die Liebe des Meisters für die unendlich feine Vielfältigkeit der freien Natur — dies alles wird hier aus exemplarischen Leistungen seiner Hand offenbar. Man möchte vielleicht wünschen, dass das Kapitel Handzeichnungen, das gewiss nicht vernachlässigt ist, noch reichhaltiger gestaltet und dass zugunsten dieser allerköstlichsten Seite Dürerscher Kunst etwa der einigermaßen leere, fremde Apparat des Dreifaltigkeitsbildes auf die Seite geschoben wäre. Statt des Gekreuzigten von 1506, der als Farbendruck das Album eröffnet, hätte ich lieber das Veilchenstrüsschen oder die Schleiereule gesehen — nicht etwa aus stofflichen, sondern lediglich aus ästhetischen Gründen: denn es ist einmal so, dass jener Crucifixus mehr als Bekenntnis, als Seele, denn als Farbenkunstwerk und als Körper wirkt — und dies gerade bei Laien. Indes — diese Ausstellungen sollen dem Buch nicht schaden. Der erläuternde Text ist von einer reinen Einfachheit. Er entbehrt wohl der neuen Gesichtspunkte; aber das macht hier nichts. Nüchters Text ist in jedem Satz geeignet, zwischen dem ahnungsvollen Neuling, der zum erstenmal den Boden der Kunstgeschichte betritt, und dem mächtigen Werk Dürers freundlich-befreiend zu vermitteln. Einer hübschen biographischen Einleitung, in der Dürer selber, dieser Meister einer kindlich unbefangenen, kindlich tiefen Prosa, häufig das Wort ergreift, folgt eine Serie von Einzelkommentaren, die jedes Bild durch eine phrasenfreie, unpedantische, schlechterdings verständige Detailästhetik auch dem Ungeübten, dem Stumpfen öffnet. Ein Wort noch über die Ausstattung. Sollte es nicht möglich sein — auch beim gegebenen Preise —, die graphischen Sachen auf einem körnigen Papier zu reproduzieren? Die Reproduktionen, die hier vorliegen, sind angesichts des Preises aller Ehren wert. Aber notwendig verliert sich auf dem glatten Kunstdruckpapier die feine Rauhwirkung, das spezifische Herbe des Holzschnittes und des Kupferstiches. Allein es soll sich niemand durch meine Einwände die Freude verderben lassen. Der Verlag, die Auftraggeber und der, der die eigentliche Arbeit geleistet hat, sie haben sich mit diesem Werk ein Verdienst erworben, das man ihnen vom Herzen danken muss. Der Arbeiter wird sein Geld in diesem Album nicht schlecht anlegen — er wird erquickende Stunden erleben, wenn er sich an Dürers innigen Naturalismus da mit aufgeschlossenem Sinn und Herzen hingibt.

Hausenstein.